Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker, vereinigt euch!

kommunistische volkszeitung

7. November 1973 Jg.1 Nr.6 Preis 50 Pfennig

AUS DEM INHALT:

ZENTRALORGAN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND (KBW)

Nicht die Araber, sondern die Ölmonopole treiben die Ölpreise

"Die Araber erpressen uns" (Quick), "Die Ölscheichs treiben die Preise hoch" (Bild), so tönen die Propagandisten der Bourgeoisie. Gleichzeitig klettern die Preise. Heizöl kostet heute beinahe das Doppelte wie im vorigen Jahr. Es soll noch teurer werden. Die Kapitalisten jammern, das Öl sei knapp und käme ihnen immer teurer. Den letzten Krieg im Nahen Osten haben sie ausgenutzt, die Preise noch einmal gewaltig anziehen zu lassen und um gegen die ölproduzierenden Länder groß Stimmung zu machen.

WER LÄSST DIE PREISE STEIGEN?

Zweimal in der letzten Zeit setzten die ölproduzierenden Länder einheitlich gegenüber den großen Monopolen Preiserhöhungen für die Abgabe von Rohöl durch: 1971 im Teheraner Abkommen und kürzlich im Oktober 1973 in Wien. Völlig unabhängig von diesen Verhandlungen, die die Ölmonopole mit den erdölproduzierenden Ländern bestritten haben, sind die Preise für Ölprodukte in den letzten Jahren aber ständig und nicht nur zweimal gestiegen. Die ölproduzierenden Länder sprechen von skandalösen Gewinnen, die die Monopole mit dem Rohöl machen würden, das sie bei ihnen in den Erzeugerländern für 1 bis 2 Pfennige pro Liter abkaufen. Diesen ständigen Anstieg der Preise dokumentiert die Preisentwicklung am größten Ölumschlagplatz in Westeuropa, in Rotterdam. Im April 1972 kostete hier das Öl noch 23 Dollar pro Tonne. Ein Jahr später, im April 1973, war sein Preis auf 40 Dollar gestiegen, im August 1973 auf 75 Dollar. Der Chef der 'Esso', Oehme, freut sich: "Seit November 1972 verdienen wir wieder echt im Ölgeschäft." **Nicht die ölexportierenden Länder, sondern die Profitgier der Ölmonopole hatte die Preise ständig steigen lassen.** Zu Recht weisen die Vertreter der ölexportierenden Staaten jetzt darauf hin: "Die Förderländer sind verstimmt, daß die Konzerne wesentlich höhere Gewinne erzielen, als vereinbart. Sie fordern, daß die Konzerne die Hauptlast der Preiserhöhungen selbst tragen und nicht an den Verbraucher weitergeben."

DIE GESCHÄFTE DER US-MONOPOLE UND DER ÖLHÄNDLER

Am 6. Oktober, als der neue Krieg im Nahen Osten ausbrach, hoben die Ölmonopole die Preise für das Heizöl noch einmal mächtig an. Der Preis für die Tonne Heizöl stieg in Rotterdam auf 92 Dollar und zwei Tage später, am 8. Oktober, auf 100 Dollar. Im Augenblick muß in Rotterdam für die Tonne Heizöl sogar 135 Dollar bezahlt werden. Das ist fünfmal soviel wie im Vorjahr! Was hat es mit diesen letzten Preissteigerungen auf sich? Esso-Boss Oehme gibt in einer der letzten Ausgaben des Nachrichtenmagazins "Spiegel" zu verstehen: "Die Händler nutzen den Markt aus, und das ist in einer Marktwirtschaft durchaus legitim." Und: "Wenn die Ängstlichkeit aus den Gemütern herauskäme, würde diese Seifenblase der Spekulationspreise schnell platzen." ("Spiegel" 43/73) Die Kapitalisten nutzen also den "günstigen" Markt für sich aus. Das heißt, daß sie aus der durch die Berichterstattung der bürgerlichen Presse hervorgerufenen Angst, kein Öl mehr für den Winter zu bekommen, Kapital schlugen und das Heizöl so teuer verkauften, weil sie jetzt Käufer fanden. Dabei hatten sich die meisten Ölhändler aber schon in den Sommermonaten reichlich mit Öl zu günstigen Sommerpreisen eingedeckt.

Abgesehen davon spielt auch die Haltung einiger US-Ölgroßhändler bei den letzten Preiserhöhungen eine gewichtige Rolle. Diese sichern sich nämlich neuerdings viel Öl an den europäischen Märkten wie in Rotterdam, um es dann aufgrund der angespannten Energieversorgung in den USA für teures Geld weiter zu verkaufen.

Auch diese Spekulationskäufe, die selbst ihren Grund in der künstlichen Verknappung des Öls haben, tragen zur Verknappung und Verteuerung in den europäischen Ländern bei.

Die europäischen Länder haben erstens kaum eigenes Öl, auf das sie wie die USA zurückgreifen könnten. Sie sind zu ca. 80 % auf die Einfuhren aus dem Nahen und Mittleren Osten angewiesen und fast gänzlich abhängig von den US-Ölmonopolen, die



Wien: Ölkäufer stehen Schlange

den Vertrieb in der Hand haben. Von den 7 größten Ölmonopolen sind fünf US-Monopole.

Die westdeutschen Kapitalisten unternehmen deshalb große Anstrengungen, eine eigene Ölmacht aufzubauen und die Bundesregierung versucht diesbezüglich ein separates Ölgeschäft mit dem Regime vom Iran abzuschliessen.

Sie wird sich aber dadurch nicht dem wachsenden Druck der arabischen Staaten nach einer gerechten Beteiligung an der Ausbeutung ihres Ölreichtums entziehen können und wird nicht verhindern können, daß die arabischen Staaten den Zugang zu ihrem Ölreichtum auch als politische Waffe gebrauchen.

DER KAMPF DER ÖLPRODUZIERENDEN LÄNDER GEGEN DIE AUSPLÜNDERUNG IHRES NATIONALEN REICHTUMS DURCH DIE IMPERIALISTEN ALLER SCHATTIERUNGEN

Jahrzehntelang sind die ölproduzierenden Länder von den Ölmonopolen brutal ausgebeutet worden. Im Kampf gegen den Druck der Ölmono-

Fortsetzung S.2 oben

Berichte vom Streik der Saarbergarbeiter S. 6/7 und vom Streik bei Mannesmann Duisburg S. 4



5 000 Bergleute zogen am 25.10. vor die Staatskanzlei in Saarbrücken. 6 Hundertschaften sicherten den "Tariffrieden".

Bundesrepublik ist Aufmarschgebiet für Mobilmachung der US-Armee

Am Donnerstag, dem 25. Oktober, verfügte die US-Regierung den Alarmzustand für ihre Truppen, nachdem die Sowjetunion ihrerseits Truppen für den Transport nach Nahost bereitgestellt hatte. Zentrum der Mobilmachung der USA war das Gebiet der Bundesrepublik Deutschland, wo die Mehrheit der auswärtigen US-Truppen stationiert ist, etwa 300 000 Mann. Was für die US-Armee insgesamt eine Teilmobilmachung war, war zugleich die totale Mobilmachung sämtlicher in der BRD stationierten Truppen und Kriegsmaterialien der USA, auch des Atomwaffenpotentials. Schon 5 Tage vor der Mobilmachung schrieb die "Frankfurter Allgemeine": "Im übrigen sollte jeder die geographische und strategische Lage der Bundesrepublik richtig einzuschätzen wissen. Auf unserem Boden stehen die meisten amerikanischen Truppen. Die amerikanischen Führungszentren befinden sich in unserem Land. Das vorgeschobene strategische Material ist zum Großteil in amerikanischen Lagern in Deutschland." Aus dieser Situation folgert die Frankfurter Allgemeine, die Zeitung der Großbourgeoisie, die Notwendigkeit der "atlantischen Solidarität" mit den USA.

Denn die westdeutsche Bourgeoisie will diesen Zustand der militärischen Bedrohung, der das Gebiet der Bundesrepublik bei einer Konfrontation der Supermächte von vornherein zum Zentrum des Schlachtgebiets macht, keineswegs abbauen, sondern aufrechterhalten unter dem gemeinsamen Oberbefehl der NATO. Doch die US-Regierung gab ein Lehrbeispiel dessen, was die NATO ist. Sie dient dazu, die europäischen Truppen dem Oberbefehl der USA unterzuordnen, keineswegs aber dazu, die in Europa stationierten US-Truppen unter den gemeinsamen Oberbefehl zu stellen.

Von der Mobilmachung der US-Armee auf dem Boden der Bundesrepublik erfuhr die Bundesregierung erst aus der Presse, und auch das NATO-Hauptquartier war nicht vorher informiert worden. Solange die NATO existiert und US-Truppen in Europa stationiert sind, ist das Gebiet der Bundesrepublik das Hauptaufmarschgebiet des US-Militärs, der gefährlichsten und gewaltigsten Kriegsmaschinerie der Geschichte in den Händen der aggressivsten imperialistischen Weltmacht, die zudem von inneren und äußeren Krisen geschüttelt zu den größten Verbrechen und Manövern auf dem Rücken der Völker bereit ist.

Ein großer Teil des amerikanischen Volkes zweifelte nicht daran, daß die Nixon-Regierung nur um von der inneren Krise der Watergate-Affäre abzulenken das Spiel mit der Mobilmachung und der Drohung mit dem Weltkrieg gespielt habe.

Doch es wäre eine gefährliche Illusion, daraus zu schließen, die Bedrohung der Völker durch den krisengeschüttelten imperialistischen Giganten USA sei das Problem eines korrupten und zu jedem Verbrechen fähigen US-Präsidenten.

Vielmehr ist die jüngste Mobilisierung der US-Streitkräfte auf dem Boden der Bundesrepublik auch ein Lehrbeispiel dafür, was die Völker von der sogenannten Entspannungspolitik zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion zu erwarten haben. Die Entspannungspolitik zwischen den Supermächten USA und SU ist nichts anderes als ein Zusammengehen der Supermächte, wo es darum geht, gemeinsam die imperialistische Herrschaft der Supermächte über die Völker aufrechtzuerhalten, und erbitterte Konkurrenz, wo es darum geht, den eigenen Einfluß, die Ausbeutung der Völker, die politische, militärische und wirtschaftliche Vormachtstellung in der Welt auszuweiten. So sind sich die Supermächte in Nahost einig darüber, keine Stärkung der Unabhängigkeit der arabischen Staaten zuzulassen, zugleich gehen sie bis an den Rand der äußersten Konfrontation im Kampf um die Vorherrschaft und Kontrolle über die arabischen Staaten. (Siehe dazu auch den Artikel auf Seite 15)

DIE NEUTRALITÄT DER BUNDESREGIERUNG IST EINE MASKERADE

Die Regierung der Bundesrepublik hat inzwischen gegen den Transport amerikanischer Kriegsgüter vom Gebiet der Bundesrepublik aus Protest eingelegt und auch gegen die Nichtunterrichtung über die US-Mobilisierung protestiert. Dabei geht es ihr jedoch weder um Neutralität und Nichteinmischung in die Angelegenheiten der arabischen Völker noch um einen Vorstoß gegen die Präsenz von US-Truppen in der BRD. Vielmehr dient dieser Protest, der den Anschein geben sollte, als wolle sich die BRD aus dem Nahostkrieg raushalten, dem Interesse der westdeutschen Kapitalistenklasse, drin zu bleiben im Geschäft – sowohl mit den arabischen Staaten als auch mit Israel. Die Bundesregierung hat von Anfang an gewußt und geduldet, daß das Gebiet der BRD als Zwischenlandeplatz für die Lufttransporte von Kriegsmaterial nach Israel benutzt wurde. Sie hat außerdem gewußt von der vorzeitigen Beendigung des gemeinsamen Manövers Reforger V.

11 000 US-SOLDATEN WAREN EINGEFLOGEN

Bei diesem Manöver sind 11 000 US-Soldaten in die BRD gebracht worden. Diese Truppen sind bei der vorzeitigen Beendigung des Manövers nicht zurück in die USA geflogen, sondern wurden einsatzbereit in der Bundesrepublik gehalten und waren damit beschäftigt, Panzer und anderes fahrbares Kriegsmaterial gelb anzustreichen für den Einsatz in der Wüste, sowie die Hoheitszeichen amerikanischer Düsenjäger zu überpinseln, damit sie die israelische Luftwaffe verstärken könnten. All diese Vorgänge wußte die Bundesregierung. Nachdem das zunächst versehentlich ein Sprecher des Verteidigungsministeriums zugegeben hatte, erklärte die Bundesregierung am Donnerstag, 18.10., daß sie nichts davon wisse und auch nichts damit zu tun habe. Am Donnerstag, 25.10., schließlich, dem Tag des offiziellen Beginns der US-Mobilisierung, protestiert die Bundesregierung gegen die Verladung von Waffen und ersucht die US-Regierung, diese einzustellen, nachdem

Fortsetzung nächste Seite

FORTSETZUNG

NICHT DIE ARABER...

pole, die ihnen die Verkaufspreise für das Rohöl nach Belieben diktieren konnten, ja sogar drohten, sich das Öl sonst woanders zu beschaffen, schlossen sich die ölproduzierenden Staaten 1960 in der OPEC (Organisation der ölexportierenden Länder) zusammen. Wenn diese Organisation auch heute noch Staaten zusammenfaßt, die innen- wie außenpolitisch sehr verschiedene Positionen vertreten, so war doch die Basis für das Bündnis, die gemeinsame Interessenlage, vorhanden. Alle Länder, die einen großen nationalen Reichtum an Öl besitzen, wollen frei und unabhängig vom Willen der Großmächte über ihre eigenen Bodenschätze verfügen.

Die OPEC tritt heute den imperialistischen Mächten als ein Bündnis gegenüber, dessen Beschlüsse nicht mehr einfach von ihnen übergangen werden können. Mit einer Jahresproduktion von 1,3 Milliarden Tonnen fördern die OPEC-Staaten rund die Hälfte des gesamten Rohöls der Welt. Wenn diese Staaten gegenüber den imperialistischen Mächten einheitlich auftreten, dann sind Erfolge möglich. Da die Imperialisten aber wissen, daß die Völker in den ölproduzierenden Ländern ihrer wilden Profitgier nicht mehr tatenlos zusehen, versuchen sie jetzt, die arabischen Staaten überall zu verleumden und machen sie für eine Erhöhung der Preise verantwortlich. Sie behaupten, die ölproduzierenden Staaten würden die Preise in die Höhe schnellen lassen und reden weiter scheinheilig davon, daß sie selbst an Preiserhöhungen gar kein Interesse hätten. Das sind aber große Lügen. Tatsache ist, daß die Ölmonopole bis heute riesige Profite auf Kosten der Völker der ölproduzierenden Länder gemacht haben. Tatsache ist auch, daß sie mit den ständig steigenden Preisen ihre eigenen Profite steigern. Von den Unternehmen, die etwa im Jahre 1971 die meisten Profite überhaupt machten, sind vier Ölkonzerne.

–C.K.–

Wird Nixon amtsenthoben?

DIE INNENPOLITISCHE LAGE IN DEN USA NACH DEM RÜCKTRITT VON VIZEPRÄSIDENT AGNEW

Kaum war der Rücktritt des Vizepräsidenten Agnew erfolgt, da setzte Nixon die Absetzung des Watergate-Sonderermittlers Cox durch und handelte sich damit den Rücktritt des Justizministers und seines Stellvertreters ein. Inzwischen wird auch der von Nixon vorgeschlagene Nachfolger Agnews, Gerald Ford, der Korruption verdächtigt. Die Zustimmung des amerikanischen Kongresses und des Repräsentantenhauses zu seiner Ernennung scheint zweifelhaft geworden zu sein. Die Stimmung unter den Mitgliedern der Partei Nixons wie auch der Opposition wurde immer eindeutiger: Nixon muß seines Amtes enthoben werden. Anträge auf ein sogenanntes Amtsenthebungsverfahren laufen inzwischen. Dieses Verfahren ist umständlich und dauert lange. Es ist nicht vergleichbar mit einem Mißtrauensvotum wie es zum Beispiel für Westdeutschland die Verfassung der BRD vorsieht. Daß Nixon tatsächlich entsprechend diesem Verfahren der amerikanischen Verfassung seines Amts enthoben wird, ist nicht zu erwarten.

Um der Empörung über die Entlassung von Cox auszuweichen, hat Nixon ein Zugeständnis gemacht, das er seit Monaten verweigert hatte: Er wird die Tonbänder, auf denen er heimlich alle Unterhaltungen im Weißen Haus mitgeschnitten hat, herausrücken, soweit sie für die Watergate-Ermittlungen wichtig sind. Doch einige Tage später schon erklären die Ermittler, daß ausgerechnet die beiden Tonbänder von Gesprächen, die Nixons Mittäterschaft beweisen können, nicht aufzufinden bzw. überhaupt nie vorhanden gewesen seien.

In dieser ganzen Affäre wird Nixon nicht etwa der Verbrechen des US-Imperialismus gegenüber den Völkern angeklagt und auch nicht der verstärkten politischen Unterdrückung des amerikanischen Volkes und der Verschlechterung der materiellen Lage des Volkes. Vielmehr werfen ihm die gleichen Bourgeois, die ihn zum Präsidenten gemacht haben, vor, er verletze die demokratischen Spielregeln, und wollen damit das Ansehen der Herrschaft der Bourgeoisie vor dem amerikanischen Volk retten.

Die Herren haben allen Grund, besorgt zu sein: Nicht nur fällt Nixons Beliebtheitsgrad in ungeahnte Tiefen;

Die Herren haben allen Grund, besorgt zu sein: Nicht nur fällt Nixons Beliebtheitsgrad in ungeahnte Tiefen;

ein erheblicher Teil des amerikanischen Volkes nimmt keinerlei Anteil mehr an den Schaukämpfen der bürgerlichen Parteien. Vor einem Jahr hat Nixon zwar einen großen Stimmenvorsprung gehabt, aber die Wahlbeteiligung war so niedrig wie nie: Nur 74 Millionen der 140 Millionen Wahlberechtigten hatten ihre Stimme abgegeben.

WARUM HANDELT ES SICH NICHT DARUM, EINEN KORRUPTEN PRÄSIDENTEN AUSZUWECHSELN?

Was ändert sich, wenn Nixon durch einen neuen Mann abgelöst wird? Nichts! Die amerikanische Staats- und Kriegsmaschinerie wird genauso die ganze Skala der Gewalt- und Terrormaßnahmen anwenden, um die Herrschaft der US-Monopole in der Welt aufrecht zu erhalten. Die Lage der amerikanischen Arbeiterklasse und aller übrigen werktätigen Schichten in den USA wird sich weiter verschlechtern. Schon heute sind 5 Millionen Menschen dauerhaft arbeitslos. Während die Zeitung des US-Finanzkapitals "Business Week" vom 10. März das Jahr 1972 als "aufsehenerregendes Profit-Jahr" bezeichnete und die Profite im zweiten Halbjahr 1973 noch 30 % über dem Ergebnis des Vorjahreszeitraums liegen, dürfen entsprechend den Lohnstopp-Verfügungen die Löhne nur um maximal 5,5 % im Jahr steigen. Bei einer Inflationsrate von 8 % bedeutet das, daß der Reallohn um etwa einen Dollar pro Woche sinkt. Dazu kommt allerdings wie in der BRD, daß mit der Lohnerhöhung die Werktätigen in der Regel in höhere Steuerklassen rutschen und damit der Lohn noch mehr gedrückt wird. Klar ist, daß die Arbeitslosen und wenig Verdienenden von der Inflation am härtesten getroffen werden. Die 18 %ige Preiserhöhung von Nahrungsmitteln trifft die am meisten, die von ihrem Lohn am meisten für Essen ausgeben müssen. Es gibt offizielle Statistiken, nach denen 14 % oder 30 Millionen Menschen in den USA Hunger leiden oder unzureichend ernährt sind. Von den nationalen Minderheiten (Schwarze, Indianer, Lateiamerikaner usw.) sind sogar 23 % betroffen.

Indianer, Lateiamerikaner usw.) sind sogar 23 % betroffen.

Unter diesen Umständen ist das amerikanische Volk immer weniger bereit, die Herrschaft der Kapitalistenklasse als ewige Ordnung hinzunehmen. Weil das so ist, muß die USA-Bourgeoisie versuchen, aus der Watergate-Affäre Kapital zu schlagen. Es kommt für sie darauf an, ein großes Theater der Selbstreinigung aufzuführen, in dem durch die Mittel, die der Parlamentarismus hat, die Guten belohnt und die Bösen bestraft werden. Nur dadurch, daß ein paar Köpfe rollen, notfalls auch der des Präsidenten, kann der Eindruck aufrechterhalten werden, es handle sich um ein gerechtes Gesellschaftssystem, in dem es zwar Auswüchse gibt, die aber alle behoben werden können.

Die Methoden der Machtausübung Nixons, die immer gewaltsamere Unterdrückung des amerikanischen Volkes und der Völker der Welt sind aber keine üblen Auswüchse. Für das amerikanische Volk und die Völker der Welt sind sie das Wesen der imperialistischen Herrschaft des US-Finanzkapitals. Sie sichern die Ausbeutung der Völker der Welt durch die US-Monopole.

Die Tatsache allerdings, daß der gewaltsame Charakter dieser Herrschaftsmethoden immer offener wird, daß diese Methoden zunehmend in einen Gegensatz zu den Regeln der bürgerlich-parlamentarischen Demokratie geraten, zeigt die tiefe Krise des amerikanischen Imperialismus. Diese Krise wird nicht überwunden durch neue Männer. Diese Krise wird



nur überwunden durch den verstärkten Befreiungskampf der Völker der Welt und durch die entschlossene Aktion der amerikanischen Arbeiterklasse im Bündnis mit den übrigen werktätigen Schichten der USA zur Beseitigung der elenden Unterdrücker, zur sozialen Emanzipation, zur Herstellung der Herrschaft der Mehrheit über die Minderheit.

–Fr./D.T.–

Sozialimperialist auf Öljagd

Neben den EG-Staaten und Japan, das ebenfalls innerhalb seiner Grenzen keine Ölvorkommen hat, drängen auch die sowjetischen Revisionisten nach dem Nahen und Mittleren Osten.

auch die sowjetischen Revisionisten nach dem Nahen und Mittleren Osten.

Die Sowjetunion ist selbst sehr reich an Ölvorräten. Sie kontrolliert die Ölversorgung der osteuropäischen Länder und exportiert auch eine gewisse Menge Öl und Erdgas nach Japan und Westeuropa. Hierbei bedient sie sich ganz ähnlicher Methoden wie die US-Monopole: Sie kauft das Öl unter Weltmarktpreis, um es an Drittländer teurer wiederzuverkaufen. Die Profite, die bei dieser Art von Geschäft herausspringen, sind natürlich sehr groß. Um solche Praktiken zu rechtfertigen, haben die Führer der SU erst kürzlich ihre imperialistische Theorie verfochten. Sie meinten, daß das arabische Öl eigentlich nur seinen Namen nach den arabischen Ländern gehöre, in Wirklichkeit aber internationaler Besitz sei, da alle Industrienationen von ihm abhängig seien. Solche Reden stellen den gerechten Kampf dieser Länder zur Verteidigung der staatlichen Souveränität und zum Schutz ihrer nationalen Ressourcen in Frage und gleichen aufs Haar den Tiraden der anderen imperialistischen Mächten.



FORTSETZUNG

BUNDESREPUBLIK IST AUFMARSCHGEBIET FÜR MOBILISIERUNG DER US-ARMEE

FORTSETZUNG BUNDESREPUBLIK IST AUFMARSCHGEBIET FÜR MOBILISIERUNG DER US-ARMEE

die Beladung von Schiffen für Israel in Bremerhaven in der Öffentlichkeit Aufsehen erregt hatte.

Der Bundesregierung ist es also in keinem Moment um eine tatsächliche Verhinderung der Waffenunterstützung für Israel gegangen, auch geht es ihr nicht darum, zu verhindern daß das Gebiet der BRD das zentrale militärische Aufmarschgebiet der USA bleibt, vielmehr geht es ihr darum, den politischen Spielraum für ihre eigene imperialistische Politik zu vergrößern.

WARUM DIE WESTDEUTSCHEN IMPERIALISTEN DIE ANWESENHEIT DER US-TRUPPEN UND DIE NATO AUFRECHTERHALTEN WOLLEN

Als Vertreterin des westdeutschen Kapitals versucht die Bundesregierung, die veränderte Weltsituation, insbesondere die Beendigung der absoluten Vormachtstellung des US-Imperialismus, zu nutzen, um die imperialistischen Positionen des westdeutschen Kapitals auszubauen und zu stärken. Warum hat der westdeutsche Imperialismus in dieser Situation der wachsenden Konkurrenz zum US-Imperialismus ein großes Interesse an der Aufrechterhaltung der NATO und der Präsenz der US-Truppen in Westdeutschland?

Die NATO ist von den USA geschaffen worden, um ein Militärpotential in Europa aus den Truppen aller westeuropäischen Staaten unter US-Vorherrschaft und US-Oberbefehl zu erhalten. Die NATO garantiert die militärische Kontrolle Europas durch die USA und verstärkt zugleich das gesamte Militärpotential des US-Imperialismus.

Während jedoch der französische Imperialismus, der unter de Gaulle als erster Anstrengungen gemacht hat, sich von der US-Vorherrschaft zu lösen, aus der NATO ausgetreten ist, versucht der westdeutsche Imperialismus, seine ehrgeizigen Pläne vor allem in Richtung Expansion nach Osten gestützt auf die NATO durchzuführen. Durchaus auf eigene Rechnung hat das westdeutsche Kapital Wirtschaftsbeziehungen zur Sowjetunion und den von der Sowjetunion abhängigen osteuropäischen Staaten aufgenommen, die an Umfang alle anderen imperialistischen Staaten übertreffen. Für die militärische Absicherung ihrer expansionistischen Ostpolitik braucht die westdeutsche Kapitalistenklasse jedoch das Militärbündnis mit den USA, das allein eine Position der Stärke im politischen und wirtschaftlichen Geschäft mit der Sowjetunion garantiert. Die westdeutsche Bourgeoisie versucht somit, das zerfallenden NATO-Bündnis aufrechtzuerhalten, um es für ihre imperialistische Politik dienstbar zu machen.

Eine immer stärker werdende Fraktion der Kapitalistenklasse der USA tritt inzwischen für den Abzug der US-Truppen aus Westdeutschland ein, weil sie nicht mehr länger aufkommen will für eine militärische Stärkung der Position des westdeutschen Kapitals, das im Geschäft mit den osteuropäischen Ländern den größten Anteil erobert und dem US-Kapital den Rang abläuft. Die Bundesregierung wird sich der Forderung nach völliger Bezahlung aller Stationierungskosten der US-Streitkräfte in der BRD daher kaum entziehen können.

Für die Arbeiterklasse und das Volk in Westdeutschland bedeutet die Aufrechterhaltung der NATO und der US-Truppenpräsenz eine dreifache ständige Bedrohung. Sie bedeutet, daß in jeder Konfrontation zwischen den Supermächten USA und Sowjetunion das Gebiet der BRD zentrales Aufmarschgebiet ist. Sie bedeutet zweitens die Stärkung des westdeutschen Imperialismus, der zwar in Konkurrenz zu den USA, aber im militärischen Bündnis mit den USA, eine selbständige Großmachtpolitik zu entwickeln. Sie bedeutet drittens von Anfang an die Einschränkung der Volkssouveränität und ein militärisches Potential, das gerüstet ist, jeden Angriff der Arbeiterklasse und des Volkes auf die Herrschaft der Bourgeoisie abzuschlagen. Genauso wie NATO-Truppen in Griechenland die Militärdiktatur errichteten, als die Arbeiterklasse und das Volk daran gingen, die Volksdemokratie durchzusetzen, stehen die NATO-Truppen in Westdeutschland bereit – gesetzlich festgelegt in den Notstandsgesetzen – einzugreifen, wenn der "innere Notstand" für die Kapitalistenklasse gegeben ist.

Daher fordern die Kommunisten den restlosen Abzug aller fremden Truppen aus Westdeutschland und den Austritt aus allen imperialistischen Militärbündnissen.

–bb–

Le Duc Tho weist Friedensnobelpreis zurück

Le Duc Tho, der Beauftragte des vietnamesischen Volkes bei den Pariser Verhandlungen, hat offiziell die Annahme des ihm und Kissinger verliehenen Friedensnobelpreises abgelehnt, da von Frieden in Vietnam keine Rede sein kann.

Anstatt die nationalen und demokratischen Rechte des vietnamesischen Volkes zu respektieren und den Friedensvertrag einzuhalten, setzen die USA ihre Angriffe in Südvietnam fort. Dabei bedienen sie sich mehr als 20 000 US-Beratern in Thieus Terrorapparat.

Nach offiziellen Angaben des Saigoner Regimes haben Versuche, Gebiete der Provisorischen Revolutionären Regierung erneut zu besetzen, über 100 000 Opfer, Tote und Verwundete, gefordert. Die USA haben neben ihren mehr als 20 000 in Zivil gekleideten Beratern zur Führung der Saigoner Polizei und Marionettenarmee seit Januar über 15 000 Tonnen Bomben, 210 000 Tonnen Artilleriegeschütze, 500 Aufklärungs- und Kampfflugzeuge, 600 Panzer und Schiffe für die Kriegsmarine an Südvietnam geliefert. Anstatt die politischen Gefangenen freizulassen, hat sich ihre Zahl inzwischen erhöht; manche Quellen sprechen von 300 000.



Le Duc Tho

Da der Widerstand der Bevölkerung in der vom US-Imperialismus kontrollierten Zone gegen die weitere Unterdrückung und die Bewegung für die Durchsetzung des Friedensabkommens ständig wächst, verstärkt Thieu sogar noch die militärischen Operationen. Er weiß genau, daß das sichere Hinterland des gerechten Kampfes der Bevölkerung im Herrschaftsbereich Saigons die befreiten Gebiete der Provisorischen Revolutionären Regierung sind. Deshalb nehmen seine Operationen immer größere Ausmaße an. Die Angriffe bei Le Minh, Thay Ninh und derzeit im Mekong-Delta stellt Thieu dar als Vorbeugemaßnahmen gegen eine angeblich für das Frühjahr geplante Offensive Nordvietnams.

Er setzt damit das alte Spiel der US-Imperialisten fort, die gleichfalls jede ihrer Eskalationen, wie z. B. die Invasion nach Kambodscha, nach Laos und die Offensiven 1972 zur Täuschung der Völker der Welt stets als Vorbeugemaßnahmen gegen die Befreiungsfront und Nordvietnam ausgaben. Eine ähnliche Vorbeugemaßnahme stellt die Verleihung des Friedensnobelpreises an Kissinger und Le Duc Tho dar. Das ist aber gründlich mißlungen.



Die Hoesch-Arbeiter traten schon im Februar dieses Jahres als erste in den Streik gegen den völlig unzureichenden Tarifabschluss.

Den Zangenangriff von Kapital, Regierung und Gewerkschaftsführung brechen

Die Ausgangslage für die Tarifkämpfe ist so: Die Lage der Arbeiterklasse hat sich im letzten Jahr gewaltig verschlechtert. Bei einer nominellen Lohnerhöhung von durchschnittlich etwas über 10 %, ist der Reallohn aufgrund der Preissteigerungen und schleichenden Lohnsteuererhöhungen sowie der wachsenden Sozialabgaben durchschnittlich gerade um 1 – 1,5 % gestiegen. (Süddeutsche Zeitung vom 3.9.73) Bei diesen Statistiken werden aber die Manager und höheren Angestellten den Arbeitern zugeschlagen, so daß die durchschnittliche Reallohnsteigerung für die Arbeiter und kleinen Angestellten in Wirklichkeit noch niedriger liegt. Ein großer Teil der Arbeiter vor allem der unteren Lohngruppen hat seinen Reallohn nicht erhöhen können und mußte sogar Reallohneinbussen erleiden. Während der Reallohn nicht stieg, ist die Produktivität der Arbeit in diesem Jahr laut Angaben des Statistischen Bundesamtes noch einmal um durchschnittlich 6 % gestiegen, in einzelnen Bereichen wie in der Stahl- und Nichteisen-Metallindustrie um 13 %,in der Automobil- und Elektroindustrie um über 10 %. Produktivitätssteigerung ist innerhalb des Kapitalismus aber einfach ein Fremdwort für Steigerung der Arbeitshetze und Auspressung von mehr Arbeit innerhalb kürzester Zeit. Die Lage der Arbeiter hat sich also im letzten Jahr nicht nur nicht verbessert, sondern wesentlich verschlechtert: Für gestiegene Arbeitsleistung erhalten die Arbeiter heute gleichviel oder weniger Lohn als vor einem Jahr.

Die Arbeiter sind nicht gewillt, die Verschlechterung ihrer Lage hinzunehmen. Die fast ununterbrochene Welle von Streiks während des ganzen Jahres zeigt dies deutlich. Die Arbeiter haben in diesen Streiks Selbstbewußtsein gewonnen. Auch wenn nur wenige Streiks wirklich erfolgreich waren, so ist die Unausweichlichkeit des Kampfes gegen die Kapitalisten jetzt vielen Belegschaften völlig klar.

DIE BEDEUTUNG DER SELBSTÄNDIGEN STREIKS

Auf die Kampfbereitschaft der Arbeiter reagieren Unternehmerverbände, Regierung und Gewerkschaftsführung mit einem Zangenangriff, der die errungene Selbständigkeit der Arbeiter zerschlagen soll. Diesen Angriff gilt es in der Tarifauseinandersetzung zu brechen, um die errungene Selbständigkeit zu erhalten und zu stärken.

DIE KAPITALISTEN LASSEN DIE ARBEITER IHRE WIRTSCHAFTLICHE ABHÄNGIGKEIT SPÜREN, UM SIE EINZUSCHÜCHTERN

DIE KAPITALISTEN LASSEN DIE ARBEITER IHRE WIRTSCHAFTLICHE ABHÄNGIGKEIT SPÜREN, UM SIE EINZUSCHÜCHTERN

Die Kapitalisten geben den Arbeitern zu verstehen, daß sie ohnehin am längeren Hebel sitzen und alles über die Preise wieder hereinholen werden, was die Arbeiter an höheren Löhnen erkämpfen. Sie verlangen von den Arbeitern, auf Lohnerhöhungen zu verzichten, um – wie sie sagen – Preissteigerungen zu vermeiden.

Aber die Arbeiter haben auf die Preissteigerungen keinerlei Einfluß, und wenn ihnen die Preise nicht völlig davonlaufen sollen, dann bleibt ihnen nur der Kampf um den Lohn. Deshalb fahren die Kapitalisten noch stärkere Geschütze auf, und drohen nicht nur mit weiteren Preiserhöhungen, sondern direkt mit Arbeitslosigkeit. Aber haben die Arbeiter auf die Arbeitsplätze einen Einfluß? Nein, darauf haben sie keinen Einfluß. Die sind vom Gang der kapitalistischen Krisenentwicklung und von den Entscheidungen der Kapitalisten abhängig. Die Arbeiter sind zwar immer die Opfer der Arbeitslosigkeit, aber wann die Arbeitslosigkeit ausbricht, welches Ausnamß sie annimmt, wen sie trifft und wie lange sie dauert, das liegt im Kapitalismus ganz außerhalb der Einflußmöglichkeiten der Arbeiter. Deshalb darf man sich durch die Drohungen der Kapitalisten nicht einschüchtern lassen und muß solange man Arbeit hat, den Lohnkampf entschlossen führen und im übrigen die Drohung mit der Arbeitslosigkeit zum Anlaß nehmen, über Folgendes nachzudenken:

Was haben die Arbeiter denn eigentlich für ein Interesse, ein Wirtschaftssystem zu erhalten, in dem sie ständig um jeden Pfennig kämpfen müssen und das sie zudem immer wieder mit Arbeitslosigkeit bedroht? Sie haben gar kein Interesse daran. Wenn die Kapitalisten mit Arbeitslosigkeit drohen, dann sagen wir: Ja, wir wissen, daß im Kapitalismus der Arbeitsplatz immer bedroht ist. Aber das ist kein Argument gegen den Lohnkampf, sondern ein Argument dafür, daß der Lohnkampf nicht ausreicht, sondern daß der Kapitalismus bekämpft, die Kapitalisten gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden muß.

In der Volksrepublik China und in Albanien gibt es keine Arbeitslosigkeit, und auch in der Sowjetunion

daß der Kapitalismus bekämpft, die Kapitalisten gestürzt und der Sozialismus aufgebaut werden muß.
In der Volksrepublik China und in Albanien gibt es keine Arbeitslosigkeit, und auch in der Sowjetunion

gab es so etwas nicht, solange die Sowjetunion ein sozialistischer Staat war.

So hat jede Drohung der Kapitalisten ihre zwei Seiten: Sie soll die Arbeiter einschüchtern, wenn sich die Arbeiter aber nicht einschüchtern lassen, dann sind die Drohungen nur ein Ansporn zu entschlosseneren Kampf für weitergehende Ziele. Von allein gibt es im Kapitalismus nicht einmal ausreichenden Lohn, von allein gibt es nur Ausbeutung und gnadenlose Arbeitshetze oder Arbeitslosigkeit. Ein solcher Zustand ist unerträglich und deshalb reicht der Kampf um den Lohn nicht aus. Die Arbeiter werden durch die herrschenden Zustände selber gezwungen, den Kampf gegen den Kapitalismus aufzunehmen. Dabei ist der gewaltsame Zusammenstoß mit dem kapitalistischen Staat und der Regierung ganz unvermeidlich. Wem dieser Staat dient und wem die Regierung nützt, das wird schon im Lohnkampf deutlich.

NOCH ARBEITET DIE REGIERUNG MEHR HINTER DEN KULISSEN; SOBALD DIE ARBEITER WEITER VORANSCHREITEN, WIRD SICH DAS ÄNDERN.

Die SPD/FDP-Regierung treibt unter dem Deckmantel ihres Reformgeredes eine eifrige Aufrüstung der Polizei, des Bundesgrenzschutzes, und auch die Bundeswehr läßt sie bei jeder sich bietenden Gelegenheit die Einkreisung und Erstürmung von Fabriken üben. Das kostet viel Geld und das macht die Regierung nicht zum Spaß.

In den verschiedenen Streiks war die Polizei immer dann zur Stelle, wenn es die Kapitalisten für nützlich hielten. Wie mit der Polizei, so verhält es sich mit dem ganzen Staatsapparat und erst recht mit der Regierung an seiner Spitze. Einstweilen freilich versucht die Regierung, die offene Auseinandersetzung mit den Arbeitern zu vermeiden. Sie tut das, indem sie wie die Kapitalisten die Arbeiter einzuschüchtern versucht und gleichzeitig an ihre Treue zur Regierung appelliert. Aber dieser Appell kann nicht viel bringen auf die Dauer: Die Regierung ist der Kapitali-

dem sie wie die Kapitalisten die Arbeiter einzuschüchtern versucht und gleichzeitig an ihre Treue zur Regierung appelliert. Aber dieser Appell kann nicht viel bringen auf die Dauer: Die Regierung ist der Kapitali-

stenklasse treu und die Arbeiter sollen der Regierung treu sein. Eine solche Rechnung geht nur vorübergehend auf, und gegenwärtig geht sie schon nicht mehr richtig auf. Deshalb rüstet die Regierung auf. Wenn es mit Schlichtungsbetrug nicht mehr hinhaut, dann wird es hier auch nicht anders aussehen als in anderen kapitalistischen Staaten, wo die Polizei Fabriken besetzt und streikende Arbeiter angreift. Ford-Köln, Pierburg-Neuss und Rheinstahl-Bielefeld geben da schon einen Vorgeschmack.

Die Frage ist, ob sich nur die Kapitalisten und ihr Staat auf die verschärften Kämpfe vorbereiten sollen oder ob sich nicht auch die Arbeiter ganz bewußt auf diese Kämpfe einstellen müssen. Zu umgehen sind sie nicht, weil sich die wirtschaftliche Lage immer mehr zuungunsten der Arbeiter verändert und sich die Ausbeutung und Unterdrückung verstärkt.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG STEHT AUF DER SEITE DER FEINDE DER ARBEITERKLASSE UND VERSUCHT ,DIE ARBEITER AM LOHNKAMPF ZU HINDERN, UM SIE VOM KAMPF FÜR DEN SOZIALISMUS ABZUHALTEN.

Die Arbeiter haben in diesem Jahr schwere Kämpfe geführt. Dabei ist ihnen die Gewerkschaftsführung immer in den Rücken gefallen. Das ist in der Tarifauseinandersetzung nicht anders, wie sich gerade in den letzen Jahren und schon oft gezeigt hat. Die Gewerkschaftsführung gibt das natürlich nicht zu, sondern nimmt das Mundwerk voll und tönt mächtig, sie wolle für die Arbieter eintreten und viel herausholen. Aber herausholen tut die Gewerkschaftsführung den Gewerkschaftsmitgliedern das Beitragsgeld aus den Taschen. Bei den Kapitalisten holt sie nichts heraus. In Wirklichkeit tut sie alles, um die Initiative der Arbeiter einzuschränken, wie jetzt wieder in Nordwürttemberg/Nordbaden beim Manteltarifvertrag. Den Gewerkschaftsführern darf man kein Wort glauben, es sei denn, wenn sie sich zur sozialen Marktwirtschaft, d.h. zum Kapitalismus bekennen. Das kann man ihnen glauben.

Während die Kapitalisten aber die Arbeiter offen angreifen, greifen die Ge-

man kein Wort glauben, es sei denn, wenn sie sich zur sozialen Marktwirtschaft, d.h. zum Kapitalismus bekennen. Das kann man ihnen glauben.
Während die Kapitalisten aber die Arbeiter offen angreifen, greifen die Ge-

werkschaftsführer die Arbeiter versteckt und hintenrum an. Das macht die Gefährlichkeit des gegenwärtigen Zangenangriffs von Kapitalisten, Regierung und Gewerkschaftsführern auf die Selbständigkeit und Kampfbereitschaft der Arbeiter aus: man merkt die eine Schneide der Zange oft erst, wenn es zu spät ist. Wenn man genau hinschaut, kann man aber auch schon heute sehen, was die Gewerkschaftsführung vorhat: sie setzt hohe Prozentforderungen (18-20 %) in die Welt, um die Arbeiter von der Aufstellung von Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich abzuhalten. In der Tarifkommission sind es dann schon weniger, – 15 %, wie jetzt in der Stahlindustrie von Nordrhein-Westfalen. Wenn sie erst einmal so weit ist und sie die Kampfkraft auf diese Weise geschwächt hat, dann will sie anschließend, wie gehabt, niedrige Prozentabschlüsse (nicht über 12 %) tätigen. Sie spaltet die Tarifbezirke durch verschiedenartige Forderungen auf, indem sie auf die neueste Auslegung des § 116 des Arbeitsförderungsgesetzes hinweist. Wenn ihr die Spaltung gelingt, dann läßt sie einen Bezirk vorreiten, läßt ihn isoliert der geballten Kraft der Kapitalisten entgegentreten und trifft dann einen Abschluß für alle. Sie verschleißt den stärksten Tarifbezirk (Nordwürttemberg/Nordbaden) in der Manteltarifauseinandersetzung für unzureichende Forderungen, um später zu sagen, die Kräfte seien aufgezehrt. An ihr liege es nicht, aber die Arbeiter wollten und könnten nicht mehr. In verschiedenen Kämpfen einzelner Betriebe haben sich die Vertrauensleutekörper als Kampfinstrumente der Belegschaft bewährt. Damit will die Gewerkschaft Schluß machen. Die neuen Richtlinien für die Vertrauensleute-Arbeit sollen die Vertrauensleute an die Kandare legen.

All dies läßt sich schon heute erkennen und muß schon heute bekämpft werden. Es muß für Forderungen in Mark und Pfennig für alle gleich eingetreten werden. Prozentforderungen spalten die verschiedenen Schichten der Arbeiterklasse, während die Preise und die Arbeitshetze für alle gleich zunehmen und für die unteren Schichten der Arbeiter eher noch schlimmer sind als für die oberen. Es muß gegen die Aufspaltung der Tarifbezirke vorgegangen werden. Arbeiter, Angestellte und Lehrlinge dürfen sich nicht spalten lassen, sondern müssen eine Front bilden. Jede Spaltung zwischen deutschen und ausländischen Arbeitern, zwischen Männern und Frauen muß bekämpft werden. Vor allem aber darf man den Gewerkschaftsführern, auch wenn sie noch so groß tönen, kein einziges Wort glauben und darf sich nur auf die eigenen Erfahrungen und auf die eigene Kraft verlassen. In den selbständigen Streiks hat sich gezeigt, wo die Gewerkschaftsführung steht. Die Erfahrungen aus den selbständigen Streiks dürfen nicht untergehen. Daß sie untergehen, darauf hofft die Gewerkschaftsführung.

Streiks hat sich gezeigt, wo die Gewerkschaftsführung steht. Die Erfahrungen aus den selbständigen Streiks dürfen nicht untergehen. Daß sie untergehen, darauf hofft die Gewerkschaftsführung.

Der Kommunistische Bund Westdeutschland wird überall, wo ihm dies möglich ist, in vorderster Front im Kampf gegen die Betrugs- und Täuschungsmanöver der Gewerkschaftsführer stehen. Er wird aber auch alle Tendenzen unter den Arbeitern bekämpfen, die mit den Gewerkschaftsführern gleich die ganze gewerkschaftliche Organisation über Bord werfen wollen. Man muß zwischen einer notwendigen, der Arbeiterklasse nützlichen Organisation und den Machthabern in dieser Organisation unterscheiden lernen, wenn man diesen Machthabern die notwendige und nützliche Organisation nicht auf Dauer überlassen will. Wenn die Arbeiter die Kraft haben, selbständig gegen die Kapitalisten zu kämpfen, dann haben sie auch die Kraft, gegen die Feinde in ihrer eigenen Organisation zu kämpfen. Daß sie gegen die Kapitalisten kämpfen können, haben sie in den Streiks dieses Jahres erneut gezeigt.

In der jetzt bevorstehenden Tarifauseinandersetzung kommt es darauf an, alle Erfahrungen dieses Jahres zusammenzufassen, anzuwenden und ein klares Bewußtsein darüber zu gewinnen, daß die Zeit vorbei ist, in der zwischen den Tarifauseinandersetzungen der Kampf scheinbar stillstand. Diese Tarifauseinandersetzung ist letzten Endes nicht mehr als ein Abschnitt in dem sich verschärfenden Klassenkampf. **Daß** sich der Klassenkampf verschärfen wird, **ist von den Arbeitern unabhängig. Wie** sie diesen Kampf führen und wie sie sich auf weitere Kämpfe vorbereiten, **ist allein von den Arbeitern abhängig** und davon, ob sich die Kommunisten in diesen Kämpfen als Vortrupp der Arbeiterklasse bewähren.

–J.S.

Stahltarifrunde vorgezogen

BERICHT ÜBER HOESCH DORTMUND: TROTZ SPALTUNGSPOLITIK DER IGM-FÜHRUNG – IM TARIFKAMPF IST NOCH NICHTS ENTSCHIEDEN

In der diesjährigen Tarifrunde für die Eisen- und Stahlindustrie meinten die IGM-Fürsten auf Nummer sicher gehen zu müssen: Frühzeitig wollten sie die Meinung der "Basis" hören. So hatte es die Große Tarifkommission für Nordrhein-Westfalen Mitte September beschlossen. IGM-Vorsitzender Loderer gebärdete sich radikal und sprach von einer zweistelligen Forderung, und bei Hoesch wurden die ersten Diskussionen über 20 und 25 % Lohnerhöhung geführt.

Die örtlichen Gewerkschaftsfürsten wie der erste Bevollmächtigte der Verwaltungsstelle Dortmund, Werner Dietrich, und der Gesamtbetriebsratsvorsitzende von Hoesch, Albert Pfeiffer, griffen solche Zahlen gerne auf und begannen vorsichtig gegen diese "utopische" Höhe zu argumentieren. So entwickelte sich im Betrieb eine Diskussion über die Notwendigkeit einer hohen Forderung, die eine lineare Forderung gar nicht erst aufkommen ließ. Damit war ein Ziel der IGM-Führung erreicht: eine gleiche, alle Stahlarbeiter vereinheitlichende Forderung und Mark und Pfennig, wie sie in diesem Jahr bei den selbständigen Streiks für Teuerungszulagen gestellt worden waren – auch bei Hoesch im Februar – war verhindert.

Nachdem so der Keim für eine allmähliche Aufspaltung der Kollegen gelegt war, begannen die örtlichen und betrieblichen IGM-Bonzen die Höhe der Forderung herunterzudiskutieren. 20 % seien utopisch, man schade sich nur selbst, weil so hohe Lohnerhöhungen nur die Inflation weiter hinauftreiben würden und die Unternehmer sich das dann doch wieder durch Preissteigerungen zurückholen würden. Doch diese faulen Argumente kannten die Kollegen schon von der letzten Tarifrunde, als sie ihnen von Gewerkschaftsführung, Regierung und Kapitalisten aufgetischt worden waren. Bei Hoesch hatte man die Unsinnigkeit eines "Lohnverzichts" schon bald eingesehen und sich im Februar durch einen selbständigen Streik einen Nachschlag geholt.

Auch war in diesem Jahr klargeworden, den die Arbeiter einhalten sollen, aber diesem Lohnabbau nie ein Preisabbau folgen würde. Zudem haben die Stahlbosse für Januar schon Preiserhöhungen um 11 % angekündigt. So forderte die große Mehrheit der Kollegen eine Lohnerhöhung von 20 %, was auf den Ecklohn (nach dem die anderen Lohngruppen ausgerichtet sind) etwa 1,20 DM bedeuten würde. Die Belegschaftsversammlungen der drei Dortmunder Hoesch-Hüttenwerke Westfalenhütte (am 13.9.) und Union und Phönix (am 13.10.) stellten dann diese Forderung mit großer Mehrheit auf. Dazu forderten sie eine Laufzeit von maximal 9 Monaten und erklärten, daß die 20 % nur unterschritten werden dürften, wenn eine deutliche Vorweganhebung der Löhne erfolgte.

Dieses klare Festhalten an einer hohen Forderung erklärt auch, wieso die Kollegen auf die prozentuale Forderung reinfallen konnten. Sie hatten nach dem Lohnabbau des letzten Jahres ihre Kampfkraft voll auf eine angemessene Höhe ausgerichtet, um hier nicht noch einmal beschissen zu werden. Dabei haben sie die Frage der linearen Forderung, die ja für die politische Einheit und Kampfstärke der Arbeiterklasse so wichtig ist, aus den Augen verloren. Doch zeigt ihr Festhalten an einer hohen Forderung auch, wie entschlossen die Hoesch-Belegschaft diesmal in die Tarifrunde geht.

Die IGM-Bonzen versuchten weiter ihr Bestes, die Forderung zu drücken. Das demokratische Mäntelchen, das sie sich anfangs mit der Aufforderung zu breiter Diskussion umgelegt hatten, legten sie jetzt ab. Diskussionsbeiträge auf den Belegschaftsversammlungen wurden abgewürgt, und W. Schäfer, Betriebsrat auf Union, behauptete – als die Kollegen die Forderung verbindlich beschließen wollten – eine Belegschaftsversammlung habe nichts abzustimmen und niemandem Weisung zu erteilen. Die Tarifkommissionsmitglieder erklärten gar in den Stadtteilgruppenversammlungen der IGM, sie seien nur ihrem Gewissen verantwortlich. Und vor der großen Funktionärskonferenz am 23.10. versuchte der erste Bevollmächtigte W. Dietrich, die Vertrauenskörperleitungen der Dortmunder Stahlwerke auf niedrigere Forderungen einzuschwören. All diese undemokratischen Maßnahmen schlugen jedoch fehl; sie zeigten nur, daß die anfängliche Diskussionsaufforderung ein Manöver war, um bei den Kollegen schon frühzeitig Dampf abzulassen. Die Funktionärskonferenz schickte aber unbeirrt von den Manövern der Führung die Tarifkommissionsmitglieder mit den oben genannten Forderungen zur Großen Tarifkommission nach Krefeld.

Wir haben noch nichts zu den Hoesch-Kapitalisten gesagt. Das war auch nicht nötig, sie hielten sich raus, denn die Gewerkschaftsbonzen hatten ihre Interessen bislang gut vertreten. Es war eine spalterische Prozentforderung aufgestellt worden, und der IGM-Vorstand hatte sie auf der Tarifkommissionssitzung für Nordrhein-Westfalen noch auf 15 % zurückgeschraubt. Die Unternehmer hatten ihr Augenmerk mehr auf die Verhinderung der Fortzahlung der Teuerungszulage von 70 DM gelegt, die nur für die Monate Juni, Juli, August, September gezahlt wurde. Das gelang ihnen dann auch mit Hilfe des Betriebsrates, der die Kollegen nur darauf vertröstete, daß die 70 DM bei der Berechnung des Weihnachtsgeldes angerechnet würden. Doch wir waren der Meinung, daß nicht nur Weihnachten teuer wird, sondern auch die Monate Oktober, November und Dezember. So fielen viele harte Worte, doch es folgten keine entschiedenen Taten, zu sehr war man mit der Tarifrunde beschäftigt, zu sehr ließ man sich auch darauf vertrösten.

Nun sind 15 % als Forderung herausgekommen, und aus den Erfahrungen der vergangenen Jahre wissen alle Kollegen, daß mit einem Abschluß von 10 oder 11 % zu rechnen ist, auf der einen Seite zwar auf die Forderungen der großen Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder eingehen, um sie bei der Stange zu halten, auf der anderen Seite ist die IGM-Führung aber sowohl personell als auch durch die gemeinsame Politik der Klassenversöhnung an die SPD-Regierung gebunden. Und das ist die Hauptsache. Und so werden Loderer & Co. im Sinne der Politik der Sozialdemokratie, die Profite zu stabilisieren, und den Arbeitern niedrige Löhne vorzuschreiben, alles daransetzen, den Tarifabschluß so weit wie sie vertreten können herunterzuschrauben. Die Hoesch-Kollegen haben in der Vergangenheit diesen Widerspruch schon öfter zu spüren bekommen und sie werden auch diesmal – wie in der Vergangenheit – selbst "Butter bei die Fische tun". Die Belegschaft ist selbstbewußt und kampfstark genug, den Tarifkampf zu führen und das Heft selbst in die Hand zu nehmen. Das wird auch notwendig sein, weil auch diesmal mit einem Verrat der IGM-Fürsten zu rechnen ist, so wie er in der Vorbereitung der Lohnrunde schon begonnen wurde.

Wir werden nur darauf achten müssen, daß wir spätestens wenn der Verrat der IGM-Führung offensichtlich wird zu einer vereinheitlichenden linearen Forderung kommen: Dann ist noch nichts verloren. Die prozentuale Forderung wird die Kampffront jedoch allmählich zerbröckeln lassen, weil im Portemonnaie ein Prozent für jeden was anderes bedeutet. Erst ein klarer, für jeden gleich hoher Betrag in Mark und Pfennig schafft die Geschlossenheit und Kampfstärke, um gegen Gewerkschaftsführung und Kapital erfolgreich bestehen zu können. Hier müssen uns die Stahlarbeiter von der Saar und von Mannesmann ein leuchtendes Beispiel sein!

Für einheitliche, lineare Lohnforderungen!

Zelle Hoesch der Ortsaufbaugruppe Dortmund

Mannesmann geht voran!

STREIK FÜR DIE WEITERZAHLUNG DER 70 DM TEUERUNGSZULAGE

Montag Morgen schmissen die Eisenbahner, die bei den meisten Streiks vorne mit dabei waren, als erste die Brocken hin, die Kollegen vom Profilwalzwerk zogen gleich nach. Am Dienstag waren es, obwohl weder vorbereitet noch koordiniert, schon 2 000, zeitweise bis zu 3 000 Streikende aus den meisten anderen Abteilungen der Hütte. Sie alle standen für eine Forderung zusammen, die wohl alle Metaller und Stahlarbeiter unterstützen:

WEITERZAHLUNG DER 70 DM TEUERUNGSZULAGE!

und "Volle Bezahlung der Streikschichten!". Doch die Kollegen hatten auch schon die kommende Tarifrunde im Kopf, sie wußten, daß sie von der Gewerkschaftsführung mit ihrer 15 %-Forderung nichts erwarten konnten.

Denn die Forderungen der Hüttenwerker zur Tarifrunde lauten anders. Sie hatten auf den Belegschaftsversammlungen, die im September gelaufen waren, unterstützt von den fortschrittlichen Vertrauensleuten, die sich für die Interessen der Kollegen einsetzen, eine **lineare Forderung** von 230,- DM aufgestellt. Diese Forderung war breit diskutiert worden, und die große Mehrheit der Kollegen war darauf vereinheitlicht. Diese Diskussion auf den Belegschaftsversammlungen, die zudem noch ausgezeichnet besucht waren, bildeten eine wesentliche Grundlage für die Aufnahme und rasche Verbreitung des Streiks. Die DKP, deren Genossen bei der Durchführung des Streiks mitbeteiligt waren, hatte sich das Ganze aber anders vorgestellt. Sie erklärte diesen Streik für einen Warnstreik, mit dem man der IGM-Verhandlungskommission für die erste Tarifverhandlung am 31.10. nur den Rücken stärken wollte. Dabei blieb die DKP auch noch, als die Kollegen schon den dritten Streiktag ins Auge faßten. Sie hatte zum Ziel, der Gewerkschaftsführung in ihrer Verhandlungspolitik zu unterstützen, während die Hüttenwerker mehr Lohn verlangten.

Dieses Kapitulantentum der DKP sowohl das Fehlen einer Streikleitung verhinderte ein koordiniertes, planvolles Vorgehen der kämpfenden Kollegen und führte damit schließlich zum Streikabbruch. Nur am Dienstag Morgen war die Besetzung des Hauptstores und ein Zug durchs Werk organisiert worden. Zu die im Zeitpunkt schlossen sich die Lehrlinge an, die sich ordnungsgemäß abgemeldet hatten, um sich bei der Jugendvertretung zu informieren! Schon planten die Kollegen, das Werk mittags stillzulegen; nur die Notbelegschaft sollte noch arbeiten. Hier begann der Werksvorstand, die Streikenden auszutricksen. Er legte Mann für Mann die Notbelegschaft fest, so daß schließlich die halbe Belegschaft weiterarbeitete. Sein zweiter Schlag war ein um 10 Uhr Dienstag morgen bekanntgegebenes Ultimatum, das allen Kollegen mit Entlassung drohte, wenn sie nicht bis 11 Uhr arbeiteten. Doch die Kollegen nahmen dazu eine kämpferische Haltung ein: "Wenn die entlassen, steht die Hütte still!", andere verbrannten das Flugblatt. Sie gingen aber nicht organisiert gegen diese Drohung vor. Nachmittags war der Zug durchs Werk nur noch 150 Mann stark und das Tor war kaum noch besetzt. Es fehlte eine organisierende Kraft.

Am späten Nachmittag verteilte der Werksvorstand, nachdem er das Ultimatum noch mal wiederholt hatte, eine Liste mit 98 Namen der Kollegen, die fristlos entlassen werden sollen. Darunter befinden sich viele fortschrittliche und klassenbewußte Kollegen und Vertrauensleute, die sich immer für die Interessen der Arbeiter eingesetzt haben. Sie stammen hauptsächlich aus dem Profilwalzwerk und von der Eisenbahn. Daran und an der Tatsache, daß die Liste rausgegeben wurde, als der Streik praktisch schon im Sande verlaufen war, wird ersichtlich, daß es sich bei den Entlassungen um einen gezielten Schlag gegen die fortschrittlichen Kollegen und um eine harte Drohung für den kommenden Tarifkampf handelt.

Die örtliche Gewerkschaftsführung hat zwar Rechtsschutz versprochen, doch ihre Untätigkeit beim Streik zeigt nur, daß man sich auf sie nicht verlassen kann. Die Kollegen selbst werden ihr Versprechen wahr machen müssen, die Hütte stillstehen zu lassen, wenn die Entlassungen nicht zurückgenommen werden sollten. Ihre Kampfkraft ist groß genug, sind sie doch die ersten, die einen Tarifkampf mit einem Streik eingeleitet haben.

Am Freitag, 2.11., streikten 70 Werksbahner, 15 Lokomotiven standen still.

– H.R., Ortsaufbaugruppe Hamm –



Auch die Lehrlinge streikten mit. Inzwischen wurden 121 Arbeiter entlassen.

Hoesch

FÜR VORWEGANHEBUNG

Hamm. Auf der letzten Betriebsversammlung der Hoesch-Röhrenwerke trug der Vertrauensleutekörper seine Forderung für die Metalltarifrunde vor: 50 Pfennig Vorweganhebung und 19 % Lohnerhöhung.

In der Belegschaft muß der Kampf für eine lineare Forderung, die die Vertrauensleute von Hoesch bereits in den letzten zwei Jahren gefordert haben, weiter geführt werden, da die Prozentforderung der IGM-Führung Tür und Tor für einen Verrats-Abschluß öffnet. Wenn man die Vorweganhebung berücksichtigt, ergibt die Höhe der Forderung des Vertrauenskörpers eine Forderung von 50 Pfennig Vorweganhebung und 1,20 DM mehr für alle. Um diese Forderung muß die Auseinandersetzung und der Kampf gegen die spalterische Prozentforderung weiter geführt werden.

–Hoesch Kollektiv der Ortsaufbaugruppe Hamm–

Bauer Druck

STREIK FÜR 500 DM

Köln. Am Mittwoch, 31.10., standen im Kölner Druckbetrieb des Bauer-Konzerns die Maschinen still. Die Forderung der insgesamt 900 Mann starken Belegschaft war: 500 DM Teuerungszulage für alle!

Um 11 Uhr legte die Frühschicht geschlossen die Arbeit nieder. Der Streik wurde den ganzen Tag über von allen Abteilungen ohne Ausnahme durchgehalten, auch die Spätschicht hat die Arbeit nicht aufgenommen.

Am Mittwochabend stand fest, daß die Geschäftsleitung zahlen muß: 250 DM mehr für alle. Die Kollegen der Bauer-Betriebe in anderen Städten, z.B. Hamburg, werden sicher nicht zurückstehen wollen.

Witten Edelstahlwerk

DIE LAGE IN DER STAHL-TARIFAUSEINANDERSETZUNG

Witten. Auf der Vertrauensleuteversammlung des Wittener Edelstahlwerks schlug Ottlinger, SPD-Gewerkschaftsführer des Ortes und Bürgermeister, vor, zur Tarifrunde über einen "Diskussionsvorschlag" von ihm zu diskutieren, über den auch später abgestimmt wurde: 80 Pfennig Vorweganhebung und 15 % mehr = 230,– DM mehr für die oberen Lohngruppen. Einige Kollegen forderten, alle Kollegen müßten mindestens 230,– DM bekommen. In der Abstimmung unterlagen sie aber.

Beim Edelstahlwerk haben vor einiger Zeit die Facharbeiter einen kurzen Warnstreik durchgeführt und eine Forderung von 80 Pfennig aufgestellt, weil sie im Vergleich zu anderen Betrieben unterbezahlt werden. Die Geschäftsleitung hat einen Vorschlag gemacht: Eine neue Lohngruppe soll gebildet werden, in der 120 von 1 200 Facharbeitern aufsteigen können. Ein klarer Spaltungsversuch. Ab Oktober wird in der Stahlindustrie die Zulage von 70 DM, die ab Juni bezahlt wurde, nicht weiterbezahlt. Der Streik der Mannesmann-Hüttenwerke für die Weiterzahlung der 70 DM brachte auch die Kollegen in Witten in Bewegung. Auf der Belegschaftsversammlung in dieser Woche muß die klare Solidarität mit dem Streik beschlossen und die Rücknahme der 121 fristlos Entlassenen bei Mannesmann gefordert werden. Die Forderung muß sein, daß die 70 DM unbefristet weiter gezahlt werden.

IG Druck Hamburg

DELEGIERTENVERSAMMLUNG AUS PROTEST VERLASSEN

Hamburg. Am vorletzten Montag (29.10.) verließen 127 Kollegen die 44.Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg der IG Drupa, nachdem der Vorstandsvorsitzende Wolf die Diskussion über das gewerkschaftsschädigende Verhalten des Springer-Betriebsrats Jürgensen absetzen und zur Tagesordnung übergehen wollte. Nur ca. 60 Kollegen blieben mit dem Vorstand zurück. Die Kollegen versammelten sich in einem anderen Raum im Gewerkschaftshaus, für die sie noch ca. 60 DM zahlen mußten. Anlaß dieser Protestaktion war die Unterstützung, die der Ortsvereinsvorstand dem berüchtigten Springer-Betriebsrat Jürgensen zukommen ließ, als dieser zu seiner Zusammenarbeit mit der Springer-Geschäftsleitung und seinem gewerkschaftsschädigenden Verhalten bei den Betriebsrats-Neuwahlen nach Aufforderung der Mehrheit der Kollegen nicht Stellung nehmen wollte.

Jürgensen, gegen den auf der 43.Delegiertenversammlung ein Ausschlußantrag nur mit knapper Mehrheit abgelehnt worden war, hatte mit Hilfe der Geschäftsleitung der Betriebsrat aufgelöst, um fortschrittliche Betriebsräte auszuschalten. Bei der Neuwahl wurde dann durch "ein Versehen" die Kandidatur dieser Betriebsräte "vergessen", so daß diese nicht gewählt werden konnten, und die IG Drupa zudem die Mehrheit im Betriebsrat an die DAG verlor. Jürgensen hält diese Vorfälle für "betriebliche Probleme", die in der Gewerkschaft nichts zu suchen hätten und Heinz Wolf vom Ortsvereins-Vorstand schloß sich dieser Meinung an. Dagegen verabschiedeten die ausgezogenen Kollegen eine Resolution, in der Jürgensen erneut zur Stellungnahme aufgefordert wurde.

Mehr Kurzarbeit u. Entlassungen

FÜR DIE SPD-REGIERUNG HEISST "VOLLBESCHÄFTIGUNG" MEHR ARBEITSLOSIGKEIT

Zu Beginn ihrer Regierungszeit erklärten die SPD-Politiker, die Erhaltung der Vollbeschäftigung sei das oberste Ziel ihrer Wirtschaftspolitik. Inzwischen häufen sich in einigen Wirtschaftsbranchen Entlassungen und Kurzarbeit. In der Bauindustrie haben einige größere Unternehmen Pleite gemacht, Arbeiter verloren ihren Arbeitsplatz. In der Textilindustrie sieht es ähnlich aus, allein die Triumph-Werke haben 9 Werke geschlossen, insgesamt sind in diesem Jahr 22 Textilwerke völlig und weitere 13 teilweise stillgelegt worden. Gegenwärtig arbeiten 18 500 Beschäftigte in der Bekleidungsindustrie kurz (5 %). Für weitere 14 000 (4 %) ist Kurzarbeit angemeldet. Die Gewerkschaft Textil rechnet mit 50 000 Kurzarbeitern. Während aber laufend Stillegungen vorgenommen werden und Arbeiter und Arbeiterinnen ihre Arbeitsplätze verlieren, bauen die Textilkapitalisten neue Werke im Ausland auf, um dort mit noch geringeren Löhnen noch höhere Profite zu machen. Diese Produktionsverlagerungen ins Ausland werden noch an Umfang zunehmen, erklärte ein Sprecher des Textilkapitalistenverbandes. Aber nicht nur im Bereich der Bauindustrie und Textilindustrie mehren sich Entlassungen und Kurzarbeit. Bei Hanomag Hannover werden 1 000 Arbeiter entlassen. Die Weissenberger KG in Bergisch Gladbach ist pleite. In Hagen/Haspe schließen die Gußstahlwerke Wittmann AG. Bei MAN München ist für 8 000 Arbeiter Kurzarbeit beantragt. Dies sind nur Beispiele. Das Wirtschaftswissenschaftliche Institut des DGB rechnet für das kommende Jahr mit steigender Arbeitslosigkeit bei andauernden Preissteigerungen.

Die Bundesregierung, die zu Beginn ihrer Amtszeit die Vollbeschäftigung als Ziel ihrer Wirtschaftspolitik bezeichnet hat, preist diese Entwicklung als "erste Erfolge ihrer Stabilitätspolitik". Sie spricht von "notwendigen Bremsspuren" ihrer Stabilitätspolitik, von "Nerven bewahren". Und SPD-Finanzminister Schmidt hat eigens das neue Wort von der "Überbeschäftigung", die abgebaut werden müsse, geprägt, um "Preisstabilität bei einem vernünftigen Maß an Vollbeschäftigung zu erreichen." Die gegenwärtige Arbeitslosigkeit von einem Prozent muß also nach den Worten von Schmidt vergrößert werden, um "Vollbeschäftigung" zu erreichen. Die größere Arbeitslosigkeit, die er "Vollbeschäftigung" nennt, soll dann zur Preisstabilität führen. Doch im gleichen Atemzug erklärt er, daß eine "jährliche Preissteigerung von 6 % nicht zu verachten wär". Warum also ist die Bundesregierung für eine Ausweitung der Arbeitslosigkeit, wenn Preisstabilität dadurch nicht zu erreichen ist?

Die Antwort ist einfach. Die Bundesregierung rechnet genauso wie die Kapitalisten, daß eine größere Arbeitslosigkeit ermöglicht, die Löhne besser zu drücken. Die Arbeitslosigkeit eines Teils der Arbeiterklasse, das ist die beste Bedingung für die Kapitalisten, seit es den Kapitalismus gibt. Und die Kapitalisten werden nicht müde, und ihre bezahlten Schreiber, Professoren und Regierungen werden nicht müde, immer wieder der Arbeiterklasse einzuhämmern: Die Arbeiter seien selbst schuld, wenn die Arbeitslosigkeit zunimmt, wenn die Preise steigen, die Löhne der Arbeiter seien schuld.

Und dieses Spiel mit der Verkehrung der Tatsachen wird nun wieder aufgetragen.

POLITIK MIT DER KRISE

Denn obwohl Kapitalistenverbände, Wirtschaftsinstitute und Regierung alle schon längst wissen, daß die Preissteigerungen anhalten werden und die Arbeitslosenzahl und Kurzarbeit zunehmen, entfalten sie ein demagogisches Trommelfeuer gegenüber der Arbeiterklasse jetzt vor den wichtigen Tarifrunden vor allem im Bereich der IG Metall und der ÖTV: Einmütig versuchen sie der Arbeiterklasse einzureden, die Lohnerhöhungen würden Preissteigerung und Arbeitslosigkeit verursachen. Dabei ist gerade der Verlauf des zu Ende gehenden Jahres der gerade Gegenbeweis gegen diese Behauptungen. Denn gerade in einem Jahr, wo die Lohnabschlüsse nicht einmal die vorangegangenen Preissteigerungen einholen konnten, steigen die Preise in einem bisher unerreichten Ausmaß. Und waren die gestiegenen Löhne der Grund für die Pleiten im Baugewerbe und die Stillegungen im Textilbereich? Im Textilbereich wurden die niedrigsten Löhne der Bundesrepublik bezahlt und die Textilkapitalisten hatten genug Profite gescheffelt, um große Kapitalien im Ausland anzulegen. In der Bauwirtschaft wurde in diesem Jahr ein neuer Produktionsrekord erzielt, dort haben die riesigen Profite der letzten Jahre die Kapitalisten zu einer enormen Ausweitung der Produktion getrieben und die leichte Art, Profit zu machen, hat sie zu immer waghalsigeren Finanzierungs- und Kreditgeschäften verleitet, die bei der geringsten Zinsverteuerung zusammenbrechen mußten. 40 000 Wohnungen stehen leer, aber heißt das, daß kein Bedarf an Wohnungen besteht? Mitnichten! Der Bedarf ist groß, aber niemand kann sie bezahlen. Die Löhne reichen nicht hin, die teuren Mieten für die Neubauwohnungen zu bezahlen.

DIE KOMMENDE KRISE WIRD AN DEN GRUNDFESTEN DES KAPITALISMUS RÜTTELN

Das ist der besondere Irrsinn der kapitalistischen Überproduktion. Der Bedarf des Volkes an diesen Gütern ist groß, wie hier an den leerstehenden Wohnungen – aber die Ausbeutung hält zugleich die Zahlungsfähigkeit der Lohnabhängigen zu gering. Der Ausgleich dieses Mißverhältnisses aber erfolgt nicht durch Verbilligung des Produkts, in unserem Fall der leerstehenden Wohnungen, sondern durch eine Krise, Brachliegen von Produktionsmitteln, Entlassung von Arbeitern. Denn der Profit, der in der einmal produzierten Ware steckt, muß realisiert werden und sei es durch die Gläubiger des pleite gegangenen Unternehmers.

Eine ähnliche Entwicklung wie im Bausektor beginnt derzeit im gesamten Verbrauchsgütersektor; der Absatz sinkt, was nichts anderes bedeutet, als daß das Einkommen der Lohnabhängigen mit den steigenden Preisen nicht mehr mithält. Aber die Preise sinken deshalb nicht, vielmehr werden einige kleinere Kapitalisten mehr pleite gehen. Zu gleicher Zeit aber, wo der Absatz im Inland immer mehr zurückgeht, steigt der Export unermeßlich. Der Exportüberschuß (Überschuß des Exports über den Import) hat sich gegenüber dem Vorjahr fast verdoppelt. Er ist von 13 Milliarden DM auf 22,8 Milliarden DM gestiegen. Dieser Exportüberschuß ist ebenfalls Überproduktion über die im Inland vorhandene Zahlungsfähigkeit hinaus, aber er schiebt die unmittelbare Krisenwirkung der Überproduktion hinaus, solange die Nachfrage im Ausland anhält. Für das nächste Jahr aber wird für alle wichtigen Exportabnehmerländer ein Rückgang der Konjunktur erwartet, der zu einer spürbaren Einschränkung des Exports führen kann. Dadurch sind erstmalig auch in größerem Umfang die Arbeitsplätze der für den Export produzierenden Industrie gefährdet, was die gesamte kapitalistische Wirtschaft der BRD in die Krise reißen kann.

Damit aber ist die Situation heute verschieden von der Situation von vor 1967. Die relativ kurze Krise 1967 war für die Kapitalisten der Startschuß für einen neuen Boom vor allem der Exportindustrie, der die ganze übrige Wirtschaft mit sich riß.

Die Krise, die sich heute anbahnt, wird in ganz anderem Ausmaß an den Grundfesten der kapitalistischen Wirtschaftsordnung rütteln. Denn erstens gibt es nicht den für die Kapitalisten günstigen Ausweg einer Exportoffensive und zweitens wird die Arbeiterklasse nicht mehr so leicht hinnehmen, daß für sie die Löhne festgeschrieben werden, also die Krise bleibt, während die Kapitalisten auf ihrem Rücken das nächste Rennen um die Profite austragen. Solange es die Kapitalisten gibt, werden sie versuchen, die Arbeiter für ihren Profitwettlauf ins Geschirr zu nehmen.

Aber dieses Rennen wird für das kapitalistische System immer ruinöser. Immer mehr Kapitalisten werden auch aus dem Rennen fallen, wie die ungeheure Konzentration allein während der letzten Jahre zeigt. Doch die Arbeiterklasse, die die Krise des Kapitalismus am eigenen Leib zu spüren bekommt, wird den langen Weg des Verfalls der kapitalistischen Ordnung nicht abwarten, sondern das dem Untergang geweihte System der Ausbeutung beseitigen und ihre neue Ordnung errichten, den Sozialismus.

–bb–

Wittmann AG Liquidation

950 ARBEITER UND ANGESTELLTE ARBEITSLOS

Hagen-Haspe. Das Gußstahlwerk Wittmann AG wird stillgelegt. Die Weiterführung des Unternehmens wäre nach Aussage des Vorstands der Gußstahlwerke Wittmann AG in Hagen unvernünftig. Die Vernunft der Kapitalisten macht jetzt etwa 950 Arbeiter und Angestellte arbeitslos. Wittmann galt schon seit Jahren als kriselnder Betrieb; die jetzige Liquidation des Werkes ist für die Belegschaft trotzdem überraschend, konnte der Umsatz in den letzten Monaten doch beträchtlich gesteigert werden (zwei neue Produktionsanlagen für 8 Millionen DM wurden angeschafft).

Offensichtlich um zu verhindern, daß viele Kollegen sich rechtzeitig nach anderer Arbeit umsahen und kündigten, erklärte der Direktor noch vor wenigen Monaten, Stillegungsgerüchte könnten nur auf böswilliger Faselei beruhen. Welcher "böse Wille" in Hagen herrscht, haben in den letzten drei Jahren schon einige Tausend andere Arbeiter zu spüren bekommen. Es war nur die größten Objekte kapitalistischer Stillegungsvernunft zu nennen: Klöckerhütte-Haspe, Stahlwerke Südwestfalen, Braun & Angott.

Für die Kollegen von Wittmann wiegen die Entlassungen umso schwerer, als es im Hagener Raum sehr schwierig geworden ist, Arbeit zu finden. Das gilt besonders für die Eisen- und Stahlbranche. 85,5 % aller Hagener Werktätigen sind in ihr tätig. Ein großer Teil der Wittmann-Arbeiter ist zudem seit Jahrzehnten bei diesem Betrieb beschäftigt. Jeder kann sich ausrechnen, was es bei nachlassender Konjunktur – sprich: Krise – bedeutet, älter als 45 Jahre zu sein. Aber mit vereinten Kräften stellen die beteiligten Kapitalisten, Banken, die Stadtverwaltung und Presse die Wittmann-Vernunft als eine Art Naturkatastrophe oder als Niederlage im sportlichen Wettkampf dar.

–P.H., Kommunistisches Metall Kollektiv, Hagen –

Triumph macht dicht

Die jetzt geplanten Stillegungen des Triumph-Konzerns befinden sich in den ostbayrischen Orten Cham, Landshut, Ortenburg und Pocking im Landkreis Passau, Kirchdorf (Landkreis Rottal-Inn) und Jandelsbrunn im Kreis Freyung. Die meisten der entlassenen Kolleginnen sind ausgelernte Näherinnen. In diesem wirtschaftlich schwach entwickelten Gebiet der BRD werden sie jetzt keine neue Arbeit finden. Ihr Lebensniveau und das ihrer Familien verschlechtert sich noch weiter.

Triumph hatte die Werke in den ostbayrischen Orten vor einigen Jahren aufgebaut und dafür riesige Summen aus den Fördeгetats des Bundes und des Landes Bayern für die Entwicklung von wirtschaftlichen Randgebieten kassiert. Von den Gemeinden wurden zusätzliche Sonderleistungen verlangt. Triumph verlagert jetzt die Produktion ins Ausland. Neue Industriebetriebe sollen mit neuen staatlichen Mitteln in dieser Gegend angesiedelt werden.

Leitz: im Ausland "billiger und williger"

Wetzlar (Lahn). Wetzlar, die "Stadt der Optik", droht eine Stadt von Arbeitslosen zu werden. Nachdem die Firma Fromme Förderanlagen im Juli bereits 360 Arbeiter und Angestellte vor die Tür setzte, gab die Ernst Leitz GmbH (Foto und optische Instrumente) vor gleichen Zeit einen "Personalabbau" von 400 Angestellten bekannt. Jetzt wurde bekannt, daß Leitz bis Ende 1974 mindestens 1 000 entlassen will. Sollte der Fotobereich in Wetzlar aufgelöst werden, können zahlreiche Zulieferbetriebe im Raum Gießen/Wetzlar die Pforten schließen.

Glaubt man der Geschäftsleitung, dann geht es jetzt ums "Überleben". Den Leitz-Kapitalisten geht es aber nur darum, ihre Gewinne in alter Höhe wiederherzustellen. Die Belegschaft kann dabei ruhig untergehen.

So schloß Leitz 1972 mit den Firmen Minolta (Japan), AMR (USA) und Wild (Schweiz) Kooperationsverträge, um sich in Forschung, Produktion und Vertrieb international absprechen zu können. Das Ergebnis sind jetzt zahlreiche Entlassungen von technischen Angestellten im Forschungsbereich. Bei den kaufmännischen Angestellten schickte die Firma bereits im Frühjahr die Wirtschaftsprüfer herum: Auch hier werden die Betroffenen rausrationalisiert. Bei Bekanntgabe dieser 400 Entlassungen hatte die Geschäftsleitung noch die Frechheit, zu behaupten, die Entlassungen von Angestellten sollten den Arbeitern die Arbeitsplätze sichern. Doch im gleichen Atemzug drohte sie den Arbeitern mit der Produktionsverlagerung in das neue Zweigwerk Portugal: dort seien die Arbeitskräfte "williger und billiger".

Die Marschroute der Leitz-Kapitalisten steht also fest: Auslagerung der großen Serien in Länder, wo man aus den Arbeitern noch mehr herausholen kann. Dafür werden hier die Arbeiter vor die Tür gesetzt.

Die neuentwickelte Leica CL zum Beispiel wird mit Ausnahme der Objektive schon ganz in Japan hergestellt. In Portugal sollen 600 Beschäftigte Serien aus dem Foto- und Mikroskop-Bereich übernehmen.

Die kommenden Entlassungen bei Leitz richten sich also nicht mehr gegen die Angestellten, sondern gegen die Arbeiter. Die Kündigung der Angestellten hat die Arbeitsplätze keinen Deut sicherer gemacht. Jetzt sehen viele, daß die Firma mit solchen Behauptungen nur die einen gegen die anderen ausspielen wollte, um sie nacheinander fertigzumachen.

–KG Wetzlar–

Hanomag am Ende

DER LANGSAME TOD DER HANOMAG WIRD BESCHLEUNIGT
1 000 WEITERE ARBEITER SOLLEN ENTLASSEN WERDEN

Hannover. Der Belegschaft der Firma Hanomag wurde mitgeteilt, daß 1 000 Kollegen Anfang 1974 entlassen werden sollen. Betroffen sind im wesentlichen Angestellte und sogenannte unproduktive Lohnempfänger, also Lagerarbeiter, Transporteure usw. Damit ist die Belegschaft seit 1968 von 9 000 auf 2 200 reduziert worden. Dieser vorerst letzte Schritt in einer Kette von Abteilungsstillegungen bedeutet den endgültigen Tod dieses ältesten, kämpferischsten Betriebes in Hannover.

Die Hanomag wurde seit der Krise 1967 systematisch kaputtgemacht, da sie für die Rheinstahl-Kapitalisten nicht mehr profitabel genug war. Da der Rheinstahlkonzern in finanziellen Schwierigkeiten steckte und sich selber sanieren mußte, versuchte er die am wenigsten profitablen Bereiche abzustoßen. Darunter fiel die Hanomag, bei der es unter anderem auch darum ging, daß ihre Belegschaft sich nicht so einfach einer verschärften Ausbeutung unterwerfen wollte.

Die Belegschaft war bereit, zu streiken, sie war bereit, gegen die Entlassungen den Kampf aufzunehmen. Die Betriebsräte, an ihrer Spitze Kassubovski und Dietrich, aber sprachen von Gesundschrumpfen des Betriebes, "denn das Mark ist gesund". So sagten sie. Als dann kein Ende abzusehen war bei diesem Schrumpfungsprozeß hieß es, daß man einen Käufer für das Werk suche und es gebe auch schon Interessenten, doch wenn jetzt gestreikt würde, dann würde man nur die Käufer vertreiben. Außerdem versuchten sie über ihre Parteifreunde Aufträge herbeizuschaffen, um den Betrieb zu stützen.

Als entscheidender Schritt wurde die Motorenstraße stillgelegt, im Frühjahr 1965 als die modernste Europas gekauft. Sie sollte an Volvo verkauft werden, doch die haben sich nur die besten Maschinen herausgepickt, der Rest verrottet. Die Gießerei, ebenfalls die modernste ihrer Art, wurde stillgelegt, und seitdem ist der Betrieb ein reiner Montagebetrieb. Zu alldem konnte der Betriebsrat immer nur sagen: Wir stoßen uns gesund, die restlichen 3 500 Arbeitsplätze bleiben bestehen, und durch geschickte Demagogie und Lügen gelang es ihm, einen Betrieb, der einmal zu den kampfstärksten gehörte, bei der Stange zu halten.

Sie veranstalteten einige Warnstreiks und organisierten vor einem Jahr auch einen Protestmarsch durch Hannover, unter der Forderung: "Sicherung der Arbeitsplätze", obwohl schon lange klar war, daß die Arbeitsplätze gestorben waren, um die man dort vorgab zu kämpfen.

Im Frühjahr schien es dann so zu sein, daß man das richtige Größenmaß gefunden hatte. Es wurde auch ein Tag der offenen Tür veranstaltet, um der Bevölkerung Hannovers, die mit großem Interesse die Entwicklung der Hanomag verfolgt hatte, zu zeigen, daß es wieder aufwärts geht. Man konnte auch wieder Stellenangebote in der Zeitung finden.

Bis sich dann vor vier Wochen die Gerüchte verdichteten, daß Kurzarbeit gefahren werden soll! Und flugs war auch wieder ein Käufer gefunden, die Belegschaft noch einmal zu beruhigen. Bis dann in der vergangenen Woche die Seifenblase platzte! Inzwischen ist es schon so, daß die Elektrowerkstatt keine neuen Kabel mehr bestellen darf für Reparaturen. Man bereitet sich darauf vor, den Betrieb dicht zu machen. Nur die Sozialdemokratie in Stadtverwaltung und Regierung stemmt sich dagegen mit aller Macht. Sie möchte keinen Knalleffekt. Sie möchte gerne die Sache ohne großes Aufsehen über die Bühne bringen. Darum unterstützt sie auch die Rheinstahl-Kapitalisten, damit sie den Betrieb langsam dicht machen können und nicht auf einen Schlag. Nur da, wo es darauf ankommt, bei einem Sozialplan, der die meistens sehr alten Kollegen absichern hilft, da schweigen sie. So war es beim alten Sozialplan, der bei den Massenentlassungen im letzten Jahr in Kraft war wo die Kollegen unter 40 keinen Pfennig sahen, die ausländischen Kollegen ebenfalls nicht. Von einem wirklichen Sozialplan konnte sowieso nur bei den Kollegen über 59 gesprochen werden, und für die bedeutet eine Entlassung sowieso, daß sie in Frührente gehen.

Darum haben die Kollegen auch in Abteilungsversammlungen am 23.10. ihre Forderungen gestellt:

750 DM pro Beschäftigtenjahr für alle, jedoch mindestens 10 000 DM für alle Kollegen über 50 Jahre!

Entsprechende Angleichung des Alterssozialplans.

Und sie sind auch bereit, dafür zu kämpfen. In den Abteilungen werden gegenwärtig die Möglichkeiten für Abteilungsstreiks diskutiert, daß man dort ansetzt, wo man die Rheinstahlkapitalisten noch treffen kann: dort, wo sie noch Profit versuchen herauszuschlagen, wo auch jetzt noch voll gearbeitet wird.

–V.B., Ortgruppe Hannover–

GESPRÄCH MIT SAARKUMPELS

„Revolutionär muß der Arbeiter sein"

Am Freitag nach Abbruch des Streiks sprachen Mitglieder der KVZ-Redaktion mit verschiedenen Kollegen in Saarbrücken vor dem Verwaltungsgebäude der Saarbergwerke AG und vor der Zeche Reden, wo der Streik begonnen hatte. Vor dem Verwaltungsgebäude hatten sich nur wenige Kollegen versammelt, um den Streik mit einer geplanten Demonstration fortzusetzen, an der auch die Familienangehörigen teilnehmen sollten. Die Demonstration wurde aber nicht mehr durchgeführt.

WARUM HABT IHR JETZT AN DER SAAR GESTREIKT?

Die Kollegen erklärten: Erst nach und nach wurde klar, wie beschissen der letzte Tarifabschluß tatsächlich ist. Erst mit der letzten Monatsabrechnung hat sich herausgestellt, daß der 9,6 %-Abschluß von Ende August zwischen der IG Bergbau und Energie und den Saarbergwerken buchstäblich nichts gebracht hat. In den Geheimverhandlungen hat die Gewerkschaft die 9,6 % nämlich mit dem Zugeständnis an die Saarbergwerke erkauft, daß die Direktion die Gedinge (=Schichtleistung) verschärfen darf. Jetzt haben manche sogar 2 bis 3 % weniger als vor dem August-Abschluß. Dann hat die Gewerkschaft noch die Beiträge erhöht, um 25 %. Statt 12 DM müssen wir jetzt 16 DM bezahlen. Das wird einfach vom Lohn abgezogen, keiner ist gefragt worden, ob er einverstanden ist. Das geht so nicht und viele Kollegen werden jetzt nach dem Streik das Gewerkschaftsbuch hinschmeißen.

Aber der Streik kam zwei Monate zu spät. Vor zwei Monaten, als im Ruhrgebiet die Streiks waren, da hätten sie hier was zahlen müssen. Heute aber sind wir allein. Aber damals war bei uns gerade der Tarifabschluß.

Über Tage verdienen die Kollegen 700 bis 800 DM netto, viele noch weniger. Unter Tage haben wir im Durchschnitt 1 000 bis 1 100 DM. Das ist ein Hungerlohn, der hinten und vorne nicht reicht. Ein Kollege mit hoher Gedingeleistung, der drei Kinder hat, verdient 1 250 DM netto. Aber kann man davon eine fünfköpfige Familie ernähren und anständig leben, fragt er.

Ohne Samstag-Arbeit und zusätzliche Schichten kann kein Bergmann mehr
auskommen, erklären die Kollegen.
auskommen, erklären die Kollegen. Das geht aber auf die Gesundheit bei dem hohen Arbeitstempo, den hohen Gedingen, man geht noch früher kaputt.

Mit dem Bergmann können sie es ja machen, meint einer. Wo steht der Bergmann denn heute? Früher stand er an der Spitze, heute ist er weit nach unten abgesackt. Früher war der Bergmann geachtet und jeder hörte auf ihn. Heute wird keiner mehr Bergmann. Es gibt keinen Nachwuchs, die Bergleute sterben aus. 25 Jahre arbeiten wir schon unter Tage, und wir sind mit die Jüngsten. Die meisten arbeiten 30 bis 40 Jahre unter Tage.

DIE LEBENSERWARTUNG SINKT BEI DEN BERGLEUTEN

62 Jahre, das ist durchschnittlich die Lebenserwartung eines Bergmanns, sagten die Kollegen. Viele gehen aber früher kaputt.

Die Witwe bekommt dann ja eine gute Rente. Aber was nützt uns das, wenn wir kaputt sind? Kürzlich ist einer von den Arbeitern über Tage gestorben. Die Ärzte haben gesagt, er hätte Tuberkulose gehabt. Aber seine Witwe hat ihn aufmachen lassen, und da stellte sich heraus, daß er Silikose hatte. Weil er also die Berufskrankheit der Bergleute hatte, kriegt sie jetzt an 900 DM Rente, fast 200 DM mehr, als ihr Mann vorher verdient hat! Nicht, daß wir meinen, die Renten seien zu hoch. Aber das geht doch nicht an, daß der Bergmann weniger verdient, als die Witwe nachher Rente bekommt. Die Löhne müssen rauf, da hilft nichts.

WIE IST DAS MIT DEM VERSICHERUNGSSCHUTZ, DER BEIM STREIK WEGFÄLLT?

Damit drohen sie jedesmal. Sie wollen die Bergleute unter Druck setzen, besonders die Frauen. Die Frauen sollen gegen den Streik sein. Die Versicherung ist für uns ja gut, aber bis einer mal Rente bekommt wegen der Silikose... Die Silikose soll es bei uns ja nicht mehr geben, in Sulzbach haben sie extra dagegen vor Jahren eine Klinik aufgemacht. Ein Professor ist gekommen, der hat gesagt, mit seinen Methoden würde er die Silikose unter den Bergleuten beseitigen. Seitdem haben die Leute, wenn sie kaputt sind, alle Tuberkulose. Tuberkulose ist aber keine Berufskrankheit. Daß der Mann Silikose hatte, kann erst die Witwe feststellen, wenn sie ihren toten Kerl aufmachen läßt.

Es gibt natürlich auch Untersuchungen. Wir werden untersucht von einem Vertragsarzt. 45 Untersuchungen schafft der in 30 Minuten und dabei liest er noch die Bildzeitung. Er drückt auf den Oberarmmuskel, klopft zwei bis drei mal vor die Brust und fragt: "Wie steht's?" – dann verkündet er als Ergebnis: "Gesund und arbeitsfähig". Vor Jahren hat dafür ein Arzt schon 30 DM pro Untersuchung bekommen. Röntgenaufnahmen? Ja, die werden auch gemacht, aber so schnell, da ist sicher gar kein Film drin. Heute wird gesagt: "Es gibt keinen Staub mehr unter Tage". Früher, als es noch Staub gab, konnte man seine eigene Hand bei ausgestrecktem Arm gerade noch erkennen. Heute erkennt man die Hand schon nicht mehr, wenn man sie 10 cm vor die Augen hält.

WIE WAR DAS HEUTE MORGEN, ALS DER STREIK ABGEBROCHEN WURDE?

250 Mann sind heute morgen ungefähr eingefahren. Der Rest, das sind drei Viertel der Belegschaft, blieb draußen vor dem Tor. Die Bergwerksdirektion hat da geredet und auch die Gewerkschaft. Die Direktion hat gesagt, wenn heute alle einfahren, dann
sagt, wenn heute alle einfahren, dann
gibt es keine arbeitsrechtlichen Schritte. Der Vertreter der Gewerkschaft hat erklärt, wir hätten viel zu verlieren, die Krankenversicherung zum Beispiel. Die Kollegen waren empört. Einer von einer anderen Zeche hat dann über Megaphon gesprochen. Das war sehr scharf, aber zu 90 % richtig. Dann wurde bekannt, daß die anderen fünf Zechen wieder zu arbeiten angefangen hätten. Da war es dann auch bei uns vorbei. Einer nach dem anderen ist gegangen.

Das Schlimmste bei dem Streik war die Hetze im Fernsehen und im Rundfunk und in der Zeitung. Vor allem aber, daß die Gewerkschaft uns in den Rücken gefallen ist, das hat den Kollegen den Rest gegeben. Wenn die Gewerkschaft wenigstens nichts gesagt hätte! Aber bei der Hetze von dem Schmidt und den anderen war nichts drin. Ob es gewerkschaftliche Vertrauensleute bei uns gibt? Nein. Früher hatten wir pro Schacht wenigstens einen Sicherheitsmann, bei dem konnte man sich beschweren. Heute gibt es nur noch freigestellte Betriebsräte, und die machen mit der Bergwerksdirektion gemeinsame Sache. Gewerkschaftliche Mitgliederversammlungen? Die gibt es auf den Dörfern in den Ortsvereinen, aber da gehen nur 30 % hin.

Wir haben viel zu verlieren, haben sie gesagt. Aber was haben wir denn zu verlieren? Nächstes Jahr soll Reden dicht gemacht werden. Dagegen können sie nichts machen, sagen sie. Aber die Direktion? Der Direktor? Der wird bestimmt nicht entlassen. Der hat heute 9 600 DM Grundgehalt, bestimmt kommt er auf 15 000 DM im Monat. Die fallen doch höchstens nach oben. Der wird befördert, wenn Reden dicht gemacht wird, und kriegt noch mehr Geld.

Wenn wir was sagen und was fordern, dann wird man immer gleich als Kommunist verdächtigt. Aber das ist klar: revolutionär muß der Arbeiter sein, wenn er was erreichen will!

SILIKOSE,

Was ist mit der Staublunge?

DIE BERUFSKRANKHEIT DER BERGLEUTE IST NICHT WEGZULEUGNEN

Beim Streik im Saarbergbau berichteten Bergarbeiter, die schon 20 bis 30 Jahre unter Tage arbeiten, daß die Staubentwicklung gegenüber früher zugenommen hat. Vor 25 Jahren verschwand die Hand 50, heute 5 bis 10 cm vor dem Auge. Trotzdem gilt die Silikose (=Quarzstaublungenerkrankung) offiziell als verschwunden; es wird nur noch auf Tuberkulose behandelt.

Die Silikose ist die zweithäufigste Berufskrankheit. Sie entsteht durch Einatmen von quarzhaltigem Staub, wie dies im Steinkohlenbergbau der Fall ist, und ist gekennzeichnet durch eine faserige Verdichtung des Lungengewebes mit zunehmender Funktionsstörung der Atmung und des Herzens. Erst in ihren Endstadien, also wenn es zu spät ist, kann man die Erkrankung durch rein körperliche Untersuchung, vor allem Abhören und Abklopfen der Lungen, erkennen. Das wichtigste Untersuchungsmittel ist eine Röntgenaufnahme, nicht nur eine Durchleuchtung, gerade in den frühen Stadien. Körperliche und Laboruntersuchungen werden also erst in zweiter Linie wichtig zur Unterscheidung der Silikose von anderen Lungenerkrankungen, zum Beispiel der Tuberkulose.

Im allgemeinen ist die Silikose klar im Röntgenbild zu erkennen. Schwierig ist manchmal die Unterscheidung von einer Tuberkulose. In diesen seltenen Fällen braucht man körperliche und Laboruntersuchungen, da die meisten anderen Krankheitszeichen der beiden Erkrankungen sind verschieden. Andererseits erkranken Silikose-Patienten 100 Mal mehr an Tbc als die übrige Bevölkerung. Die Silikose-Tuberkulose wird allerdings nur dann als Berufskrankheit anerkannt, wenn die Staubeinlagerungen in der Lunge so erheblich sind, daß sie einen schädigenden Einfluß auf die Lungen-Tbc ausüben. Die Diagnose der Silikose ist für die betroffenen Bergarbeiter wichtig. Die Silikose ist eine Berufskrankheit, die Tbc nicht. Für eine Berufskrankheit erhält man eine erheblich höhere Rente.

Allein zwischen 1961 und 1971 gingen die als Berufskrankheiten anerkannten Silikose-Fälle um über die Hälfte zurück (von ca. 3 200 auf 1 314). Die Zahl der angezeigten Fälle liegt erheblich höher: 1961 waren es ca. 6 000, 1971 4 964. Die Rückläufigkeit der Erkrankung ist sicher auf die Einschränkung des Bergbaus zurückzuführen. Dort, wo noch Steinkohle gefördert wird, gibt es die Silikose wie eh und je, vor allem, wenn die Staubentwicklung sogar noch zugenommen hat wie im Saar-Bergbau. Wenn also eine extra für die Behandlung der Silikose eingerichtete Klinik in Sulzbach den Bergleuten weismachen will, es gäbe keine Silikose mehr, so beruht das auf der einfachen Tatsache, daß die Fälle auf Tuberkulose behandelt werden. Das tun die Ärzte deshalb, um den Kapitalisten und Versicherungen die Zahlung der Berufsrente sparen zu helfen.

Die Behandlung der Silikose besteht vor allem in der Vorbeugung, denn eine spezifische Behandlung gibt es nicht. Man kann nur die Folgen der Erkrankung und ihre Komplikationen mildern. Ein "Silikoseprogramm" einer Klinik, das die Silikose beseitigt, wie dies die Klinik in Sulzbach behauptet, kann es demnach gar nicht geben. Denn die vorbeugenden Maßnahmen bestehen in einer Verbesserung der Staubabsaugung, der Erzielung von Staubniederschlag durch Anfeuchten der Luft, dem Tragen von Gesichtsmasken. Im Saarbergbau wird dies nicht oder nicht ausreichend gemacht. Die Verbesserung der Absaugeinrichtungen hält mit der Erhöhung der Förderleistung in keiner Weise Schritt. Das belegt die durchschnittliche Lebenserwartung von 62 Jahren der Saarbergleute.



Über 5 000 Saarkumpels demonstrierten am 24. und 25.Oktober in Saarbrücken für ihre gerechten Forderungen

BERICHT EINES GENOSSEN AUS SAARBRÜCKEN

Der Streik im Saarbergbau

TROTZ HOHER KAMPFBEREITSCHAFT WURDE DER STREIK ZERSCHLAGEN

Vom 23. bis 25. Oktober kämpften die Bergarbeiter der sechs saarländischen Gruben für eine Teuerungszulage von 300 DM für die letzten drei Monate und 100 DM pro Monat ab November 73. Zusätzlich forderten sie eine Erhöhung des Kindergeldes, die Bezahlung der Streikschichten und keine Maßregelung der am Streik beteiligten Arbeiter.

Der Streik war die Antwort auf die sich ständig verschärfende Arbeitshetze und Teuerung: 1969 betrug die Schichtleistung im Saarbergbau 3 390 kg/Mann, 1972 bereits 3 945 kg und 1973 dürfte sie über 4 000 kg liegen. Wie der Gesamtverband des deutschen Steinkohlebergbaus mitteilte, stieg die Leistung pro Mann und Schicht von 1957 bis 1972 auf 4 250 kg. Diese Leistungssteigerung um 156 % ist die höchste im Bergbau Europas.

In der Bergbau-Tarifrunde im Juli/August stand die Forderung der Kumpels: 15 %ige Lohnerhöhung. Ohne Auseinandersetzung mit den Bergleuten rundete die IGBE-Führung auf 12 % ab und präsentierte nach Geheimverhandlungen 9,6 % Lohnerhöhung. Viele Bergleute fühlten sich durch die IGBE-Führung betrogen:

– Rechnet man die 7,5 % Preissteigerungen und die ca. 2,5 % Steuerprogression zusammen, kommt unterm Strich nichts für die Bergleute raus. Außerdem wurden die Gedinge (=Schichtleistung) stillschweigend erhöht.

– Die Laufzeit der Tarifverträge endete gerade in den Urlaubsmonaten.

– Darüberhinaus erhöhte die IGBE klammheimlich die Monatsbeiträge um 25 %.

DIE VERLUSTRECHNUNG DER SAARBERGWERKE AG

Die Saarbergwerke AG (SBW) hingegen, deren Kapitaleigner zu 74 % die Bundesregierung ist und zu 26 % die saarländische Regierung, meldeten einen angeblichen Verlust von ca. 100 Millionen DM für 1973; verschwiegen wurde aber, daß mit den Profiten der lezten Jahre, die die Bergleute erarbeitet hatten, ein abgerundeter Saarberg-Konzern mit kapitalintensiven Betrieben (Saarchemie, Saar-Ferngas usw.) aufgebaut wurde. Verschwiegen wurde weiter, daß mit Ankauf und Verkauf der FRISIA AG (Mineralölgesellschaft) Millionenverluste in die Bilanz der SBW eingingen, die jetzt den Bergleuten unter die Nase gerieben werden.

DER STREIKVERLAUF: 1. AUF DER GRUBE REDEN BEGINNEN DIE KOHLEWÄSCHER

Angefangen hatte der Streik am Ende der Frühschicht Dienstag, den 23.10. im Übertagebereich der Grube Reden. Die Kohlewäscher, die die schlechtestbezahlten Bergarbeiter sind, werfen als erste die Brocken hin. Sie verdienen als Verheiratete mit 1 Kind um die 705 DM netto. Seltene Spitzenlöhne bei Hauern liegen bei 1 300 DM netto. Zuvor war es am Montag schon zu Unruhe im Übertagebereich gekommen; zum einen hatten die Kollegen von den saarländischen Hütten (die Halberghütte ausgenommen) eine Teuerungszulage von 70 DM monatlich erkämpft, zum anderen waren verschiedene Kollegen falsch eingestuft worden. Am Dienstag war das Faß übergelaufen, und zwischen Früh- und Mittagsschicht kommt es zu einer Streikversammlung, in der die oben genannten Forderungen aufgestellt werden (bis auf die letzte, die erst im Verlauf des Streiks erhoben wurde). Beschlossene Sache war auch, daß man am nächsten Tag nach Saarbrücken marschiert, um den Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Ein Beschluß, auch die anderen Gruben in den Streik einzubeziehen, wurde nicht gefaßt. Die Verbreitung der Nachricht vom Streik in Reden besorgen die Kumpels selbst. Um 14.45 Uhr steigt die Früh- und Mittagsschicht in die wartenden Betriebsbusse, mit denen die Bergarbeiter transportiert werden, die nacheinander mehrere Gruben anfahren. Durch Verlegungen von Grube zu Grube, zum Teil bedingt durch Stillegungen, kennen sich viele Kumpels verschiedener Gruben untereinander. Dadurch verbreitet sich die Meldung vom Streik in Reden wie ein Lauffeuer, und der Streik breitet sich aus, trotz der Versuche der Geschäftsleitung, den Streik abzuwürgen: Einige Angestellte sollen selbst die Kohlewäscherei in Betrieb setzen und die Telefonzentrale wird unter Kontrolle gesetzt, um die Verbindung unter den Bergleuten zu erschweren. Bremsend betätigen sich auch die Betriebsräte, die auf telefonische Anfragen zum Streik keine eindeutige Auskunft geben.

Am nächsten Tag versammeln sich ca. 3 000 Bergarbeiter vor der Bergwerksdirektion in Saarbrücken. Als

Fortsetzung Seite 7

STREIK IM SAARBERGBAU

die Rufe "Bosse raus" keine Wirkung zeigen, marschieren etwa 200 Streikende ins Verwaltungsgebäude. Erst daraufhin ist der anwesende Vorstandsvorsitzende Anderheggen bereit, Rede und Antwort zu stehen. Im Namen des Vorstands lehnte er die Teuerungszulage ab und verwies auf die Kapitaleigner, die darüber zu entscheiden hätten.

Unsere Arbeit, die ist schwer,
Teuerungszulagen müssen her!

Lange war der Bergmann still,
jetzt zeigt er, daß er kämpfen will!

Alle Räder stehen still,
wenn der Saarbergmann es will!

Wenn der Bund nicht zahlen will,
legen wir die Arbeit still!

Schäfer – mach's Tor auf – wir kooomen!
(Schäfer ist der saarländische Wirtschaftsminister.)

Unter diesen Parolen zogen die Streikenden daraufhin vors Landtagsgebäude, ohne sich um die Bannmeile zu scheren. Die herauseilenden Politiker versuchten, die Kampffront durch Sprüche wie: 'die SBW haben Verluste von 100 Mill.DM', 'im August wurde ein günstiger Tarifabschluß erreicht, der noch über dem der Metaller liege und schon die Teuerungsrate einbeziehe', 'die Entscheidung liege beim Hauptkapitaleigner, dem Bund', 'die Gewerkschaft sei an die Friedenspflicht gebunden' – zu erschüttern. Erst nachdem gesichert ist, daß die Streikenden vor dem Landtag versammelt blieben, damit nicht wie 1969 die Verhandlungsdelegation allein breitgeschlagen werden kann, wird eine Verhandlungsdelegation gebildet. Es sollen sich von allen sechs Gruben je 2 Vertreter melden. Die 12, die sich bereit erklären, werden sofort als Verhandlungsdelegation anerkannt. Dieselben Leute übernahmen am Mittwoch und Donnerstag auch die Demonstrationsleitung. Sie sind damit die Streikleitung, nur können sie diese Aufgabe nicht ausführen, weil sie völlig unvorbereitet sind und auf keinerlei Unterstützung zurückgreifen können.

In der anschließenden Besprechung im Landtag wurde zugesagt, daß die Forderungen in Bonn vertreten werden. Die Politiker weichen zurück.

'Auf zur Staatskanzlei' war dann die Parole. Nach bewußt langer Wartezeit will man dort die Verhandlungsdelegation nur durch die Seitentür hereinlassen. Die Bergleute aber bestehen darauf, den Haupteingang zu benutzen, was sie schließlich durchsetzen. Auch hier werden die Bergleute an die Kapitaleigner in Bonn verwiesen. Man sagte ihnen jedoch zu, wenn Bonn zahlen werde, lägen die Mittel auch im Saarland bereit. Der Wirtschaftsminister Schäfer fliegt nach Bonn, um mit dem Bundesfinanzminister zu verhandeln.

Etwa um 14.30 Uhr kommen die Streikenden wieder zur Bergwerksdirektion mit der Absicht, den Arbeitsdirektor Waldemar Lamprecht zu befragen, ob er die Forderungen der Bergarbeiter für gerecht hält oder nicht. Ein Kollege meinte: "Jahrelang hat er gegackert, jetzt kommt es darauf an, daß er ein Ei legt." Einstimmig erschallte der Ruf: "Eins, zwei, drei, Lamprecht komm herbei." Der Arbeitsdirektor weigerte sich, zur Forderung der Bergleute Stellung zu nehmen, mußte aber zugeben, daß er nur von der Gewerkschaft vorgeschlagen, aber bezahlt wird vom Unternehmen. Ein Kumpel von der Verhandlungsdelegation dazu: "Mit dem Lamprecht ist das so wie mit dem Känguruh, wo große Sprünge macht und einen leeren Beutel hat".

BUNDESREGIERUNG, LANDESREGIERUNG, GESCHÄFTSLEITUNG, BETRIEBSRAT, GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG – GEMEINSAM GEGEN DIE SAARKUMPEL

Am Donnerstag greift der Streik auf die Wasserwerke der Saarberg AG über und eine Kokerei beschließt, die Produktion aus Solidarität um 10 % zu drosseln. Vor der Bergwerksdirektion in Saarbrücken versammeln sich ca. 800 Bergarbeiter und beginnen, zum Landtag zu marschieren. Rasch wächst der Zug auf 5 000 Demonstranten an. In der Innenstadt bricht der Verkehr vollkommen zusammen.

Vor dem Landtag warten 6 Hundertschaften Bereitschaftspolizei, um diesmal die Bannmeile zu schützen. Die aufgebrachten Bergleute wollen jedoch eine Konfrontation mit der Polizei vermeiden und ziehen weiter zur Staatskanzlei, die inzwischen ebenfalls abgeriegelt ist. Wirtschaftsminister Schäfer teilt dort der Verhandlungsdelegation mit, daß die Bundesregierung nicht bereit sei, die Forderung zu erfüllen. Staatssekretär Rohwedder vom Bundesfinanzministerium hatte festgestellt, jetzt könnten nicht Teuerungszuschläge für nur ein Revier gewährt werden, ohne daß in den anderen Bergbaugebieten die gleichen Forderungen erhoben würden. Auch die Landesregierung sei inzwischen zur Auffassung gekommen, daß die Forderung unberechtigt und unerfüllbar sei. Durch diese klare Ablehnung ihrer Forderungen verbreitet sich unter Teilen der Bergleute Streikmüdigkeit und Resignation. Nach dem Marsch zurück zur Bergwerksdirektion beschließen die Streikenden, am nächsten Tag noch machtvoller zu demonstrieren, indem sie die Hauptleidtragenden der Teuerung, die Frauen und Kinder mit nach Saarbrücken bringen wollen. Doch dieser Beschluß kann nicht mehr durchgeführt werden.

DIE HETZE BEGINNT PLANMÄSSIG

In der Zwischenzeit bis zum Morgen hat sich aber das gegnerische Lager, an der Spitze Vorstand, Gesamtbetriebsrat, IGBE-Führung und Presse, Rundfunk und Fernsehen, formiert. Folgende Meldungen prasseln auf die inzwischen heimgekehrten Bergleute nieder:

1. Ab 17.00 Uhr wird im Saarländischen Rundfunk eine Übereinkunft zwischen Vorstand und Gesamtbetriebsrat verbreitet, in der es heißt: "Wer am Freitag, den 26.10. seine Arbeit zur normalen Schichtzeit wieder aufnimmt, soll die Möglichkeit haben, die durch den Ausstand ausgefallenen Schichten entweder durch Nacharbeit oder durch Vorziehen von Urlaub aus dem Jahr 1974 auszugleichen. Unter diesen Bedingungen entfällt eine Reduzierung des Weihnachtsgeldes nach einer manteltariflich geregelten Bestimmung, sowie die Kündigung des Versicherungsschutzes für die Bergleute und deren Familienmitglieder."
2. Diese Übereinkunft wird ab 21.00 Uhr an allen Gruben und übrigen Saarbergbetrieben per Flugblatt verbreitet.
3. Um 18.00 kommt im Saarländischen Rundfunk die Meldung, Teile der Mittagsschicht hätten die Arbeit wieder aufgenommen. Genauere Informationen liegen nicht vor.
4. Ab 19.00 Uhr wird über Rundfunk und Fernsehen eine Erklärung des IGBE-Vorsitzenden Adolf Schmidt verbreitet, in der es heißt, daß die Drahtzieher des Streiks in Kreisen der DKP und anderen Linksgruppen zu suchen seien. Die IGBE habe einen guten Tarifabschluß im August erzielt, trotz 15-jähriger Kohlenkrise und trotz der besonders schlechten Lage im Saarrevier. Schließlich habe sich die IGBE nicht gescheut, im Jahre 1962 (!) einen Streik zu organisieren, um Forderungen durchzusetzen. Der wilde Streik sei jedoch unverantwortlich, weil er die Sicherheit der Arbeitsplätze gefährde. Er appellierte daher an alle Beteiligten, die Arbeit sofort wieder aufzunehmen. Diese Erklärung Schmidts wird noch am gleichen Abend vor den Gruben verteilt.
5. In der Nacht sind die Partiemänner unterwegs, um ihre Partie zusammenzutrommeln. Dabei werden auch die Flugblätter der Saarberg in die Häuser gebracht.
6. Es wird von den SBW eine Notbelegschaft angefordert, die dreimal so stark wie die sonst übliche ist. Die Weigerung, einzufahren hat fristlose Kündigung zur Folge.

Trotz dieser gezielten Falschmeldungen und Einschüchterungsversuche fährt in Ensdorf, Luisenthal und im Warndtschacht nur die Notbelegschaft ein. In Göttelborn findet eine Versammlung statt, die beschließt, weiterzustreiken. In Reden finden sich 300 Bergleute ein und diskutieren die Lage. Einem Gewerkschaftsfunktionär werden die Flugblätter mit der Erklärung Adolf Schmidts aus der Hand gerissen und auf die Bahngleise geworfen.

Am Morgen des Freitag, 26.10. kommen die Bergleute zu den Gruben. Die Beleuchtung auf den Vorplätzen ist abgeschaltet, über Lautsprecher wird bekanntgegeben, daß auf den Gruben die Arbeit wieder aufgenommen werde. Dadurch, daß alles im Dunkeln liegt, zieht die vergrößerte Notbelegschaft Außenstehende mit in die Grube. Als klar wird, daß doch nicht gearbeitet wird, haben die Bergleute keine Möglichkeit, sich zu informieren, da die Telefonzentrale wieder gesperrt ist. Gegen 9.00 Uhr nehmen die Kollegen in Reden als letzte die Arbeit wieder auf.

–ein Saarbrücker Genosse–

Als der Streik der Saarbergleute für eine Teuerungszulage seinen Höhepunkt erreicht hat, als zum ersten Mal seit den Septemberstreiks 1969 wieder Bergarbeiter für ihre Forderungen auf die Straße gehen, da hatte die IGBE-Führung nichts Eiligeres zu tun, als die streikenden Kollegen gegen ihre Kollegen von der Ruhr und den Aachener und Ibbenbürener Revieren gegeneinander auszuspielen. Sie ließ dort folgendes Flugblatt verteilen:

IGBE-Schnellinformation

Durch wilde Streikaktionen sind Arbeitsplätze gefährdet

Adolf Schmidt appelliert an alle Saarbergleute

Im gesamten deutschen Steinkohlenbergbau gab es erst vor wenigen Wochen neue Lohn- und Gehaltstarife. Auch im Saarbergbau. Dennoch haben linksextremistische Kreise im Saarbergbau wilde Streikaktionen inszeniert, um Teuerungszulagen durchzusetzen. Der Vorstand der IG Bergbau und Energie hat unmißverständlich erklärt: Wilde Streiks gefährden die Arbeitsplätze im Steinkohlenbergbau. Ob an der Saar, an der Ruhr oder im Aachener Revier. Deshalb hat der IGBE-Vorsitzende Adolf Schmidt ein Wort in ernster Stunde an die Saarbergleute gerichtet. Was für die Saar gilt, ist auch in allen anderen Kohlenrevieren von Bedeutung. In dem Brief von Adolf Schmidt heißt es:

In ernster Stunde wende ich mich an alle, die in diesen Tagen glauben, daß sie durch einen nicht von der IG Bergbau und Energie gestützten Streik im Saarbergbau ihre Einkommensverhältnisse verbessern könnten.

Es gibt sicher unter gewerkschaftlich organisierten Arbeitnehmern keine Meinungsverschiedenheiten darüber, daß es die Aufgabe der Gewerkschaft ist, ständig darum bemüht zu sein, die Arbeitsbedingungen zu verbessern und – was von besonderer Bedeutung für alle Arbeitnehmer ist – die Arbeitsplätze zu sichern.

Jeder Saarbergmann weiß aus eigener Erfahrung, daß die seit 15 Jahren andauernde Kohlenkrise und die damit verbundenen Probleme nur sehr schwer in den Griff zu bekommen waren. Dennoch hat die IGBE in den vergangenen Jahren – trotz hoher Halden und Fördereinschränkungen – dafür gesorgt, daß die Saarbergleute den Anschluß an die allgemeine Einkommensentwicklung nicht verloren. Wir haben selbst einen organisierten Lohnstreik im Saarbergbau im Jahre 1962 nicht gescheut, um unsere Forderungen durchzusetzen.

Vor etwas mehr als 3 Monaten hat die IGBE erst neue Lohn- und Gehaltstarife für die Saarbergleute vereinbart. Das erzielte Ergebnis von rund 10 Prozent war im Hinblick auf die allgemeine wirtschaftliche Lage, aber auch unter Berücksichtigung der besonderen Schwierigkeiten im Saarbergbau ein gutes Ergebnis. Die IGBE hat herausgeholt, was herauszuholen war. [illegible] nur 3 Monaten.

Die wilden Streikaktionen helfen niemandem von uns. Sie gefährden das, was wir gemeinsam in langjähriger mühevoller Kleinarbeit aufgebaut haben.

Mein Appell richtet sich deshalb an die Vernunft und Einsicht aller Saarbergleute: Wir verbessern die Lage der Saarbergleute nicht durch wilde Streikaktionen, sondern verschlechtern sie. Wer Euch anderes weismachen will, hat nicht die ehrliche Interessenvertretung der Saarbergleute im Auge.

Ich fordere deshalb im Namen des IGBE-Vorstandes alle Saarbergleute in ihrem eigenen Interesse auf, die Arbeit wiederaufzunehmen, um größeren Schaden von sich selbst und den Familien abzuwenden.

Stillegungen im Bergbau

DAS ENERGIEKONZEPT DER BUNDESREGIERUNG : ZERSTÖRUNG VON ARBEITSPLÄTZEN UND WEITERE MILLIONEN FÜR DIE ZECHENBARONE

In der BAG-Westfalen, einer der 7 Gruppen in der Ruhrkohle AG, soll in den nächsten Jahren 15 000 t Tagesförderung stillgelegt werden. Das ist die Folge des Energiekonzepts der SPD/FDP-Regierung, nachdem die Jahresförderung in der BRD bis 1978 um 14 Millionen t gekürzt werden soll. Das bedeutet die Stillegung der Förderung von mindestens 3 der 7 Schachtanlagen in der BAG Westfalen.

Unter den Kumpels der Zeche Radbod in Bockum-Hövel wurde immer häufiger über die Stillegung ihrer Arbeitsplätze geredet. Die für den 2.11. angekündigte Belegschaftsversammlung sollte, so meinte der Betriebsrat, Klarheit darüber schaffen, ob Radbod stillgelegt wird oder nicht.



Stillegung: Millionen für das Kapital

Noch nie in den letzten Jahren waren so viele Kumpel auf einer Belegschaftsversammlung, die immer außerhalb der Arbeitszeit stattfindet, und das, obwohl viele schon meinten, daß wir ja sowieso nichts gesagt bekämen. Und so war es dann auch. Der Bergwerksdirektor Heising sagte zwar, daß Radbod nicht stillgelegt würde. Er weigerte sich aber zu sagen, welche anderen Zechen in der BAG Westfalen stillgelegt werden, wozu ihn sofort ein Kollege aufgefordert hatte. Fast alle Kumpel waren der Meinung, daß wieder einmal alles hinter dem Rücken der Arbeiter ausgemauschelt wird. Der sozialdemokratische Betriebsrat, voran Fredi Skibba und Erwin Förster, begnügte sich mit den nichtssagenden Phrasen von Heising. Sie versuchten, die immer breiter werdende Diskussion zu verhindern, indem sie zum Beispiel versuchten, alle Kollegen, die etwas sagen wollten, nach vorn ans Mikrofon zu bekommen – was sonst nicht üblich war. Trotzdem ließen sich viele Kollegen nicht abhalten, ihre Meinung zu sagen. Besonders ein Dortmunder Kollege, der schon die Stillegung von Zeche Kaiserstuhl mitgemacht hat, warnte seine Kollegen davor, sich auf die Worte des Vorstands zu verlassen, und zeigte die Folgen einer Stillegung auf. Dafür bekam er von seinen Kollegen zweimal Beifall. Einige andere Kollegen sagten ganz klar, daß sie Heisings Gerede für den bei Stillegungen üblichen Schwindel hielten.

Diese Belegschaftsversammlung war auf Radbod seit langer Zeit die erste, wo Direktion und Betriebsrat auf den spontanen Widerstand der Kumpel stießen. Sie muß als erster Schritt dazu gesehen werden, daß die Kollegen der Zeche Radbod den Kampf für ihre Interessen selbst in die Hand nehmen. Die Parole der streikenden Saarbergleute: "Lange war der Bergmann still, jetzt zeigt er, daß er kämpfen will!" wird sich auch im Ruhrbergbau immer deutlicher verwirklichen.

–Radbod Kollektiv der Ortsaufbaugruppe Hamm

Wird Ibbenbüren stillgelegt ?

Der SPD-Abgeordnete Urbaniak sagte, dass in Ibbenbüren stillgelegt werde. Aber den Kollegen dort wurde erzählt, dass ein Plan für die Weiterführung der Zeche bis Dezember ausgearbeitet werde. Der Betriebsratsvorsitzende forderte die Kollegen auf, die Verhandlungen "auf alle Fälle abzuwarten". Die Kollegen sollen bis zur Stillegung möglichst ruhig gehalten werden.

Die Bergbauindustrie ist im Tecklenburger Land, dem nördlichsten westdeutschen Steinkohlenrevier, die einzige Industrie im weiten Umkreis.

Von der Zeche leben direkt oder indirekt Zehntausende Menschen. Nach drei Massenentlassungen in dieser Region seit 1959 – zuletzt noch 1 100 in diesem Jahr – gibt es kaum noch andere Arbeitsplätze. Die nächste Zeche in Dorsten ist fast 70 km entfernt.

IG BERGBAU STIMMT STILLEGUNGEN ZU

50 000 auf die Strasse setzen

Der Hauptredner auf dem Gewerkschaftstag war nicht ein Gewerkschafter, sondern der Bundeswirtschaftsminister Friderichs. In seiner Rede nannte Friderichs allerdings kaum Zahlen. Das Wesentliche war: 'Die Kohleförderung soll um 21 %, von 102 Millionen Tonnen auf 83 Millionen Tonnen gesenkt werden.

Das allein bedeutet jedoch, daß in 5 Jahren mindestens ein Fünftel der Bergarbeiter auf die Straße fliegen. Man muß aber auch die Rationalisierungen bei der Ruhrkohle-AG (RAG) einrechnen: 1962 förderte ein Kumpel durchschnittlich 2,4 t pro Schicht, jetzt 4,1 t – also eine Steigerung von 75 % in 10 Jahren. In 5 Jahren wird die Schichtleistung, bei gleichem Rationalisierungstempo, demnach 5,8 t betragen; da sich das Tempo aber wahrscheinlich vergrößern wird, kann man wohl von einer Schichtleistung von 6 bis 7 t in 5 Jahren rechnen. Das heißt aber, **daß in den nächsten 5 Jahren 40 bis 60 % der Kumpel, 50 000 bis 60 000 Mann abgebaut werden!** Und über Tage wird auch rationalisiert, da sieht es ähnlich aus.

Zeche 'Minister Stein

Am Samstag war um 10 Uhr eine Betriebsversammlung von Minister Stein. Von den ca. 4 000 Kumpeln, die auf Minister Stein angelegt sind, waren etwa 300 erschienen. . .

Zuerst hielt MdB Hans Urbaniak ein Referat über das Energieprogramm der Bundesregierung. Nur soviel dazu: Die Bundesregierung erkennt die Leistungen der Bergarbeiter an. Offensichtlich nur, solange die Anerkennung nichts kostet. Oder hatten etwa die Kumpel an der Saar etwas von dieser "Anerkennung"?

Als nächstes soll das Ibbenbürener Revier dichtgemacht werden, während die RAG weiterbestehen soll. Ob Urbaniak das den Ibbenbürener Kumpels genauso offen erzählen würde wie uns? Oder handelt es sich hier um die berühmte Salamitaktik: Hier ein Scheibchen, dort ein Scheibchen, und am Ende sind alle auf der Straße! Die Frage der Sozialpläne, also unserer elementaren Existenzsicherung, wurde wieder nicht angesprochen.

Über das brennendste Thema, den Streik im Saarbergbau, wurde nicht diskutiert, auch wurde nichts über die außerordentliche Vertrauensleutesitzung am Freitag berichtet, die ja wohl über den Saarstreik handelte.

Nordwürttemberg/Nordbaden
Die Ergebnisse im Manteltarifkampf

Drei Tage lang, zwischen Verhandlung und Urabstimmung, haben die oberen Gewerkschaftsfunktionäre und ihre Gesinnungsgenossen in den Betriebsräten den Arbeitern das Verhandlungsergebnis im Manteltarifkampf als Jahrhundertergebnis verkaufen wollen.
In den kampfstarken Betrieben stimmten zum Teil 30 bis 50 %, einige sogar darüber, gegen das Ergebnis. Im ganzen lag die Zustimmung bei 71,4 %.
Zu viele Kollegen haben das ganze Ausmaß dieses absoluten Nichts an Tarifabschluß noch nicht erkannt und erhoffen doch noch einige Verbesserungen. Es ist daher notwendig, die wichtigsten Punkte des Abkommens kurz zu erläutern. Zugleich ist dies aufschlußreich für die Kollegen aus anderen Regionen, wo ähnliche Scheinkämpfe der Gewerkschaftsführung um den Manteltarif noch ausstehen.

§ 8: Die IGM rühmt "die Fülle neuer Bestimmungen zu den Grundsätzen der Entlohnung". Richtig ist, daß der Tarifvertrag immer fülliger, immer dicker wird. Doch zu den bestehenden Entlohnungsarten Zeitlohn, Akkordlohn, Prämienlohn, noch mehr Lohnarten dazuzunehmen, ist für die Arbeiter schlechter. Hier wäre weniger – nämlich nur Zeitlohn in ausreichender Höhe – mehr gewesen.
Immer wieder, auch in diesem Paragraphen, wird die Mitbestimmung des Betriebsrates gepriesen.

Was aber ist mit den Rechten des Betriebsrates, wenn im so gerühmten § 8 3b steht: Die "angewandten Entlohnungsgrundsätze sind dem Betriebsrat schriftlich mitzuteilen. Sie gelten damit als vereinbart."?

§ 10: Gelobt wird die Vereinbarung in Bezug auf die genaue Festlegung der Vorgabezeiten, so daß also Warten auf den Kran, Materialfehler oder Mängel mit berücksichtigt werden. Außerdem wird hervorgehoben, daß der Arbeiter informiert werden muß, wenn gestoppt wird, und nach welchen Methoden man seine Zeiten ermittelt.

Diese Sachen sind auch in den bisherigen Refa-Bestimmungen schon drin. Der Arbeiter mußte bisher und muß auch in Zukunft selber darauf achten, daß er eine realistische Zeit gestoppt bekommt, damit er auf sein Geld kommt. Nach wie vor arbeitet er nach der Stoppuhr. Nach wie vor muß er sich mit den Zeitnehmern rumschlagen. Einen Betriebsrat konnte er auch bisher schon hinzuziehen. Die drei voll beschriebenen Seiten von neuen Ausführungsbestimmungen mit Epsilon und Formeln hin und her sind nichts als Augenwischerei.

Erholungs- und Bedürfniszeiten: Die von Steinkühler als Revolution im Tarifwesen gepriesene 5 Minuten Pausenregelung ist ein Hohn, gemessen an dem immer höher geschraubten Arbeitstempo der letzten Jahre. Es gibt wohl keinen Arbeiter, der 8 Stunden ununterbrochen schaffen kann, ohne Pausen einzulegen. Das haben auch die Professoren der Kapitalisten verwundert feststellen müssen.
Wie werden sich die 5 Minuten im Betrieb auswirken?
Die bisher üblichen Pausen zwischendrin wird man abschaffen wollen, auch nach den Vorstellungen der IGM-Führung: "Außerdem können Arbeitsunterbrechungen, arbeitsbedingte Wartezeiten auf diese Erholungszeiten angerechnet werden." (Metallnachrichten Nr.6, S.4)
Mit dem Argument: Ihr habt ja jetzt die Pausen, werden sie das Band schneller laufen lassen und jeden anfahren, der zwischendrin mal eine Zigarette raucht.

§ 11: Die zentrale Forderung der IGM war die 140 % Verdienstabsicherung für jeden Akkordarbeiter. Von den ganzen Forderungen war das die einzige, bei der die Kapitalisten zumindest ein klein wenig hätten zahlen müssen.
Was rauskam ist eher eine Verschlechterung für die Arbeiter: 125 % bis 1. November 1975, 130 % bis 31. Oktober 1979. Die Absicherung gilt aber nicht für den einzelnen Arbeiter, sondern für alle, im Betriebsdurchschnitt. Bisher werden in Großbetrieben heute schon 140 % im Durchschnitt gezahlt. Zusätzlich schlecht ist dieses Ergebnis, weil es eine Spaltung der Belegschaft vertraglich vorsieht. Dem einen können 100 %, dem anderen 140 % gezahlt werden, wenn nur im Durchschnitt 125 % rauskommen.

§ 13: Um zu sehen, was bei den Taktzeiten rauskam, braucht man nur einen Satz aus dem Wust dieses wortgewaltigen Paragraphen zu zitieren:
"3.2 Bestehende Taktzeiten dürfen grundsätzlich nicht weiter aufgeteilt werden. Ihre weitere Aufteilung wird jedoch zulässig, wenn Arbeitgeber und Betriebsrat dies im Einzelfall oder für ähnlich gelagerte Fälle im Hinblick auf den technischen Fertigungsstand und ökonomische Zwänge für geboten halten."

§ 18: Mit der sogenannten Altersabsicherung war ein Thema angesprochen, das dem Arbeiter unter die Haut geht: Unsicherheit des Arbeitsplatzes, seine Arbeitskraft täglich verkaufen zu müssen, eines Tages wie altes Eisen beiseitegelegt zu werden. Die ganze Unmenschlichkeit der kapitalistischen Produktionsweise sollte mit dieser Forderung beseitigt werden, so sagten es Redner der IGM-Führung. Die Kapitalisten bliesen ins gleiche Horn.

Wir Kommunisten wissen, daß man erst den Kapitalismus abschaffen muß, wenn man sichere Arbeitsplätze, gesicherten Verdienst, menschliche Arbeitsplätze schaffen will. Wer den Menschen als Ware, wer die Herrschaft des Menschen über den Menschen abschaffen will, muß die kapitalistische Produktionsweise, muß den kapitalistischen Staat abschaffen. Die Reformisten in der SPD wollen den Arbeitern einreden: Sicherung des Lebens, des Alters, Lebensqualität, Mensch im Mittelpunkt – das alles sei im Kapitalismus möglich.
Schauen wir uns an, wie diese Absicherung aussieht:
1. "Arbeitnehmer, die im 55. Lebensjahr stehen oder älter sind und dem Betrieb oder Unternehmen wenigstens ein Jahr lang angehören, haben Anspruch auf den Verdienst, der aus dem Durchschnittsverdienst der letzten zwölf voll gearbeiteten Kalendermonate errechnet wird.
Tariflohnerhöhungen steigern den Verdienst entsprechend."
2. "Einem Arbeitnehmer, der das 53. Lebensjahr, aber noch nicht das 65. Lebensjahr vollendet hat und dem Betrieb mindestens drei Jahre angehört, kann nur noch aus wichtigem Grund gekündigt werden."
Warum haben die Kapitalisten so schnell dieser Forderung zugestimmt?
Die Kapitalisten werden die Arbeiter entweder schon vor dem 53. Lebensjahr entlassen oder schlechter bezahlen. Das Durchschnittsalter höher bezahlter Arbeiter liegt in den Großbetrieben zwischen 20 und 40 Jahren. Viele werden einen niedrigeren Lohn jetzt schon bei 53 Jahren hinnehmen müssen, weil sie woanders noch schlechter als bisher einen Arbeitsplatz finden werden.
Die "Kündigung nur aus wichtigem Grund" für die älteren Kollegen ist eine Regelung, die heute schon in der Rechtsprechung durchweg so gehandhabt wird. Ein Kündigungsschutz ist das nicht.

Sollte nun immer noch jemand glauben: Irgend etwas wird bei den vielen Forderungen schon herausspringen, der möge genau lesen:
§ 25: "Soweit aufgrund dieses Tarifvertrags neue oder erhöhte Ansprüche begründet werden, können bisher gewährte übertarifliche Leistungen angerechnet werden."
Das Ergebnis ist also Null komma Nix.
Weil selbst die Gewerkschaftsspitze sich mit einem solchen Ergebnis nicht vor die Arbeiter traute, haben ihnen die Kapitalisten angeboten, gleich die Restfragen des Manteltarifes mit abzuschließen. Man brauchte einen Scheinerfolg, um die Arbeiter zu beruhigen. Ohne Diskussion in den Betrieben wurden Fragen der Arbeitszeit, der Schichtarbeit, der Leistungszulage der Zeitlöhner für die nächsten 2 Jahre festgelegt. Das Ergebnis ist durch die Bank ein Nachziehen dessen, was in Südwürttemberg-Hohenzollern und Südbaden schon vorher von den Kapitalisten zugestanden ist (Überstunden- und Schichtzuschlag z.B. die ersten 10 Stunden 25 %, danach 50 %; an Sonn- und Feiertagen 50 %; Nachtzuschlag von 20 auf 25 % erhöht; die Lohnfortzahlung bei Arbeitsunfällen für 78 Wochen; Kündigungsfrist nach dem 45. Lebensjahr und zehnjähriger Betriebszugehörigkeit 2 Monate), oder es sind Punkte, die im Gesetz schon geregelt sind.
Dem Kapitalisten entstehende Kosten können auch hier auf "betrieblich gewährte Zulagen bzw. Zuschläge aller Art ohne Rücksicht auf ihre jeweilige Rechtsgrundlage angerechnet werden." (§ 24)

Ein solches Ergebnis als Revolution im Tarifvertragswesen und als Jahrhundertergebnis den Arbeitern verkaufen kann nur, wer die Arbeiter nur noch durch großmäuliges Schaumschlagen zu beeindrucken versucht. Die Arbeiter, die nicht schon von vornherein dieses Ergebnis ablehnten, werden sehr bald merken, daß sich an ihrem Arbeitsplatz nicht ein Deut geändert hat.
Wir Kommunisten haben von Beginn der Auseinandersetzung an gesagt, daß diese Forderungen viele zusätzliche Paragraphen, aber keine Erleichterungen der Arbeitsbedingungen bringen können. Wir haben weiter gesagt, daß die Gewerkschaftsspitze mit einem Streik für schlechte Forderungen die Arbeiter ködern will, daß ein Streik nur Erfolg haben kann, wenn die Arbeiter aus den Betrieben heraus die Sache in die Hand nehmen und die Lohnforderungen mit auf den Tisch kommen.
Nur, als es dann so weit war und die Gewerkschaftsführung dabei war, den Arbeitern ihre Schwerpunkttaktik zu verkaufen, sind auch wir der Gewerkschaftsführung auf den Leim gegangen. Indem wir zum Teil nur noch für den Streik eingetreten sind, mußte der Eindruck entstehen, wir seien damit auch für die Forderungen der Gewerkschaftsführung. Von den Taktiken der Gewerkschaftsführung ist eine schlimmer als die andere. Als Kommunisten dürfen wir uns nicht in einen Punkt dieser Taktik verbeißen, weil wir sonst das Ganze nicht mehr sehen.

Der Kampf für mehr Lohn und der Kampf für bessere Arbeits- und Lebensbedingungen sind nicht zwei Paar Stiefel. Für die Zukunft müssen wir klare, vereinheitlichende Forderungen stellen, wie sie in unserem Programm niedergelegt sind: 7-Stunden-Tag, 8 Wochen Urlaub, Abschaffung des Akkords, Verbot der Nacht- und Schichtarbeit, Rentenalter mit 55, bei Frauen 50 Jahren bei 75 % des Facharbeiterlohns. –E.R.–

Urabstimmung zur Waffe machen

WAIBLINGER BELEGSCHAFTEN GEGEN VERHANDLUNGSERGEBNIS

Waiblingen. In den großen Waibliner Metallbetrieben (Raum Stuttgart) begriffen die Kollegen, daß die Urabstimmung eine Waffe für sie ist. Die Urabstimmungen zum Lohnrahmentarifvertrag II brachten ein JA zum Streik und ein NEIN zum Ergebnis.

Bei **AEG Winnenden** (Heimwerkergeräte, zwei Drittel Akkordarbeiter, über die Hälfte griechische Kollegen) stimmten 84,8 % für Streik und als das ausgehandelte Ergebnis vorlag waren nur 31,7 % damit zufrieden.
93,5 % der IGM-Mitglieder bei **Stihl** (größte Motorsägenfabrik Europas, 2 000 Beschäftigte) sprachen ihr Ja zum Streik aus. Das war eindeutig. Als das Verhandlungsergebnis vorlag, waren lediglich 37,8 % von ihnen dafür.
Von den Kollegen bei **Bosch-Waiblingen** (Kunststoffverarbeitung, überwiegend Akkordarbeiter, die meisten von ihnen Griechen) stimmten 87,8 % mit Ja zum Streik. Das Ergebnis der Verhandlungen wurde von 50,6 % der Abstimmungsberechtigten abgelehnt.
Bei **H + K Waiblingen** (Bosch-Tochter, Verpackungsmaschinen) stimmten 84,4 % für Streik. Das Ergebnis akzeptierten nur 54 % der Kollegen.

Das Urabstimmungsergebnis legt den Kampfwillen offen und stärkt so die Solidarität. Es wird zur Kampfansage gegen die Klassenversöhnung. Für die Mehrheit der Kollegen, die das ausgehandelte Ergebnis ablehnte, ist das der bewußte erste Schritt, den Kampf um das Notwendige konsequent selbständig fortzusetzen.
"Wie stellen wir heute die Weichen? – Auf Rot!" meinte ein Kollege von Bosch Waiblingen, als ihm ein Genosse die "Arbeiterstimme", die Betriebszeitung der Metallzellen der Ortsgruppe Waiblingen, in die Hand drückte.
Am Morgen des Mittwoch, 24.10., am Tag der Schlußabstimmung, lautete die Überschrift der Arbeiterstimme "Nein" und dahinter war ein Kreis dick angekreuzt. Nein war die Losung der Kollegen bei Bosch Waiblingen, AEG Winnenden, Stihl Neustadt und bei H + K Waiblingen.
In diesem Nein zum Verhandlungsergebnis spiegelte sich aber viel mehr wider als nur die direkte Unzufriedenheit mit dem Ergebnis.

Als nach der ersten Urabstimmung die Parole des Schwerpunktstreiks ausgegeben wurde, stieg die Empörung in den Belegschaften an. "Die behandeln uns wie Schulbuben" war die allgemeine Beurteilung zum Verhalten der Bezirksleitung gegenüber den Belegschaften. Schon bei der Aufstellung der Forderungen zum Lohnrahmentarifvertrag wurden die Kollegen nicht gefragt und entzündete sich ihre Kritik an der Politik der IGM-Spitze.
Am Donnerstag, dem dritten Tag an dem die Kollegen von Bosch Feuerbach und Daimler-Benz in Untertürkheim und Sindelfingen nach dem Willen Steinkühlers isoliert von ihren übrigen 350 000 Kollegen in den Streik gingen, wurde bekannt, daß jetzt übers Wochenende verhandelt werden soll. Die Kollegen ahnten Schlimmes. Ihnen war klar, wenn man nur mit einem Viertel der Kraft kämpft, kann man nie ein volles Ergebnis holen. Die "Arbeiterstimme", die am Donnerstag verteilt wurde, verdeutlichte den Kollegen den Zweck des Schwerpunktstreiks: die **Metallkapitalisten so weit wie möglich zu schonen**, ohne daß die Gewerkschaftsführung das Gesicht verliert; die Kampfkraft der Kollegen auf kleinster Flamme zu halten; das Geld in der Gewerkschaftskasse zu sparen.
Die Folgen daraus wurden klar: ein beschissenes Ergebnis, das die Lage im Betrieb um keinen Deut bessert und überdies wird dadurch die Einsicht in die Notwendigkeit der gewerkschaftlichen Organisierung bei vielen Kollegen zerstört. Bei AEG fand an diesem Donnerstag eine Betriebsversammlung statt. Hier spitzte sich die Lage am stärksten zu. In der kämpferischsten Betriebsversammlung, die es bei AEG je gab, wurde der 1. Bevollmächtigte der IGM, Bormann, mit der schärfsten Kritik eingedeckt. Er, der noch vor einigen Wochen, als die Kollegen zwei Warnstreiks für eine Lohnerhöhung durchführten, ihnen in den Rücken fiel, indem er die Streiks als illegal diffamierte. Dieser Sozialdemokrat griff zum Wort "Betriebsbesetzung", weil ihn die Kollegen soweit in die Enge trieben, als sie ihm vorwarfen, daß die ganze Taktik der IGM sie in die Aussperrung treiben sollte und in diesem Falle ihre Waffe, der Streik, entkräftet sei. Die Betriebsversammlung ging bis in den Mittag hinein, und nur ein Funke hatte gefehlt und der Schwerpunktstreik wäre durchbrochen worden.

Am Montag, als das Ergebnis der Verhandlungen vorlag, informierte die "Arbeiterstimme" die Kollegen vor der Gewerkschaft. Während die "Arbeiterstimme" den Kuhhandel bereits in seinen einschneidenden Punkten untersuchte, bemühte sich die Bezirksleitung, das Ergebnis in 55 Punkten auszuwalzen und den Kollegen für das Ergebnis als Tarifvertrag des Jahrhunderts den Mund wäßrig zu machen.
Doch so wie den Kollegen von vornherein klar war, daß die aufgestellten Forderungen ihnen nicht das bringen, was notwendig gewesen wäre, gab es kein langes Hin und Her in der Beurteilung des Verhandlungsergebnisses. Es konnte nicht zufriedenstellen. Es war ein saurer Apfel, in den einen die IGM-Bezirksleitung beißen lassen wollte. Je länger man ihn sich anschaute, umso mehr entdeckte man, was Beschiß war am neuen Vertrag. Die größte Entrüstung löste die Verhandlung des Manteltarifvertrages aus. War früher immer von den Gewerkschaftsführern gemahnt worden: "Fordert nicht so vielerlei, konzentriert euch auf das Wesentliche", machten sie es diesmal selbst. Nach dem Motto: Mangelnde Qualität durch Masse ersetzen. Ihr Kalkül ließ sich von der Befürchtung leiten, wenn wir nur den mageren Lohnrahmen II vorlegen, können wir die Metaller nicht zum Ja bei der Urabstimmung ködern. So wurden die Ergebnisse von kampflosen Verhandlungen aus den schwächeren Bezirken Südwürttemberg und Südbaden und denen der Angestelltenverhandlungen für die Kollegen von Nordwürttemberg/Nordbaden, den kampfstärksten Teil, einfach abgeschrieben.
Dieser Betrug wurde erkannt. Das schlug sich in der Urabstimmung nieder.
Und das hat seine Konsequenzen für den kommenden Lohn- und Gehaltstarifkampf. In den Waiblinger Metallbetrieben hat die Diskussion um die Lohnforderung begonnen. Bei H + K gingen die Vertrauensleute her und organisierten bereits eine Unterschriftenaktion für die Lohnforderung. Das Ergebnis: eine Mehrheit für 200 DM mehr für alle im Monat.

Leserbrief

In einer Leserzuschrift aus Stuttgart heißt es (Auszüge): In einem streng "firmenvertraulichen" Arbeitspapier der Firma SEL (Standard Electric Lorenz) in Stuttgart, das derartige für die Kapitalisten wichtige Ergebnisse festhält, finden wir etwa folgende Feststellung: "Nach dieser Darstellung ergibt sich, daß die durch die Pausen verursachten Zeitverluste durch die Erhöhung der Arbeitsintensität kompensiert werden. .. Es darf an dieser Stelle nicht unerwähnt bleiben, daß Pausen nicht nur eine Erholungswirkung, sondern auch eine "Vorauswirkung" haben derart, daß das Arbeitstempo **vor** der Pause häufig ansteigt." (. . .)
Auf Vorschlag des Untersuchungsleiters sollte bei einer kleineren Gruppe der Frauen der Versuch gemacht werden, jede Stunde die Arbeit mit einer Pause von 5 Minuten zu unterbrechen, so daß Kurzstunden von 55 Minuten entstanden. Dieser Vorschlag stieß weder bei der Betriebsleitung noch bei den Frauen auf bereitwillige Zustimmung, wurde schließlich aber doch realisiert.
Als Ergebnis stellte sich schließlich neben einer geringeren Ermüdung (die Leistung bleibt bis gegen Ende der Arbeitszeit nahezu erhalten) sogar eine Erhöhung der Tagesleistung heraus, obwohl die Arbeitszeit um 6 1/4 % gekürzt worden war. Analog dem vorher Berichteten ergab sich eine Herabsetzung der Zeiten für Nebenarbeiten und willkürliche Pausen." Es war schon vorher berichtet worden, daß die Arbeiter sich durch Nebenarbeiten und Leerlauf schon vorher eine gewisse Erholung verschafften. Aus psychologischen Gründen sollten diese "wilden" Pausen nun legalisiert werden, wodurch eine Leistungssteigerung erreicht **wird.**

ÖTV: Kampf um die Tarifforderungen

DIE AUFSTELLUNG DER FORDERUNG MUSS DER ERSTE SCHRITT ZUM ENTSCHLOSSENEN LOHNKAMPF SEIN

Innerhalb eines Jahres haben die ÖTV-Kollegen einen wichtigen Weg zurückgelegt. Er führte von Protest zur Aktivität. Was vor einem Jahr noch Unzufriedenheit über die Löhne und Gehälter, Empörung gegen die Tarifpolitik der Gewerkschaftsführung war, ist im September mit zahlreichen Streiks im öffentlichen Dienst für Teuerungszulagen zum selbständigen Kampf geworden. Damit haben die Kollegen begonnen, den Lohnkampf in ihre eigenen Hände zu nehmen.

In zahlreichen Betrieben, ÖTV-Betriebsgruppen und Mitgliederversammlungen haben aktive Kollegen sich für Tarifforderungen eingesetzt, die ihre wirtschaftliche Lage sichern. Diese Aktivität der Kollegen war die Grundlage, um in Kreisdelegiertenkonferenzen klare Forderungen durchzusetzen. Der letzte Tarifabschluß, von der ÖTV-Führung als Beitrag zur Stabilität gefeiert, brachte den Lohnabhängigen im öffentlichen Dienst Abbau der Kaufkraft. Deswegen der Kampf für Lohnzulagen, deswegen wurde von zahlreichen ÖTV-Versammlungen zur Tarifrunde eine Nachzahlung für 1973 gefordert oder in die Berechnung der Tarifforderung für 1974 aufgenommen. Die Ortsgruppe Hannover des KBW schreibt über die Lohnbewegung in Hannover dazu:

Nachdem die Teuerungszulage in den kampfstärksten Bereichen durchgesetzt war, war die Bewegung noch keineswegs zu Ende. Auch in Krankenhäusern (Medizinische Hochschule Hannover, größtes Krankenhaus der Stadt) und Verwaltungen (Landkreis Burgdorf) stellten die Kollegen ihre Forderung auf. Sie taten das, obwohl der geschäftsführende Hauptvorstand alles dagegen unternahm und sich von "isolierten Einzelaktionen", wie er es nannte, distanzierte. Die Mitgliederversammlung am 29.10., zu der etwa 450 Kollegen gekommen waren, knüpfte an diese Bewegung an und stellte die Forderung auf:

- **600 DM Nachzahlung für alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst;**
- **50 DM Vorweganhebung monatlich.**

Mit diesen Forderungen wird der begrenzte Charakter von einmaligen Zahlungen bekämpft. Ohne eine Vorweganhebung ist die Teuerungszulage keine wirkliche Lohnerhöhung.

weganhebung ist die Teuerungszulage keine wirkliche Lohnerhöhung.

Wer einen Lohnkampf kraftvoll führen will, muß ihn einheitlich führen. Deswegen fordern immer mehr Kollegen:

EINHEITLICHER KAMPF FÜR EINHEITLICHEN FESTBETRAG!

Die Zellen im öffentlichen Dienst der Ortsgruppe Mannheim berichten:

Am Tag vor der Delegiertenkonferenz, die am 24.10. stattfand, hatten fast 100 Kollegen auf der ÖTV-Mitgliederversammlung in den Städtischen Krankenanstalten einstimmig beschlossen, nur einen Betrag in Mark und Pfennig zu fordern: "Es ist nicht einzusehen, warum immer wieder die Kleinen benachteiligt werden, das Brot wird für alle teurer, und es sind doch gerade die Kollegen in den unteren Lohngruppen, die den Kopf hinhalten, wenn was durchgesetzt wird." Ähnlich ist die Diskussion in den anderen Betrieben gelaufen. Wo kein reiner Festgeldbetrag aufgestellt wurde, entschloß man sich für einen niedrigen Prozentbetrag und einen hohen Sockelbetrag.

Aber die bürgerlichen Machthaber in der Gewerkschaft sind für Prozentforderungen oder Prozente plus Festbetrag. Sie können dann am besten den angestrebten Stabilitätsbeitrag auf Kosten der Kollegen durchsetzen und die Geschlossenheit der Mitglieder für einen starken Lohnkampf hintertreiben. Die Mannheimer Genossen schreiben weiter:

Für diese gemischten Forderungen machte sich auch der geschäftsführende Kreisvorstand der ÖTV in seiner Eröffnungsrede stark. Doch schon der nächste Redner, der Sprecher des Kreisarbeiterausschusses, machte diesen Hoffnungen einen Strich durch die Rechnung. Unter lautstarkem Beifall forderte er einen einheitlichen Betrag, 250 DM für jeden mehr, und rechtfertigte den eintägigen Streik der Mannheimer Müllwerker vorigen Monat.

Auch der Sprecher des Kreisjugendausschusses bekräftigte die einheitlichen Forderungen und forderte diejenigen Funktionäre auf, die die spalterischen Prozentforderungen stellten, "doch die Protzerei mit 15 oder 18 % zu lassen, wenn nicht gesagt wird, wie man diese Forderung durchsetzen kann, da das wichtigste Kriterium der Durchsetzung, die Einheit, fehlt."

Großen Beifall bekam auch die Sprecherin des Frauenausschusses, der ebenfalls einheitliche Forderungen beschlossen hatte: "Auch wenn die SPD in der Bundesregierung ist, das Stabilitätsprogramm wird auf unserem Rücken ausgetragen, wir können diesmal keine Rücksicht darauf nehmen."

In Mannheim wurden 300 DM mehr für jeden gefordert, ebenfalls von der Kreisverwaltung in Schwenningen (Baden-Württemberg), Festgeldbeträge z.B. von der Mitgliederversammlung der ÖTV Wetzlar, ÖTV Konstanz. In Hannover wurden 220 DM

lung der ÖTV Wetzlar, ÖTV Konstanz. In Hannover wurden 220 DM

gefordert. Die Genossen aus Hannover schreiben über den Kampf für gleiche Lohnforderungen:

Es hat sich gezeigt: Wo die Kollegen selbst die Tarifforderungen aufstellen, wo sie demokratisch darüber abstimmen, was für den einheitlichen Kampf gegen den Staat die beste Voraussetzung ist, dort werden Festbeträge gefordert. Nur dort, wo es den bürgerlichen Machthabern in der Gewerkschaft noch gelingt, die Kollegen vom Eingreifen in den Lohnkampf fernzuhalten und sie zu spalten, werden durch die Gremien prozentuale oder gemischte Forderungen aufgestellt.

DIE GEWERKSCHAFTSFÜHRUNG BEKÄMPFT EINHEITLICHE FORDERUNGEN

Auf Betriebsgruppen- und Mitgliederversammlungen werden immer häufiger Festbeträge aufgestellt, so z.B. in Wiesbaden von den Betriebsgruppen Rathaus, Sozialamt und Betriebsjugendgruppe 250 DM oder in Konstanz von der Mitgliederversammlung 350 DM, in zahlreichen Heidelberger Betriebsmitgliederversammlungen 250 DM, in Hamburg fordert der Arbeitskreis Steuerverwaltung 250 DM. Das sind natürlich nur einige Beispiele aus einer Vielzahl.

Gegen die Interessen der Kollegen arbeitet die SPD-Fraktion in der Gewerkschaft überall dort, wo sie noch fest im Sattel sitzt, und versucht, diese Festgeldforderungen vom Tisch zu bringen. In den Delegiertenkonferenzen, dem Entscheidungsorgan auf Kreisverwaltungsebene, stimmte die SPD-Fraktion oft geschlossen als Block. Sie haben kaum Argumente, aber ihre Finger, und die heben sie immer schnell an der Stelle, wo der Fraktionsführer es ihnen vorher eingetrichtert hat. Das sah z.B. in Heidelberg so aus:

Obwohl in Mitgliederversammlungen die Gewerkschaftmitglieder in vielen Betrieben Festgeldforderungen aufgestellt haben, obwohl über ein Dutzend Delegierte dieser Betriebe auf der Delegiertenversammlung aufgetreten sind und diese Forderung begründet haben, obwohl nur zwei oder drei Delegierte für Mischgeldforderungen eingetreten sind, hat die Versammlung eine spalterische Mischforderung aufgestellt.

Diesmal ist es den Reaktionären in der Gewerkschaft noch gelungen, durch Handaufheben richtige Forderungen niederzustimmen, jedoch haben sie nicht gewagt, den vorgeschlagenen Sockelbetrag von 250 DM zu kürzen, sondern haben 5 % zusätzlich angehängt. Doch die Zahl der Delegierten, die an ein Votum ihrer Wähler gebunden waren, hat sich um ein Vielfaches erhöht! Von da kam auch die richtige Forderung nach ausreichender Lohnerhöhung für alle.

SCHLUSS MIT DEN LANGEN LAUFZEITEN!

Diese Forderung ist die Antwort der Kollegen auf die Taktik der Gewerkschaftsführer, die sagen: Wir wollen ja kämpfen, aber wir können nicht, weil der Tarifvertrag noch läuft.

In Hannover forderte die Mitgliederversammlung Keine Laufzeit, ein Mo-

In Hannover forderte die Mitgliederversammlung Keine Laufzeit, ein Monat Kündigungsfrist! Die Delegiertenkonferenz in Hannover änderte diese Forderung in 9 Monate Laufzeit. Die Mannheimer Delegiertenkonferenz forderte 6 Monate Laufzeit der Tarifverträge, von 12 weiteren Kreisverwaltungen in Baden-Württemberg wurde vorzeitige Kündigungsmöglichkeit gefordert.

Über diese Forderung hinaus wurde von ÖTV-Versammlungen Abschaffung der beiden unteren Lohngruppen und Urlaubsgeld gefordert, wobei die Beträge von 100 bis 750 DM gehen.

URABSTIMMUNG VOR DEM ABSCHLUSS!

Die Abschlüsse der Gewerkschaftsführung müssen zur Abstimmung gestellt werden, denn die miserablen Abschlüsse können nicht hingenommen werden. In Hannover wurde diese Forderung ebenso aufgestellt wie in Wiesbaden von einigen ÖTV-Betriebsgruppen und in Baden-Württemberg von vier Kreisverwaltungen (Freiburg, Lörrach, Mannheim, Schwäbisch-Hall). —nach Berichten, A.H.—

ÖTV-Manteltarifvertrag für Auszubildende

PROTESTVERANSTALTUNG IN FRANKFURT

Frankfurt, 25.10.73 Eine gemeinsame Veranstaltung der ÖTV-Jugendlichen von Hessen und Rheinland-Pfalz fand in Frankfurt statt. 200 Auszubildende zogen in einem Demonstrationszug zur Veranstaltung, die von 500 – 600 Jugendlichen besucht wurde. Am selben Tag verhandelte eine Gewerkschaftsdelegation in zweiter Runde mit den 3 Arbeitgeberverbänden (Bund, Länder und Gemeinden) über die Durchsetzung eines neuen Manteltarifvertrages für Auszubildende im öffentlichen Dienst.

Die Veranstaltung war eine deutliche Warnung an die Adresse der Arbeitgeber, daß die Jugendlichen bereit sind zur kämpferischen Durchsetzung ihrer Interessen – auch mit dem Mittel des Streiks, wie unter dem Beifall der Anwesenden betont wurde.

Der Vorschlag der ÖTV zum neuen Manteltarifvertrag, der von den Versammelten einstimmig unterstützt wurde, enthält folgende Forderungen:

- gleicher Tarifvertrag für Arbeiter- und Angestelltenlehrlinge, Schüler und Anlernlinge bei Bund, Länder und Gemeinde
- 24 Arbeitstage Erholungsurlaub für alle
- 18 Tage Bildungsurlaub in jedem Ausbildungsjahr
- Verbot von Mehrarbeit
- Verbot für Arbeit an Sonn- und Feiertagen
- Fahrkostenerstattung durch den Arbeitgeber
- 10 Tage Dienstbefreiung vor der Abschlußprüfung
- Freizeit für die Hausaufgaben der Berufsschule
- Einsicht in die vollständige Prüfungsakte.

Die Veranstaltung war eine Kampfansage an den staatlichen Arbeitgeber und eine entschiedene Absage an die Abwiegelungspolitik der Gewerkschaft, die zuvor eine zentrale Demonstration in Bonn am 25.10. kurzfristig abgeblasen hatte. Statt mehrerer dafür vorgesehener dezentraler Veranstaltungen fand nur eine einzige Saalveranstaltung statt.

In der abschließenden Resolution wurde die Notwendigkeit der Einbeziehung der 40 000 Auszubildenden im Gesundheitswesen ausdrücklich betont (da bei den ersten Verhandlungen die Vertreter des kapitalistischen Staates die Verhandlungen daran scheitern ließen); die Ergänzung der Forderung um die Punkte a) Verpflichtung der Arbeitgeber, alle Auszubildenden einzustellen und b) die Zuverfügungstellung von Büchergeld; sowie die Verurteilung der Haltung der Gewerkschaftsführung bei der Absetzung der Demonstration waren Bestandteil der Resolution.

In einer weiteren Resolution wurde eine einheitliche, familienunabhängige Ausbildungsvergütung von 700 DM gefordert, sowie die gemeinsame Verhandlung über Manteltarifvertrag und Lohntarif und die Urabstimmung über die gewerkschaftlichen Forderungen, bevor diese festgelegt werden.

—B.W., Frankfurt (gekürzter Bericht)—

IGM-Jugend

Hamburg. Auf der Versammlung des Ortsjugendausschusses der IGM vom 25.10. im Gewerkschaftshaus am Besenbinderhof beschloß die Mehrheit der Kollegen auf Antrag der Lehrlinge der Howaldt–Deutsche Werft AG die Forderung für Auszubildende: 600 DM Existenzlohn. Die Mehrheit stimmte außerdem für den Austritt der IGM aus der Konzertierten Aktion und erklärte sich solidarisch mit den streikenden Saarkumpels.

Post-Jugend

Post-Jugend

Freiburg. Auf einer gewerkschaftlichen Jugendversammlung von 50 jungen Mitgliedern der Deutschen Postgewerkschaft am 24.10. forderte die Mehrheit zur Tarifrunde:

- 250 DM mehr für alle gleich;
- gemeinsame Tarifverhandlungen für Arbeiter, Angestellte, Lehrlinge und Auszubildende;
- 9 Monate Laufzeit des Tarifvertrags;
- Strukturelle Verbesserung der Ausbildungsvergütungen, so daß der Unterschied zwischen den Lehrjahren nicht mehr höher als 20 DM ist.

ÖTV-Jugend

ÖTV-Jugend

Wiesbaden. Der Kreisvorstand der ÖTV hat beschlossen, daß die Betriebsjugendgruppe bei der Stadtverwaltung **keine** Publikation ohne Genehmigung herausgeben darf. Kollegen, die Informationen an kommunistische Zeitungen geben, z.B. die KVZ, sollen aus der Gewerkschaft ausgeschlossen werden.

Die Betriebsgruppen dürfen nur mit Genehmigung über ihren Bereich hinaus publizieren. Damit will der Kreisvorstand gerade auch zur anstehenden Tarifrunde das Heft fester in die Hand nehmen, um abzuwiegeln und zu spalten.

DEMONSTRATION IN KÖLN GEGEN DIE ENTLASSUNG FORTSCHRITTLICHER JUGENDVERTRETER, VERTRAUENSLEUTE UND BETRIEBSRÄTE



Köln. Trotz der völlig fehlenden Vorbereitung durch den DGB demonstrierten am 27.10. knapp 5 000 Jungarbeiter, Lehrlinge, Schüler und Studenten aus Nordrhein-Westfalen gegen die Entlassungen fortschrittlicher Jugendvertreter, Vertrauensleute und Betriebsräte. Ein großer Teil der Demonstration wandte sich mit Spruchbändern wie "Für freie politische und gewerkschaftliche Betätigung in der Ausbildung und am Arbeitsplatz" und "Weg mit der Friedens- und Schweigepflicht" weiter gegen das reaktionäre Betriebsverfassungsgesetz.

Lohnkampf am Krankenhaus

Ausgelöst durch den Streik im Fuhramt Hannover und die daraufhin erfolgte Zahlung einer Teuerungszulage (zwischen 263 und 363 DM netto) forderten Ende September auch die ca. 3 500 Lohnabhängigen der Medizinischen Hochschule Hannover (MHH, das größte Krankenhaus Hannovers) die sofortige Zahlung einer Teuerungszulage von 600 DM.

Nach der ÖTV-Mitgliederversammlung schloß sich die Personalversammlung der Forderung an. Auf einer erneuten Personalversammlung eine Woche später lehnte der Dienstherr, das Kultusministerium, durch einen Brief die Forderung ab. Die Versammlung – 600 Kollegen – beschloß, so lange zu tagen, bis ein Vertreter des Kultusministeriums erscheine. Innerhalb einer halben Stunde war ein Beamter da, der aber nicht kompetent für Verhandlungen war. Er wurde zurückgeschickt, um den Kultusminister zu holen. Dieser und der Finanzminister erklärten sich für den nächsten Tag bereit. Auf der Personalversammlung am nächsten Tag – 900 Kollegen waren gekommen – konnten sie zusammen mit dem ÖTV-Sekretär, der auf "harte Tarifverhandlungen" vertröstete, der Lohnbewegung die Spitze abbrechen. Die Forderung sei "sozial gerecht", dürfe aber nur im Rahmen der Tarifrunde behandelt werden.

Zwar führten ca. 400 Kollegen die Versammlung am Montag, Dienstag, Mittwoch der folgenden Woche weiter und zitierten die Vorsitzenden von CDU- und SPD-Landtagsfraktion zu sich, doch die Kampfkraft der Belegschaft insgesamt für die sofortige Durchsetzung der 600 DM war gebrochen.

Erstmals hatte aber eine breite Diskussion und teilweise Mobilisierung der Belegschaft für die eigenen Interessen stattgefunden. Die in der MHH gewählte Form der ständigen Personalversammlung war dabei ein wichtiges Mittel und führte dazu, daß der oberste Dienstherr zum Erscheinen gezwungen wurde. —nach Bericht der Aufbauzelle MHH, Ortsgr. Hannover—

SPD-Arbeitnehmerausschüsse

DIE SPD-FRAKTION IN DER GEWERKSCHAFT

In Duisburg fand im Oktober die Gründungskonferenz der "Bundesarbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen (AfA) in der SPD" statt.

Die politische Bindung der Arbeiterklasse und der übrigen Lohnabhängigen an die SPD nimmt ab. Das kapitalistische Gesamtwohl, das von der SPD gesichert wird, lastet drückend auf den Lohnabhängigen und der Gegensatz zwischen ihren Interessen und Erwartungen und der SPD-Politik bricht auf. In den Betrieben entwickeln sich die selbständigen Kämpfe gegen den Willen der SPD. Um den politischen Einfluß der SPD in den Betrieben, ihre Macht in den Gewerkschaften zu sichern, sollen jetzt die SPD-Mitglieder stärker zusammengefaßt werden und die SPD-Betriebsgruppen von den "Arbeitsgemeinschaften für Arbeitnehmerfragen" politisch angeleitet werden. In den Arbeitsgemeinschaften bestimmen die SPD-Betriebsräte und Betriebsratsvorsitzenden sowie die SPD-Gewerkschaftsführungen, wie der Einfluß und ihre Posten zu sichern sind und wie die politisch klassenbewußten Kräfte organisiert bekämpft werden können. Denn sie vertrauen nicht allein auf ihre Gewerkschaftsbeschlüsse, Kommunisten und aktive Kollegen aus der Gewerkschaft zu feuern. Sie wollen die SPD-Fraktion in den Gewerkschaften stärken und müssen zusammengefaßt auftreten, denn nur mit geschlossenen SPD-Abstimmungsblocks werden sie die Forderungen der fortschrittlichen Kollegen niederstimmen können.

Diese SPD-Fraktion in den Gewerkschaften wird jetzt wieder viel von realen Reformen reden.

Die SPD soll als Partei besser verkauft werden: "In ihr haben die Arbeiter und übrigen Lohnabhängigen etwas zu sagen." Das muß schon allein aus folgendem Grund betont werden: Waren 1958 noch 55 % der neu aufgenommenen SPD-Mitglieder Arbeiter, so sank der Anteil 1972 auf 27,6 %. Wer aber wird diesen Parteibuch-Postenjägern ihre Parteiwerbung abkaufen? Zum Beispiel die Fragen: "Warum tritt die SPD in den Gewerkschaften gegen die Lohnforderungen der Kollegen auf und versucht sie zu drücken, wo es nur geht?" und: "Warum bekämpft die SPD die klassenbewußten Kollegen, die sich aktiv für die Interessen der Arbeiter einsetzen?" werden sie immer wieder mit dem "Gesamtwohl" beantworten.

Die Interessen der Arbeiter haben zurückzustehen vor dem kapitalistischen Gesamtwohl: Um das weiterhin zu sichern, gibt es jetzt diese Arbeitnehmer-Arbeitsgemeinschaften der SPD.

Leserbrief

ZUR KASSELER DEMONSTRATION GEGEN JUGENDVERTRETERRAUSSCHMISSE

Leserbrief

ZUR KASSELER DEMONSTRATION GEGEN JUGENDVERTRETERRAUSSCHMISSE

"Wir halten den kurzen Bericht über die Kasseler Demonstration gegen die Jugendvertreterrausschmisse für falsch und irreführend. Als Teilnehmer an der Demonstration in Kassel wollen wir folgende Sachen richtigstellen.

1. Die genannten Parolen waren nicht die der Mehrheit des Demonstrationszuges, sondern nur die der daran beteiligten KBW-Organisationen bzw. der mit ihm befreundeten Organisationen sowie einiger anderer kommunistischer Organisationen. Die Mehrheit der Demonstrationsteilnehmer marschierte jedoch eindeutig unter den DGB-, DKP-, SDAJ- und Juso-Parolen: "Von den Kollegen gewählt, von den Bossen gefeuert" usw. Die SDAJ tat sich besonders hervor, Stimmung gegen unsere Parolen zu machen mit Sprechchören wie: "Weg mit den Berufschaoten", und auf unsere Parole: "Gewerkschaftsausschlüsse – Nein!" folgte oft: "Ja – wenn's nötig ist."

Durch diese Stimmungsmache gelang es ihnen auch, uns bei der Vereinigung mit dem zweiten Teil der Demonstration kurz vor dem Einkaufszentrum abzuspalten und an den Schluß der Demo abzudrängen. Es war keine Einigkeit unter den Demonstrationsteilnehmern vorhanden, die dieses Manöver verhindert hätte. Und auf dem Kundgebungsplatz empfingen sie uns dann auch mit den schon oben genannten Sprüchlein: Weg mit...!

Die Kundgebung selbst verlief ebenfalls nicht sehr erfreulich. Die Jugendlichen wurden mit ellenlangen Referaten gelangweilt und zogen dann auch nicht gerade befriedigt ab. Daran wurde auch durch unser gemeinsames Abziehen, mit der Internationale auf den Lippen, nichts geändert. Es ist deshalb auch nicht richtig, von einem Erfolg zu sprechen. Wenn es ein Erfolg war, dann nur ein Erfolg für die Abwiegelpolitik der Veranstalter.

Da die KVZ als sachliche und ehrliche kommunistische Zeitung angesehen ist, sollten Berichte mit einer solch schönfärberischen Art in Zukunft nichts mehr darin zu suchen haben. Sie nützen uns nichts, denn sie erzeugen nur Illusionen. Sie verschleiern nur, welche Aufgaben im Kampf gegen Reformismus und Revisionismus noch vor uns liegen."

–Aufbauzelle Degussa Frakfurt/M–

SCHULBEHÖRDE LÄSST MASKE FALLEN: SUSPENDIERUNG BEKRÄFTIGT

Hamburg. Wie berichtet (KVZ Nr.5) mußte das Verwaltungsgericht am 9.10. die Suspendierung zweier kommunistischer Lehrer aufheben. Am 20.10. bekräftigte ein Senatsbescheid die sofortige Wirkung der Suspendierung. Die ursprüngliche Begründung, ein Kommentar zu einer Sitzung der Schulbehörde, wo über Disziplinarmaßnahmen gegen Lehrer beraten worden war, reichte dem Gericht nicht aus. Jetzt heißt es in der Begründung der Schulbehörde: "Ein Beamter, der sich einer Organisation mit derartiger Zielsetzung anschließt, verletzt schon durch die Mitgliedschaft die (...) Treuepflicht." M.Hindemith und P.Altenburg, die beiden suspendierten Referendare, sind Mitglieder der Sozialistischen Studentengruppe (SSG), die auch unter den Berufstätigen arbeitet. Die SSG ist eine befreundete Organisation des KBW und arbeitet auf der Linie des KBW.

Zur Untermauerung führt die Behörde Flugblätter der SSG an, von denen der Schulsenator Apel vorher allerdings noch beklagt, daß sie eine Suspendierung nicht rechtfertigen würden. So werden M.Hindemith und P.Altenburg folgende Zitate z.B. zur Last gelegt.

"... **Kapitalismus bedeutet** vielmehr **den systematischen** Ausschluß des **Volkes von der Staatsgewalt und** Abbau **demokratischer Rechte.** Der Staat ist das **Instrument zur Bewahrung** dieses Zustandes; er soll **den** Besitzenden vor dem Nichtbesitzenden schützen. Seine Machtmittel dazu sind Polizei und ein Beamten- und

bau demokratischer Rechte. Der Staat ist das Instrument zur Bewahrung dieses Zustandes; er soll den Besitzenden vor dem Nichtbesitzenden schützen. Seine Machtmittel dazu sind Polizei und ein Beamten- und

Behördenapparat, der der Kontrolle des Volkes völlig entzogen ist."

"... Aber man kann den Charakter der Schule nicht ändern, ohne die gesellschaftlichen Verhältnisse insgesamt zu verändern."

"BILD"-ZEITUNG BETREIBT BERUFSVERBOT

Brigitte Fricke – Realschullehrerin z.A. in Bockenem /Harz, Mitglied der DKP – entlieh bei der Kreisbildstelle, die Unterrichtsmaterialien zur Verfügung stellt (Filme, Dia-Serien, Tonbänder usw.) den antifaschistischen DDR-Film "Du und mancher Kamerad" und führte ihn ihrer Klasse vor. "Bild" nahm dies zum Anlaß, in einem Artikel zu fordern: "DKP-Lehrerin darf nicht weiter unterrichten" und: "Entlaßt Brigitte Fricke aus dem Schuldienst!" Bei "Bild" war ein anonymer Hinweis eingegangen. "Bild" schickte daraufhin einen Redakteur zum Recherchieren. Obwohl sich Kollegen, Schulbehörde und Eltern hinter B. Fricke stellten, behauptet "Bild", sie habe ihren Willen gegen den starken Protest der Eltern durchgesetzt. "Bild" wollte mit dieser Kampagne die Einleitung eines Berufsverboteverfahrens erreichen.



In der Zeit vom 19. bis 24.November sollen in Hessen die Lehrer, die in der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) organisiert sind, in einer Urabstimmung über die Durchführung eines Warnstreiks gegen die Besoldungsneuregelung entscheiden.

Die wachsenden Angriffe der Kapitalisten und des Staates auf das Lebensniveau der breiten Massen macht vor der Beamtenschaft nicht Halt. Direkter Ausdruck ist das "Gesetz zur Vereinheitlichung und Neuregelung des Besoldungsrechts in Bund und Länder", für alle Beschäftigten des öffentlichen Dienstes. Es soll am 1.1.1974 verabschiedet werden. Dagegen nehmen die Lehrer den Kampf auf.

Regen auf Seite des DGB

DEMONSTRATION FIEL INS WASSER

Frankfurt. Der DGB-Kreisvorstand und die hiesige SPD hatten in einer seit Wochen andauernden Kampagne eine "Großkundgebung gegen die Preistreiberei der Unternehmer" für den 16. Oktober vorbereitet. Der DGB-Kreisvorstand verbreitete drei Flugblätter in einer Auflage von 80 000, die SPD verteilte sogar über 200 000 Handzettel. Doch sechs Stunden vor Beginn der Kundgebung wurde sie durch einen Beschluß des Kreisvorstands "auf Grund der Witterungsverhältnisse und des Wetterberichts vom heutigen Vormittag" abgeblasen!

Der wirkliche Grund: Auf der Kundgebung wäre mit Sicherheit die Forderung nach 300 DM Teuerungszulage, von den Kollegen des Stadtreinigungsamts aufgestellt und von der ÖTV mit aller Kraft abgewürgt, zum Schlachtruf geworden. Das Preisstopp-Gerede des DGB macht den Geldbeutel nicht voller.

Trotzdem versammelten sich einige Hundert klassenbewußter Kollegen und führten die Veranstaltung in eigener Regie durch.

200 000 Handzettel. Doch sechs Stunden vor Beginn der Kundgebung wurde sie durch einen Beschluß des Kreisvorstands "auf Grund der Witterungsverhältnisse und des Wetterberichts vom heutigen Vormittag" abge-

Geldbeutel nicht voller.

Trotzdem versammelten sich einige Hundert klassenbewußter Kollegen und führten die Veranstaltung in eigener Regie durch.

Neue Wohnraumzerstörung

Frankfurt. Erneut sollen vier guterhaltene Wohnhäuser mit insgesamt 120 Räumen von der Polizei geräumt werden, um sie abzureißen und einen 113 Meter hohen Betonriesen mit Büroetagen an ihre Stelle zu setzen.

Dagegen richtet sich der Widerstand der Bewohner. Sie haben die Häuser vor etwa 2 Jahren besetzt, bevor sie von ihren Eigentümern, millionenschweren Spekulanten, unbewohnbar gemacht werden konnten – wie das in Frankfurt fast täglich passiert. (siehe KVZ Nr.5)

Der Kampf gegen den Abriß dieser Häuser hat die Unterstützung aller fortschrittlichen Kräfte und die breite Sympathie der arbeitenden Bevölkerung. Denn die Räumung dieser Häuser würde das Wohnungselend in Frankfurt noch mehr vergrößern. Erst recht, da sie nur den Auftakt zu einer ganzen Welle von Zwangsräumungen bilden soll, wobei jeweils Wohnraum zugunsten profitablerer Bauten vernichtet werden soll. Hunderte Personen müßten neue Wohnungen suchen und so würden die Mieten wieder steigen.

Kindergarten statt Parkhaus

Heidelberg. Studentische Eltern besetzten ein zum Abriß bestimmtes Universitätsgebäude und richteten einen Kindergarten darin ein. An die Stelle des Gebäudes soll ein Parkhaus gesetzt werden. Teile der Heidelberger Bevölkerung hatten gegen den Abbruch scharf protestiert und unterstützen die Besetzung.

Die Eltern führten die Aktion durch, weil ihnen die Räumlichkeiten eines Kindergartens gekündigt wurden, ohne Ersatz zu schaffen.

Die Räumungsklage, die das Land Baden-Württemberg androhte, zog es mittlerweile wieder zurück.

KAPITALISTISCHE VERGEUDUNG

Dortmund. Der Textilkonzern C & A Brenninkmeyer lieferte ein Beispiel für die große Verschwendung von Produktionsmitteln im Kapitalismus. Anfang des Jahres ließ er ein von einem anderen Textilgeschäft betriebenes vierstöckiges Warenhaus in der Innenstadt abreißen, um ein neues an seine Stelle zu setzen.

Für die C & A Kapitalisten liegt der Vorteil des neuen gegenüber dem alten, gut erhaltenen Gebäude darin, daß in den angelegten riesigen Verkaufsflächen eine Verkäuferin mehrere große Stände bedienen kann.

Dortmund: Pfarrer für Bolzplatz

AMTSGERICHT VERURTEILT FORTSCHRITTLICHEN PFARRER ZU 700 DM STRAFE

40 Polizisten wurden von Richter Kocks im Landgericht Dortmund angefordert, als es zu Beginn des zweiten Prozeßtages der Berufungsverhandlung von Pfarrer Martin Schröter zu Tumulten zwischen Scharnhorster Bürgern und Gerichtsdienernkam, die nur eine geringe Zahl von Zuschauern in den Gerichtssaal einlassen sollten. Im April 1972 druckte der Scharnhorster Pfarrer in dem Mitteilungsblatt der Gemeinde ein satirisches Kindermanifest, in dem es hieß:

""Kinder aller Länder der Bundesrepublik, vereinigt euch! ... Besetzt die Parkplätze, verursacht großen Lärm, verwüstet das öffentliche Grün und funktioniert es in Bolzplätze um ..."

In dieser Satire sah die Justiz in beiden Instanzen eine Aufforderung zu strafbaren Handlungen und legte eine Geldstrafe von 700 DM fest. Richter Kocks: "Deutlicher kann kein Aufruf sein."

Scharnhorst ist eine "Sozialbausiedlung" am Dortmunder Stadtrand, gebaut von der gewerkschaftseigenen Neuen Heimat, wo innerhalb von fünf Jahren 28 000 Menschen auf einem Quadratkilometer angesiedelt wurden, zu einem Großteil Arbeiter des naheliegenden HOESCH-Konzerns. "Daß es Siedlungen gibt wie die Scharnhorster, ist eine Schweinerei. Das ist steingewordene Unmenschlichkeit. So etwas darf es nicht geben ..." (Schlußplädoyer von M.Schröter). Mit der ganzen Aktion wollte Pfarrer Schröter nach eigenen Aussagen folgendes erreichen: am Beispiel der Vergewaltigung der Arbeiterkinder aufzuzeigen, in welchen "betonierten Gewaltverhältnissen" die Bevölkerung einer solchen Siedlung lebt. Zum großen Teil hat er dieses erreicht. Fast sämtliche bürgerlichen Presseorgane berichteten über diesen Fall. Die größte Solidarität fand der Pfarrer allerdings bei der Scharnhorster und Dortmunder Bevölkerung.

Im Prozeß selbst wies er nach, daß die Justiz gerade diese Gewaltverhältnisse unterstützt und damit Partei ergreift für die Gewalt der Banken, Baugesellschaften und ihres Staates. Denn das Gericht weigerte sich, das Manifest im Zusammenhang zu beurteilen; es klammerte bewußt die Frage nach den Ursachen der Gewaltverhältnisse aus. "Sie können die betonierte Gewalt in Scharnhorst nicht beurteilen!" rief Martin Schröter dem Gericht zu. Der Richter wohnt im Villenviertel Dortmunds.

Es ist klar, daß durch solche Aktionen die unmenschlichen Wohnverhältnisse für die Mehrzahl der Bevölkerung im Kapitalismus nicht beseitigt werden können. Diese Aktionen haben jedoch vielen Arbeitern, Angestellten, Lehrlingen und Schülern in Scharnhorst und darüber hinaus die Augen geöffnet über die Gewaltverhältnisse, in denen sie arbeiten und wohnen müssen, über die Justiz, die diese Verhältnisse unterstützt und Partei nimmt für die herrschende Klasse.

Hier, wie auch in Prozessen gegen Arbeiter schreckt die herrschende Justiz nicht davor zurück, notfalls mit Hilfe eines Polizeieinsatzes ihr volksfeindliches Spiel zu treiben. Die Zuschauer hatten Recht, als sie in Sprechchören riefen: KLARES INDIZ! KLASSENJUSTIZ!

2 Genossen der KHG Dortmund in Zusammenarbeit mit Bewohnern von Scharnhorst

Kampf für Jugendzentrum



Wuppertal. Seit einem halben Jahr kämpfen rund 200 Jugendliche, meist Schüler, um ein selbstverwaltetes Jugendzentrum. Die Auseinandersetzung begann, als das "Impuls", die einzige Stätte für die 50 000 Wuppertaler Jugendlichen, wegen "Geldmangels" geschlossen wurde. Die berechtigte Forderung der Jugendlichen, die Stadt solle ihnen Geld und ein Haus zur Verfügung stellen, fand keinen Widerhall.

"Wenn wir nicht unser Recht bekommen, so nehmen wir es uns" – war die Folgerung der Jugendlichen. Sie besetzten ein seit 5 Jahren leerstehendes und mit öffentlichen Mitteln gekauftes Haus, um ihren Forderungen Nachdruck zu verleihen.

Die Polizei nahm 120 Personen fest und registrierte sie, die nun der Prozeß wegen Haus- und Landfriedensbruch erwartet. Bei ihrem brutalen Vorgehen scheute sich die Polizei nicht, ein 13-jähriges Kind mit 2 Mann im Polizeigriff und an den Haaren zerrend abzuführen. Die Aktionen laufen weiter.

–gekürzt nach einer Leserzuschrift–

Bundeswehreinsatz gegen Arbeiter

NOTSTANDSÜBUNG IN KASSEL

Die gedachte Ausgangslage: Arbeiter haben im süddeutschen Raum die Macht ergriffen und ein "Rotland" geschaffen. In anderen Teilen Deutschlands ("Blauland") kommt es zu Demonstrationen. Vergeblich bemüht sich die Polizei, eine Demonstration vor einer Kaserne aufzulösen. Daraufhin greifen bewaffnete Bundeswehrsoldaten ein.

"In Kassel haben offensichtlich organisierte Arbeitergruppen die Arbeit niedergelegt und hindern Arbeitskollegen an der Fortführung der Arbeit. Weder der Firmenleitung noch den Gewerkschaften gelingt es, die Wiederaufnahme der Produktion durchzusetzen."

Aus dem Manöver-Lagebericht: "Polizeikräfte haben in der vergangenen Nacht die Henschelwerke besetzt. Die Rädelsführer konnten festgenommen werden. Für den nächsten Tag werden mehrere Sabotageakte angekündigt. Die Regierung von Rotland drohte heute Morgen in einer nach Blauland ausgestrahlten Rundfunksendung, sie werde der unterdrückten Bevölkerung von Blauland notfalls mit Waffengewalt zu Hilfe kommen. Die Firmenleitung in Kassel wurde aufgefordert, die Betriebsführung in die Hände der Arbeiterräte zu legen.' " Daraufhin wird Bundeswehr gegen streikende Arbeiter und "Rote-Land"-Streitkräfte eingesetzt.

Man könnte meinen, es handle sich um Schilderungen aus dem Jahre 1920 während des Ruhraufstandes. Die obige Schilderung ist aber nur ein kurzer Bericht über eine Bundeswehrübung des Raketenbataillons 22 in Schwalmstadt bei Treysa. Übungszweck war laut Aussage des leitenden Offiziers W. von Schweven die "Überprüfung des Herstellens der Einsatzbereitschaft". "Um das Verständnis der übenden Truppe anzuregen, damit sie mitdenken kann", so der Oberleutnant, "wurde die Übung in ein politisches Szenarium gestellt." Darauf gibt es nur die Antwort, die ein Kamerad in der "Aktuellen Information" gab: "Ich bin doch nicht blöd und werde gegen meine eigenen Interessen kämpfen. Wenn ich schon schießen muß, dann weiß ich in diesem Fall schon, auf wen!!! Ich weiß, daß ich, bin ich erst einmal vom Barras draußen, den Lohn bekomme, den meine Kollegen sich draußen erkämpft haben. Ich weiß, daß ich morgen an ihrer Seite streiken muß, wenn ich nicht zusehen will, wie unsere Löhne aufgrund der Gewinnsteigerungen der Unternehmer ihre Kaufkraft verlieren."

Zwölf SPD-Landtagsabgeordnete protestierten gegen diese Übung und bezeichneten sie als "Affront gegen das Streikrecht", mit dem sich die Befürchtungen der Arbeiter gegen die Notstandsgesetze als vollauf berechtigt erwiesen hätten.

Auch wenn andere Manöver nicht so klar den Sinn und Zweck der Bundeswehr offenbaren, dienen sie dem gleichen: Unser Einsatz gegen unseresgleichen wird geprobt. Arbeiter in Uniform gegen Arbeiter.

Neuer Schieß-Erlass

POLIZEI HAT ARBEITER ZU BESPITZELN

Wie schon in den vorangegangen Streiks der letzten Zeit, so hat sich auch in dem Streik der Metallarbeiter zum Lohnrahmentarifvertrag in Nordwürttemberg/Nordbaden gezeigt, daß die Polizei immer unverhüllter die Bespitzelung von Arbeitern betreibt. Schon mit Beginn des Streiks bezogen Polizeibeamte in Zivil Beobachtungsposten, bespitzelten diskutierende Arbeiter mit Mikrofonen im Ärmel und versuchten unter fadenscheinigen Vorwänden, Listen der Betriebsangehörigen zu erhalten.

Diese Praxis wurde erst kürzlich in Baden-Württemberg durch einen Erlaß des Innenministers Schieß abgesichert (vgl. KVZ Nr.4). Nach einer Anweisung des Innenministeriums an die Polizeidienststellen des Landes vom 14.9.73 hat die Polizei "alle Erkenntnisse über Arbeitsniederlegungen, soweit sie die Polizei betreffen", aktenkundig zu machen und an das Innenministerium zu melden. Bei "wilden" Streiks sollen außerdem die sogenannten "Rädelsführer" sofort festgestellt und notfalls dingfest gemacht werden.

Die SPD reagiert auf die starken Proteste der Öffentlichkeit und sagt jetzt, der Erlaß sei Klassenkampf von oben. Aber der ehemalige SPD-Innenminister Krause hat eben jenen Erlaß, den der jetzige Innenminister Schieß neu aufgelegt hat, an die Polizei herausgegeben, Arbeiter bei Streiks zu bespitzeln. Daß in der Praxis die SPD der CDU keinesfalls nachsteht, wurde sehr anschaulich beim Ford-Streik in Nordrhein-Westfalen klargemacht, als die Polizei brutal gegen die streikenden Arbeiter vorging.

Tatsächlich handelt es sich bei diesem Erlaß auch nicht um den Vorstoß eines besonders reaktionären Ministers, sondern um die Konkretisierung der im ganzen Bundesgebiet geltenden "Vorschrift für den großen und den außergewöhnlichen Sicherheitsdienst", in der die Aufgaben der Polizei bei Streiks festgelegt sind und die von allen Parteien gutgeheißen wird. Darin heißt es unter anderem, daß die Polizei "durch frühzeitige Aufklärung und Erkundung... Ausmaß und Charakter von Arbeitskämpfen" festzustellen sowie "Notstandsarbeiter und Arbeitswillige... zu schützen" und "die Sicherheit der An- und Abfahrt zum Arbeitsplatz zu gewährleisten" habe.

Daß nun in Baden-Württemberg eine konkretere Anweisung zum Verhalten der Polizei bei Streiks durch Schieß herausgegeben wurde, erklärt sich daher, daß gerade in Baden-Württemberg die Streikbewegung stark angewachsen ist und die Arbeiterklasse sich dabei schon nicht mehr an die eingefahrenen "Spielregeln" bei Arbeitskämpfen gehalten hat.

Auf diesen Vorstoß von Schieß und den damit gegebenen erneuten Angriff und die Beschränkung der Koalitionsfreiheit und gewerkschaftlichen Betätigungsfreiheit durch den Einsatz der Polizei fiel dem baden-württembergischen Gewerkschaftsboss Steinkühler nicht mehr ein, als zu fordern, "ausschließlich deutlich durch Uniform erkennbare Polizei" bei Streiks einzusetzen.

LESERBRIEF

Kritik an Eidverweigerung

"In der KVZ Nr.5 wurde ein Bericht des Arbeitsausschusses kritischer Soldaten in Northeim veröffentlicht. Die Kameraden hatten dazu aufgerufen, das "feierliche Gelöbnis" zu verweigern, in dem sich jeder Soldat zum "treuen Dienen" und "tapferen Verteidigen" der Kapitalistenklasse und ihres Staates bekennt. Als Soldat im Panzerartilleriebataillon 15, Stadtoldendorf, habe ich an dieser Vereidigung teilgenommen. Ich glaube, daß es von den Kameraden falsch war, das Gelöbnis zu verweigern, daß sie damit unseren Kampf gegen den Militarismus nicht weitergebracht haben.

Der Tag der offenen Tür in Northeim war eine Propagandaveranstaltung der Militaristen. Sie versuchten durch Demonstration aller ihrer Waffen, mit Erbsensuppe, Blaskapelle, Panzerrundfahrten usw. die Bevölkerung und vor allem die Jugendlichen für die Bundeswehr zu begeistern. Den Abschluß dieser Show bildete das feierliche Gelöbnis von über 500 Soldaten aus verschiedenen Kasernen der Brigade. Die Herren Offiziere sprachen von der Verteidigung der "Freiheit", zu der es nötig sei, daß unsere demokratischen Rechte als Soldaten eingeschränkt werden. Wir sollten uns mit "Mannesstolz" bewußt zum Staat der Kapitalisten bekennen, damit wir uns "in der Stunde der Gefahr an unser Gelöbnis erinnern und es wirklich einlösen" könnten.

Wohl die wenigsten Soldaten haben an diesem Tag mit "Mannesstolz" oder mit Überzeugung ihr Gelöbnis gesprochen. Viele waren sich der Farce bewußt, die die ganze Veranstaltung darstellte. Was hätte es aber in ihrer Lage geändert, das Gelöbnis nicht zu sprechen, außer daß sie nach einem halben Jahr keinen höheren Sold bekommen hätten?

Indem die Kameraden des Arbeitsausschusses vorher das Gelöbnis verweigerten und deshalb den ganzen Tag auf ihren Stuben bleiben mußten, beraubten sie sich jeder Möglichkeit, der Propaganda der Militaristen entgegenzutreten. So konnten sie der Bevölkerung nicht ihre wirkliche Lage beim Bund aufzeigen, konnten sie nicht die Kameraden aus den anderen Kasernen ansprechen. Ich zum Beispiel wußte nicht einmal was von der Existenz einer Soldatengruppe in Northeim.

Gerade dieser Tag der offenen Tür wäre eine günstige Gelegenheit gewesen, unsere Forderungen nach freier politischer Betätigung in der Armee, nach Aufhebung unserer Entrechtung und nach einem einheitlichen ausreichenden Sold unter der Bevölkerung und unter den Kameraden zu verbreiten.

Die Verweigerung war ein rein demonstrativer Akt, der nicht einmal öffentlich stattfand und, was entscheidend ist, den Kameraden nicht die Perspektive des Kampfes gegen die Militaristen aufzeigt. Auf alle Fälle zeigt dieses Beispiel, wie notwendig es ist, daß wir Soldaten in den verschiedenen Kasernen zusammenarbeiten und gemeinsam diskutieren, wie wir den Kampf in der Armee am besten führen können."

(Name und Anschrift der Redaktion bekannt)

MEHR

DISZIPLINARSTRAFEN IN DER BUNDESWEHR

In den offiziellen Verlautbarungen des Bundesverteidigungsministeriums kann man in der letzten Zeit immer wieder lesen, daß die "Disziplin der Truppe" sich entscheidend gebessert habe. Dies behauptet auch der Wehrbeauftragte in seinem letzten Jahresbericht. Der für einen kleineren Kreis veröffentlichte Disziplinarbericht 1972 straft solche Behauptungen Lügen. 1972 wurden 107 532 Disziplinarmaßnahmen gegenüber 99 520 im Vorjahr verhängt. (Laut: "Verteidigungspolitische Informationen" Nr.163, 29.8.73) Das heißt: jeder dritte Wehrpflichtige wird disziplinarisch bestraft. Besonders stieg die Zahl der Delikte wie eigenmächtige Abwesenheit von der Truppe, Fahnenflucht und Urlaubsüberschreitungen.

Selbst wenn man berücksichtigt, daß die Bundeswehrführung im letzten Jahr die bestehenden Disziplinierungsmittel verschärft angewandt hat, dann zeigen diese Zahlen doch, daß immer mehr Soldaten sich der Disziplin der Armee nicht beugen. Die Disziplin der Bundeswehr kann sich auch gar nicht verbessern. Die Soldaten, die überwiegend aus der Arbeiterklasse und dem Volk kommen, haben kein Interesse daran, sich für diesen Staat als Kanonenfutter ausbilden zu lassen. Sie haben auch kein Interesse daran, in der Bundeswehr die Unterdrückung, den Drill und die Entrechtung stumm zu erdulden. Deshalb wird mit Disziplinarstrafen die Disziplin in der Bundeswehr nicht hergestellt werden.



Polizei gegen streikende Arbeiter

Drucker gegen Schieß-Erlass

Die folgende Resolution wurde auf der Mitgliederversammlung der IG Druck Heidelberg am 27.10. einstimmig verabschiedet:

"Am Samstag, den 6.10.73, machte Innenminister Schieß von Baden-Württemberg der Presse einen Erlaß bekannt, wonach die Polizei aufgefordert wird, in den Betrieben nach 'Rädelsführern' der Streiks der vergangenen Wochen zu suchen.

Begründet wurde diese Maßnahme mit der 'öffentlichen Ordnung'. Dieser Erlaß ist direkt gegen die freie gewerkschaftliche Betätigung am Arbeitsplatz gerichtet. Er reiht sich würdig ein in die Berufsverbote im öffentlichen Dienst, die durch den sogenannten Schieß-Erlaß im Januar dieses Jahres eine weitere Verschärfung erfahren haben.

Jeder Vertrauensmann, jeder Betriebsrat, jeder Jugendvertreter und überhaupt jeder Gewerkschafter wird unter diesen Bedingungen daran gehindert, seine Aufgaben konsequent wahrzunehmen. Das bedeutet einen Abbau der elementarsten Rechte der Arbeitnehmer.

Wir fordern deshalb:

Keine Bespitzelung von Gewerkschaftern!

Für freie gewerkschaftliche Betätigung am Arbeitsplatz!

Weg mit den Berufsverboten!"

Offiziere filzen Soldaten nach kkz

Bericht der Antimilitaristischen Gruppe Koblenz. Im September verteilte die "Antimilitaristische Gruppe Koblenz" (AGK) an die ca. 18 000 Soldaten des Standortes die "Koblenzer Kasernenzeitung" (kkz). In dieser Zeitung wurden die verschiedenen Maßnahmen der Offiziere zur Unterdrückung der Mannschaften ans Licht gebracht. So berichtete die kkz über einen Vorfall in der Deines-Bruchmüller-Kaserne. Dort wurden Rekruten, die total verdreckt und erschöpft von der Geländeausbildung in die Kaserne zurückkehrten, kurzerhand mit einem Wasserschlauch abgespritzt. "Zum Trocknen" mußten die Rekruten dann einige Runden um das Batterie-Gebäude laufen. Von der Fritsch-Kaserne berichtete die kkz von dem Neubau eines Unteroffiziersheimes. Für dieses Uffz.-Heim zahlte die Bundeswehr 100 000 DM. Mannschaftsdienstgrade, die von dem Uffz.-Heim nichts haben, mußten unentgeltlich beim Bau helfen. In der gleichen Zeit gab es aber in einer Einheit für die Belegschaft eines einzigen Stockwerkes nur ein einziges Waschbecken. In der gleichen Kaserne wurde ein neuer Kompaniechef eingeführt, der sich gleich mit einer Menge Audienzen mit dem Stahlhelm – auf Deutsch: Disziplinarmaßnahmen – aufspielte. Darüber und über einige andere Übergriffe der Offiziere berichtete die kkz.

Die Mannschaften nahmen die kkz mit Begeisterung auf. In den Kasernen wurde ausführlich über sie diskutiert. Die Offiziere waren von der kkz jedoch weniger begeistert. Sie reagierten mit Repressalien gegen die Soldaten und die kkz.

– In der **Fritsch-Kaserne** wurde auf Grundlage eines Kasernenbefehls die kkz hinter den Kasernentoren eingezogen. Dabei ging der Wachhabende und der "Offizier vom Wachdienst" (OvWa) rücksichtslos vor. Reisetaschen wurden ebenso gefilzt wie Privatautos. Wer die Zeitung nicht abgeben wollte, sollte namentlich festgehalten werden. Außerdem wurden einige Soldaten auf ihre Zugehörigkeit zur kkz verhört.

In der **Rhein-Kaserne** versuchte der OvWa die Verteiler einzuschüchtern. Er behauptete, es sei verboten, vor der Kaserne zu verteilen. Doch mit dieser Lüge hatte er keinen Erfolg. Hinter dem Kasernentor bildeten sich Gruppen der Soldaten, die die kkz diskutierten.

In der **Deines-Bruchmüller-Kaserne** schossen die Offiziere den Vogel ab. Auch hier versuchte der OvWa die kkz einzusammeln. Doch damit nicht genug. Die Offiziere alarmierten die Polizei, um die Verteiler zu verhaften. Doch diese ließen sich nicht einschüchtern, so daß die Polizisten erfolglos abziehen mußten. Kurz danach verließ ein Jeep die Kaserne, fuhr vor die Verteiler, blendete auf und die Insassen des Jeeps fotografierten die Verteiler und deren Auto.

Doch alle diese Maßnahmen waren ein Schuß nach hinten für die Offiziere. Die Soldaten werden die kkz in Zukunft nur noch eifriger lesen.

GdP fordert Streikrecht

Hamburg,25.10. Die Gewerkschaft der Polizei sprach sich auf ihrem Delegiertenkongreß dafür aus, daß bei einer Reform des öffentlichen Dienstrechts das Streikrecht für Beamte (auch für Polizeibeamte) nicht ausgenommen wird. Eine Kommission des Innenministers Genscher hat in einer Stellungnahme zur Reform des Dienstrechts im öffentlichen Dienst gefordert, alle Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu Beamten zu machen und das Streikrecht im öffentlichen Dienst zu liquidieren. Der wiedergewählte Vorsitzende und stellvertretender SPD-Fraktionsvorsitzender im nordrhein-westfälischen Landtag, W.Kuhlmann, erklärte, die Beamten seien bereit, für ihre Forderungen zu kämpfen.

HOHE GELDSTRAFEN FÜR AStA FREIBURG

Freiburg. Im August verbot das Verwaltungsgericht Freiburg dem Allgemeinen Studentenausschuß (AStA) unter Androhung einer Geldstrafe von 1 000 DM, "Erklärungen allgemeinpolitischen Inhalts abzugeben". Der AStA wurde daraufhin mit mehreren tausend DM Strafe belegt, als er die Studenten über den Ford-Streik informierte.

Am 30. Oktober rief der AStA zu einer Demonstration auf. 1 300 forderten ein uneingeschränktes Recht auf politische Stellungnahmen durch den AStA, die Beseitigung der einstweiligen Anordnung und freie politische Betätigung und Freiheit der Diskussion.

Ein neuer Sieg

GUINEA-BISSAU IN UNO-KOMMISSION AUFGENOMMEN

Am 24.September 1973 wurde von der nationalen Volksversammlung von Guinea-Bissau die Republik Guinea-Bissau proklamiert. Dies war ein bedeutender Erfolg auf diplomatischer Ebene zur Isolierung der portugiesischen Kolonialisten und ist ein weiterer Ansporn für die restlose Befreiung des Landes, besonders der Hauptstadt Bissau und der Kapverdischen Inseln.

Dieser neue Staat an der westafrikanischen Küste wurde inzwischen von über 60 Staaten anerkannt. Die Vereinten Nationen (UNO) haben am 22.10. auf ihrer Vollversammlung eine Resolution mit 88 gegen 7 Stimmen eingebracht, "Guinea-Bissau als unabhängigen Staat anzuerkennen und die Präsenz portugiesischer Truppen für illegal zu erklären". Dagegen stimmten die USA, Portugal, die Südafrikanische Republik, Spanien, Brasilien, Bolivien und Griechenland. Die BRD enthielt sich aus taktischen Gründen der Stimme, da sie die Verbindungen zu den Vertretern der neuen Regierung nicht abbrechen will und auch noch nicht offen gegen die portugiesischen Kolonialisten zum jetzigen Zeitpunkt auftreten will. Diese Resolution wurde vor einigen Tagen mit gleichen Stimmenverhältnissen angenommen.

Der politische Hauptausschuß der UNO-Vollversammlung hat weiterhin die Teilnahme der unabhängigen Republik Guinea-Bissau an der Seerechtskonferenz vorgeschlagen.

–B.K.–

Resolution für die Anerkennung Guinea Bissaus

Auf den zahlreichen Veranstaltungen des Kommunistischen Bundes Westdeutschland wurden jeweils Resolutionen verabschiedet. Der Text der Resolution auf der Mannheimer Veranstaltung lautet:

"Die hier Versammelten solidarisieren sich mit dem gerechten Kampf der afrikanischen Völker gegen Imperialismus und Kolonialismus und begrüßen die Gründung der Republik Guinea-Bissau. Wir sind zuversichtlich, daß es dem Volk von Guinea-Bissau gelingen wird, gestützt auf den bewaffneten Kampf und im Vertrauen auf die eigene Kraft, sein ganzes Land zu befreien, besonders die Hauptstadt Bissau und die Kapverdischen Inseln, und den vollen Sieg zu erringen. Die Unabhängigkeitserklärung und die Errichtung der Republik Guinea-Bissau ist ein entscheidender Schritt auf dem Weg zur völligen Befreiung des ganzen Landes und wird auch ein Ansporn für den bewaffneten Kampf der Völker in Angola und Mozambique sein.

Wir verurteilen den portugiesischen Kolonialismus, der mit Hilfe der imperialistischen Mächte das portugiesische Volk ausbeutet und unterdrückt, und gegen die afrikanischen Völker von Guinea (B), Mozambique und Angola in den kolonialistischen Krieg hetzt.

Weiterhin verurteilen die Anwesenden schärfstens die militärische, politische, wirtschaftliche und kulturelle Unterstützung des portugiesischen Kolonialismus durch die Bundesrepublik und die SPD/FDP-Regierung. Unsere Forderungen in der gegenwärtigen Etappe des Kampfes lauten daher:

- *Bedingungslose, unverzügliche Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!*
- *Sofortige Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für das Faschistenregime in Lissabon durch die BRD-Regierung!"*

DIE UNSCHULDIGEN POLIZISTEN SÜDAFRIKAS

Mit dem Freispruch der Polizei v jeder Schuld endete am 25.10.73 die Gerichtsverhandlung über die Erschießungen von Carletonville in der Südafrikanischen Republik. Am 12.9. wurden in einer Mine von Carletonville bei einem Streik für höhere Löhne 12 schwarze Bergleute von der Polizei erschossen. Die Bergarbeiter waren von Polizeifahrzeugen eingekreist worden, aus denen heraus die Polizei das Feuer eröffnete (vgl. KVZ Nr.3, S.16).

Breite Solidarität mit Guinea - Bissau

SOLIDARITÄTSVERANSTALTUNGEN DES KOMMUNISTISCHEN BUNDES WESTDEUTSCHLAND

Der Kommunistische Bund Westdeutschland hat in den letzten beiden Wochen eine Veranstaltungsreihe zum Befreiungskampf in Guinea-Bissau durchgeführt. Das Volk von Guinea-Bissau hat unter Führung der PAIGC nach mehr als zehnjährigem bewaffneten Kampf seine Unabhängigkeit von Portugal erklärt und die Republik Guinea-Bissau gegründet. Die Veranstaltungsreihe diente dazu, die westdeutsche Arbeiterklasse und das westdeutsche Volk über den Befreiungskampf in Guinea-Bissau zu informieren, die Solidarität mit diesem Kampf zu festigen und eine Bewegung einzuleiten und zu organisieren unter folgenden Losungen:

Bedingungslose, unverzügliche Anerkennung der Republik Guinea-Bissau durch die Bundesregierung!

Einstellung aller militärischen, wirtschaftlichen und politischen Unterstützung für das Faschistenregime in Lissabon durch die Bundesregierung!

Parallel zu der Veranstaltungsreihe wurde eine Unterschriftensammlung für diese Losungen durchgeführt, die auch jetzt fortgesetzt wird. An den Veranstaltungen nahmen Vertreter der PAIGC als Referenten teil.

Nachdem schon im September in Heidelberg und Freiburg Veranstaltungen stattgefunden hatten, fanden zwischen dem 22.10. und dem 2.11. jetzt Veranstaltungen in folgenden Städten statt:

22.10. in Bremen: Weil kein anderer Raum gemietet werden konnte, fand die Veranstaltung in der Universität statt. Anwesend waren ungefähr 300 deutsche und portugiesische Arbeiter, Lehrlinge und Studenten. Im Anschluß an das Referat des Vertreters der PAIGC fand eine lebhafte Diskussion statt, an der sich auch portugiesische Arbeiter beteiligten. Eine Solidaritätssammlung ergab 517,– DM.

23.10. in Dortmund: An der Veranstaltung der neugegründeten Ortsaufbaugruppe nahmen ungefähr 90 Menschen teil, die nach dem Referat des PAIGC-Vertreters eine gute Debatte führten. Gesammelt wurden 340,- DM.

24.10. in Köln: Die Ortsgruppe hatte die Mühlheimer Stadthalle gemietet und die Veranstaltung gut vorbereitet. Anwesend waren zwischen 300 und 350 Menschen, die dem Vertreter der PAIGC viele Fragen stellten. Eine Solidaritätssammlung wurde durchgeführt.

25.10. in Frankfurt: Die Veranstaltung fand in der Universität statt. Anwesend waren zwischen 350 und 400 Menschen, meist Studenten und Schüler. Die Versammlung war sehr lebhaft. Die Vertreter der PAIGC wurden schon zu Beginn mit rhythmischem Klatschen begrüßt. Auch hier wurden viele Fragen gestellt. Gesammelt wurden ca. 450,- DM.

26.10. in Mannheim: Die Veranstaltung fand in einem großen Saal eines Gasthauses statt. Unter den rund 350 Anwesenden waren viele junge Arbeiter, die sich an der anschließenden Diskussion beteiligten. Es wurden 850,- DM gesammelt.

Zum gleichen Zeitpunkt führte die neugegründete Ortsaufbaugruppe **Wiesbaden** eine Veranstaltung durch. Obwohl an dieser Veranstaltung kein Vertreter der PAIGC teilnehmen konnte, waren über 300 Menschen erschienen. Mitglieder der Ortsaufbaugruppe hielten Beiträge, ein kurzer Film wurde gezeigt. Zum Zeitpunkt der Veranstaltung hatten die Wiesbadener Genossen schon 1 700 Unterschriften gesammelt.

29.10. in Osnabrück: Anwesend waren ca. 120 Menschen, darunter auch portugiesische Arbeiter. Nach dem Referat des Vertreters der PAIGC fand eine Diskussion statt. Die portugiesischen Arbeiter solidarisierten sich mit dem Kampf des Volkes von Guinea-Bissau. Weil kein anderer Raum besorgt werden konnte, fand die Veranstaltung der Ortsgruppe in der Pädagogischen Hochschule statt. Gesammelt wurden 320,- DM.

30.10. in Hamburg: Die Veranstaltung der neugegründeten Ortsgruppe fand in einem Gasthaussaal in der Innenstadt statt. Anwesend waren rund 350 Menschen, darunter afrikanische Studenten. Obwohl die Veranstaltung nicht sehr gut vorbereitet war, wurde die Veranstaltung selbst ein Erfolg. Gesammelt wurden 510,- DM.

31.10. in Berlin: Die mit dem KBW befreundete Kommunistische Gruppe/Initiative und die Kommunistische Hochschulgruppe Westberlin führten ihre Veranstaltung in einem großen Hörsaal der Technischen Universität durch. An dieser Veranstaltung nahmen rund 600 Menschen teil, die der bis kurz vor 12 Uhr andauernden Diskussion aufmerksam folgten. Als Vertreter der PAIGC waren auf dieser Veranstaltung zwei Genossen anwesend. Gesammelt wurden rund 900,- DM.

Am 1.11. fand eine Veranstaltung in **Wolfsburg** statt, an der über 200 Menschen teilnahmen, vor allem Lehrlinge und Schüler. Es wurden 320,- DM gesammelt. Am 2.11. fand eine Veranstaltung in **Göttingen** statt, über die noch kein Bericht vorliegt. Schon heute läßt sich sagen, daß diese Veranstaltungsreihe ein großer Erfolg gewesen ist und wesentlich dazu beigetragen hat, die Kenntnisse über den Befreiungskampf des Volkes von Guinea-Bissau zu verbreitern und die Solidarität mit diesem Kampf zu stärken. Es kommt nun darauf an, die Unterschriftensammlung zu einem erfolgreichen Abschluß zu führen. Diese Unterschriftensammlung ist vor allem auch als Hebel der politischen Aufklärung in der persönlichen Umgebung am Arbeitsplatz usw. zu benützen. Durch Resolutionen in gewerkschaftlichen Gremien, Universitätsveranstaltungen, Schulklassen usw. kann zu einer weiteren Verbreitung der Bewegung für die Anerkennung der unabhängigen Republik Guinea-Bissau und der Einstellung jeglicher Unterstützung des portugiesischen Kolonialregimes beigetragen werden. Sowie wir einen Überblick über den Stand der Unterschriftensammlung haben, werden wir darüber berichten.

Durch die Zusammenarbeit bei der Durchführung der Veranstaltungsreihe haben sich freundschaftliche Beziehungen zwischen der PAIGC und dem KBW weiter gefestigt. Diese Beziehungen sind ein gutes Beispiel für die fruchtbare Zusammenarbeit zwischen antiimperialistischen Befreiungsorganisationen und marxistisch-leninistischen Organisationen, die der Kampfeinheit des internationalen Proletariats und der unterdrückten Völker dient.

Die DKP und die Solidarität mit Chile

KAMPF ZWEIER LINIEN IN DER SOLIDARITÄTSBEWEGUNG

"Aus Chile lernen" – das ist eine wichtige Aufgabe aller Kommunisten und fortschrittlichen Menschen. Schon immer waren Siege und Niederlagen des Proletariats ein Anlaß für die internationale Arbeiterbewegung, daraus Lehren für die eigene Politik zu ziehen. Die gründliche Analyse der Situation, die zum Sieg oder zur Niederlage des Proletariats geführt hat, muß dabei geleistet werden. Wird diese Analyse aus Angst vor der Wahrheit nicht geleistet, geraten die Lehren bestenfalls zu Plattheiten, im Normalfall allerdings zur plumpen und bequemen Rechtfertigung der eigenen Politik und zur Rattenfängerei.

"Chile zeigt, der Feind steht rechts!" Auf diese Formel bringt derzeit die DKP ihren Lernprozeß. Die DKP, die vor dem Putsch immer die "Einheit" der Unidad Popular und ihr Konzept des friedlichen Übergangs pries und als leuchtendes Vorbild für ihre eigene Politik propagierte, kümmert sich heute nicht darum, daß diese Politik in Chile ein blutiges Debakel erfahren hat. Hans Schneider, Vorsitzender der DKP Südbayern, sah die bisherige Politik der DKP vielmehr bestätigt: "Jawohl, man muß endlich lernen, daß Sozialdemokraten, Kommunisten und andere Demokraten einheitlich handeln."

Ist es aber nicht so, daß wir aus Chile lernen können, daß diese "Einheit" niemals die revolutionäre Einheit des Proletariats darstellen kann, sondern eine reformistische Einheit, die das Proletariat ideologisch verwirrt und spaltet?

REVOLUTIONÄRE EINHEIT DER ARBEITERKLASSE UND REFORMISMUS IN CHILE

Die Unidad Popular-Führung mußte in Chile die Massen mobilisieren, sie mußte die mobilisierten Volksmassen als Druckmittel benutzen, um der Bourgeoisie Zugeständnisse abzutrotzen. Es mußte ihr aber, bei Strafe ihres Unterganges, gelingen, die mobilisierten Volksmassen an ihre reformistische Ideologie zu binden und somit an den bürgerlichen Staatsapparat zu ketten.

Beispielhaft aber hat sich in Chile gezeigt, daß der Reformismus eine dem Proletariat fremde Ideologie ist. Das in Bewegung geratene Proletariat streifte die reformistischen Illusionen ab und begann, sich eigene Machtorgane zu schaffen. Es begann einzusehen, daß sich die bürgerlichen Gesetze nicht gegen die Bourgeoisie verwenden ließen, sondern daß sie der Bourgeoisie nutzten, die mit ihnen die Überfälle auf Fabriken und Wohnviertel rechtfertigte. Das Proletariat und die Bauern begannen auf ihre eigene Kraft zu vertrauen. In den Basisorganisationen, den Bauernräten, den Industriekordonen und den Gemeindekommandos, gaben sie sich Gesetze, die ihnen nutzen. Sie stellten revolutionäre Forderungen auf und setzten sie, nicht selten gegen den Willen der UP-Führung, durch. Im Herbst 1972 gegründet und von der revisionistischen KP Chiles als "fiebriges Produkt von Hitzköpfen" verhöhnt, verbreiteten sie sich sehr schnell über das ganze Land. Sie einigten die Arbeiterklasse quer durch alle Parteien hinter revolutionären Forderungen und stellten eine Machtalternative zum bürgerlichen Staat dar.

Kennzeichnend für diese Basisorganisationen ist es, daß ihre Einheit nicht nur im Kampf gegen die Bourgeoisie entstand, sondern auch im Kampf gegen den Reformismus der UP-Führung. Ein im Januar 1973 von der KP vorgelegtes Projekt des Wirtschaftsministers Millas sah die Rückgabe eines großen Teils der verstaatlichten und besetzten Betriebe vor. Die Arbeiterklasse sah, daß dies auf die Versöhnung mit der Bourgeoisie hinauslief und begann, erbittert dagegen zu kämpfen. In der Kampfplattform, die sich die Industriekordone von Santiago im Februar 1973 gaben, wird unter Punkt 5 gefordert: "Sofortiges Zurückziehen des Millas-Projektes". In einem anderen Fall forderten die Arbeiter und Bauern von Constitucion den Rücktritt der von der UP-Führung eingesetzten Gouverneurin, weil diese nicht in der Lage war, die dringendsten Probleme zu lösen. Als die Gouverneurin nicht zurücktrat, besetzten die Arbeiter und Bauern zwei Tage lang die Stadt und nahmen die gesamte Leitung in ihre Hände. Erst dann wurde die Gouverneurin von der UP-Führung abberufen.

Was zeigen diese Beispiele? Sie zeigen, daß die "Einheit" der Unidad Popular nicht die revolutionäre Einheit der Arbeiterklasse war, sondern die Einheit derer, denen die revolutionäre Einheit nicht ins reformistische Konzept paßte, die die revolutionäre Einheit nicht wollten und deswegen nicht herstellen konnten. Gewiß, das reformistische Konzept ließ der Entwicklung der Arbeiterbewegung breiten Raum; in dem Maß jedoch, in dem die Arbeiter und Bauern diesen Raum zur Formation der Kräfte nutzten, traten von Seiten der UP-Führung Spaltungsmanöver auf die Tagesordnung. Die revisionistische KP Chiles, die die Politik der UP wesentlich bestimmte, mußte im Frühjahr 1973 zwar ihre verleumderische Haltung gegenüber den Basisorganisationen ändern und ihr Vorhandensein auf Grund ihrer Stärke akzeptieren. Sie versuchte jedoch, ihnen die Selbständigkeit zu nehmen und sie zu Anhängseln des bürgerlichen Staats zu machen: Die Basisorganisationen sollten ihrer Meinung nach die "starren" Teile des UP-Staates "beweglicher machen", um in typisch reformistischer Manier den bürgerlichen Staat zu effektivieren. Mit diesem Manöver trugen die Revisionisten sehr viel von ihrem schädlichen reformistischen Gedankengut in die Arbeiterklasse. Sie warfen die Massenbewegung, die gerade erst begonnen hatte, sich von den Reformillusionen zu lösen, zurück, verwirrten und spalteten sie

DIE LEHREN DER DKP SIND FALSCH UND GEFÄHRLICH

So wird klar, warum die DKP bei ihren schrillen Lobeshymnen auf die KP Chiles die Massenbewegung für die Volksmacht – so wurden die Basisorganisationen in Chile genannt – entweder schlicht unterschlägt oder frech die Geschicht fälscht; so behauptete ein Vertreter der DKP jüngst auf einer Veranstaltung in Heidelberg, die KP Chiles sei von Anfang an beim Aufbau der "Volksmacht" beteiligt gewesen. Deshalb werden auch in ihren Publikationen die Basisorganisationen beschrieben – wenn überhaupt – als wären sie der verlängerte Arm der UP-Regierung gewesen. Sie tun dies, weil die reale Entwicklung in Chile, die Massenbewegung für die Diktatur des Proletariats nicht in ihr Konzept paßt, weil sich in Chile eine revolutionäre Alternative zu ihrer bürgerlichen Strategie der "Einheit von Sozialdemokraten, Kommunisten und anderen Demokraten" herausgebildet hat, die revolutionäre Einheit des Proletariats. Weil sie als Revisionisten wissen, daß diese revolutionäre Einheit des Proletariats große Anziehungskraft auf die Massen ausübt, tun sie alles, um die Massen hinters Licht zu führen. Mit ihren Parolen "Solidarität mit der Unidad Popular" oder "Für die Wiederherstellung der Demokratie in Chile" versuchte die DKP von der realen Situation vor dem Putsch abzulenken und Solidarität für eine reformistische Regierung oder gar für die bürgerliche Demokratie zu wecken, nicht jedoch für die Kämpfe des Volkes um die Macht. Und so konnten dann auch große Teile der SPD diese Parolen übernehmen, während der bürgerliche Charakter der DKP immer offener zu Tage tritt. Die Lehren, die die DKP aus Chile zieht, entpuppen sich als die alten abgedroschenen Phrasen.

Wir müssen die Kämpfe der chilenischen Arbeiterklasse und des ganzen chilenischen Volkes im Bewußtsein der westdeutschen Arbeiterklasse verankern. Wir müssen aufzeigen, daß der Imperialismus zu allen Verbrechen bereit ist; wir müssen aber auch aufzeigen, daß der Imperialismus besiegt werden kann. Das können wir nur, wenn wir die politische und ideologische Loslösung der westdeutschen Arbeiterklasse und aller werktätigen Schichten von der Bourgeoisie vorantreiben.

–P.F.–

Solidarität mit dem Freiheitskampf des chilenischen Volkes

FILMVERANSTALTUNGEN DES KBW

Zusammen mit seinen Massenorganisationen veranstaltete der Kommunistische Bund Westdeutschland in mehreren Städten der BRD Vorführungen des Filmes "Wenn das Volk erwacht!". Der Film handelt vom Kampf der chilenischen Arbeiterklasse gegen Ausbeutung und Unterdrückung unter der Volksfrontregierung. Der Film zeigt sehr gut, wie sich der politische Klassengegensatz zwischen Arbeiterklasse und armen Bauern auf der einen Seite und Großgrundbesitzern und Bourgeoisie auf der anderen Seite immer schärfer entwickelte. Er zeigt aber auch, wie die Volksfrontregierung diese Entwicklung zu bremsen versuchte, und wie sich die Arbeiterklasse von den Positionen der Volksfrontregierung zu lösen begann, um vorwärtszuschreiten zur Errichtung der bewaffneten Volksmacht und zum Aufbau des Sozialismus. In dem Dokumentarfilm drückt dies einer der befragten Arbeiter so aus: *"Wir Arbeiter sind diejenigen, die alles herstellen. Die Bourgeoisie hat sich noch nie für unsere Bedürfnisse interessiert. Aber wir brauchen die Bourgeoisie nicht, um zu leben. Wir sind imstande, alles allein zu machen, aber nach den Gesetzen des Volkes. Wir müssen unsere eigenen Gesetze machen, Gesetze, die wirklich dem Volk dienen. 160 Jahre lang standen wir unter dem Joch des Kapitalismus. Dieses Land ist immer von der Bourgeoisie regiert worden. Wozu brauchen wir Kapitalisten, wenn wir diejenigen sind, die die Straßen bauen, die Häuser, die Installationen, die Abwässerkanäle. Der Kapitalismus hat uns nie genützt. Er hat uns nur ausgebeutet. Ich glaube nicht, daß wir den Sozialismus auf friedlichem Wege erreichen oder mit der Position der jetzigen Regierung den Sozialismus erreichen können. Kein Land auf dieser Welt hat den Sozialismus auf friedlichem Wege erreicht."*

Diese Aussage stammt von Ende 1972, also etliche Monate vor dem Militärputsch. Sie zeigt, daß die chilenische Arbeiterklasse sich niemals mit der Herrschaft des Kapitalismus und der blutigen Diktatur des Militärs abfinden wird. Sie zeigt, daß die Arbeiter schon vor dem Putsch begonnen haben, ihre Lehren aus den Fehlern der Volksfrontregierung zu ziehen.

Der Film wurde mit gutem Erfolg in Heidelberg, Freiburg, Hamburg, Hannover, Köln und Frankfurt aufgeführt. Wir werden versuchen, den Film für weitere Veranstaltungen auszuleihen zu können. Der Film wird vom Verleih Freunde der deutschen Kinematik e.V., 1 Berlin 30, Welserstr.25, verliehen. Er hat einen englischen Text und für die spanischen Dialoge englische Untertitel.

Der KBW besitzt eine deutsche Übersetzung des englischen Textes und der englischen Untertitel, die er gerne Gruppen zur Verfügung stellt, die den Film vorführen wollen.

Der Film steht dem KBW zwischen dem 4. und 14.Dezember aufs Neue zur Verfügung.

DRUCKERKOLLEGEN ORGANISIEREN SPENDENAKTION

Hamburg. Die Kollegen einiger Abteilungen der Firma Auerdruck (Hamburger Morgenpost) bewiesen, daß sie sich mit dem gerechten Kampf des chilenischen Volkes verbunden fühlen. Sie drückten ihre Solidarität durch eine Geldsammlung aus, die ca. 300 DM einbrachte. Diese Kampagne entstand durch die Initiative klassenbewußter Kollegen, nachdem sich die Gewerkschaftsführung geweigert hatte, Sammelaktionen zu unterstützen. Deutlich zeigte die Reaktion des 1. Vorsitzenden des Ortsvereins der IG Druck in Hamburg, Wolf, welche Einstellung die sozialdemokratischen Gewerkschaftsbosse zu der Widerstandsbewegung in Chile haben: Auf der 43. Delegiertenversammlung des Ortsvereins Hamburg antwortete er auf den Antrag, eine Sammlung unter der Parole "Ein Stundenlohn für Chile" durchzuführen, mit einer Zwecklüge, die den Kollegen weismachen sollte, daß Sammlungen nach der Satzung verboten seien. Die Reaktion der Kollegen bei Auer war die selbständige Organisierung einer Spendenaktion.

Die Solidaritätsbekundungen machten auch nicht vor den Kollegen anderer Betriebe Halt. Auf der 44. Delegiertenversammlung des Drupa-Ortsvereins Hamburg sammelten sie über 300 DM. Ein Beweis internationaler Solidarität.

FREI RAUS AUS HAMBURG!

Die CDU hat Eduardo Frei, den Führer der chilenischen Christdemokraten (PDC) zu ihrem Parteitag eingeladen, der am 18.11. in Hamburg anfängt. Dazu noch die Führung der christdemokratischen Parteien aller anderen lateinamerikanischen Länder, in denen meisten von ihnen herrscht der nackte Terror, ebenso wie heute in Chile, und überall stehen die christdemokratischen Parteien auf der Seite der herrschenden Gewalt! Eduardo Frei gehört zum engsten Freundeskreis von Chiles Militärjunta. 1964–1970 war er Präsident in Chile, als Vorgänger Allendes.

Dreimal in seiner Amtszeit hat dieser üble Reaktionär Militär gegen streikende Arbeiter, Frauen und Kinder eingesetzt und Massaker unter ihnen veranstaltet: 1966, 1967 und 1969. Die CDU hat zusammen mit dem CIA und "Brot für die Welt" Frei den Wahlkampf finanziert und ihr Präsidiumsmitglied Heck hat vor kurzem der Junta sein "volles Verständnis" für ihr Terrorregime bekundet.

Freis Besuch in Hamburg ist eine Provokation und Herausforderung für alle fortschrittlichen Menschen, die auf der Seite des chilenischen Volkes stehen und seinen Kampf unterstützen. Deswegen hat die Ortsgruppe Hamburg des KBW zur Demonstration am **17.11., Sa. 11 Uhr, DGB-Haus** aufgerufen.

Frei raus aus Hamburg!

Nieder mit der Kumpanei der CDU mit Frei und der chilenischen Militärjunta!

Schluß mit der Unterstützung der Militärjunta durch die Bundesregierung!

Schluß mit Mord und Folterungen!

Sofortige Freilassung aller chilenischen Freiheitskämpfer!

Nieder mit dem Putsch-Regime! Für die bewaffnete Volksmacht!

Neue US-Basen im Pazifik

Nach den Niederlagen der USA in Indochina, dem wachsenden Protest der Völker in ganz Südostasien gegen die imperialistische Besetzung, die vom japanischen Volk erzwungene Rückgabe der Insel Okinawa an Japan und immer nachdrücklichere Forderung nach Auflösung der US-Stützpunkte auf den Philippinen sucht der US-Imperialismus nach neuen, sichereren Stützpunkten.

Dabei ist er auf pazifische Inseln verfallen, die ihm nach oft jahrhundertelanger Besetzung durch spanische oder japanische Kolonialherren von der UNO als Treuhandgebiete in Verwaltung übergeben wurden.

Die USA will sie nun einfach zu Bundesstaaten der USA erklären und sich dadurch sichere Brückenpfeiler für den Angriff gegen die Völker Südostasiens und Ostasiens verschaffen. Bei der Verkündung der Nixon-Doktrin 1970 auf der Insel Guam tönte Nixon schon, "wir sind eine pazifische Macht".

Als erstes sollen die Marianen an der Reihe sein. 14 Inseln mit einer Fläche von 474 qkm im Stillen Ozean. Guam und Tinian gehören dazu. Guam ist derzeit der größte Luftflottenstützpunkt; die B-52 flogen von hier einen Großteil ihrer Einsätze gegen Vietnam. Auf Tinian, das schon während des 2.Weltkrieges eine der strategisch wichtigsten amerikanischen Basen im Pazifik war und von wo die Bomber aufstiegen, die die Atombomben auf Hiroshima und Nagasaki warfen, soll von 1975-1982 eine neue Militärbasis errichtet werden.

Über ihrem derzeitigen Einkommen, aber weit unter dem US-amerikanischen Lohnniveau liegende Löhne sollen die Einwohner der Inseln für das Projekt und als billige Arbeitskräfte gewinnen.

Nach den Marianen sollen die Marshall-Inseln und die Karolinen, gleichfalls Inselgruppen im Westpazifik, geschluckt werden.

Belgien

ENTLASSUNGEN NACH STREIK

Brüssel. Im Walzwerk des Cockerill-Stahlkonzerns wurden 7 gewerkschaftliche Vertreter der Belegschaft entlassen als sogenannte Streikführer. Sie waren zuvor mit 17 weiteren gewählten Vertretern der Belegschaft aus der Metallgewerkschaft ausgeschlossen worden. Unter dem Druck der Kollegen hatten sie die Besetzung des Betriebes organisiert als Kampfmittel gegen eine Vereinbarung über die Zahlung eines "Inflationsausgleichs" in Höhe von knapp 2 % des Lohns. Mit den Entlassenen haben sich spontan die Belegschaften vieler belgischer Betriebe solidarisiert und ebenfalls kurzfristig die Betriebe besetzt. Inzwischen wurde den Kollegen eine Entschädigung gezahlt, die Vollversammlung des Walzwerks beschloß auch, vorläufig die Arbeit wieder aufzunehmen.

Die Forderung nach Wiedereinstellung wurde nicht durchgesetzt.

Wahlen in Portugal

BEVÖLKERUNG BOYKOTTIERTE DIE WAHL

Am 28.10. fanden "Wahlen" in Portugal und seinen Kolonien statt, die als "Überseeprovinzen" gelten und somit auch portugiesisches Territorium darstellen sollen.

Offiziell wurde von der Regierung bekanntgegeben, daß 70 % der eingetragenen Wähler in Portugal selbst an der Wahl teilgenommen hätten. Ministerpräsident Caetano erklärte, nun das benötigte Vertrauensvotum gegenüber dem Ausland und seinen Gegnern innerhalb der Regierung bekommen zu haben.

Von den insgesamt möglichen 4 Millionen Wählern des "Mutterlandes" standen infolge des schwierigen Einschreibeverfahrens aber nur 2,1 Millionen, also 52,2 % auf der Wählerliste. Rund 1,3 Millionen Analphabeten, fast 25 % der über 21-jährigen, und ungefähr 70 000 Entmündigte, Arme oder "sozial Unwürdige" waren von vornherein ausgeschlossen.

In dem wichtigsten Industriebezirk Setubal südlich Lissabon waren ohnehin nur 26,2 % eingetragen. Davon hat sich nur noch die Hälfte überhaupt an der Wahl beteiligt. Auch in Lissabon, wo nur 41,2 % eingetragen waren, lag die Beteiligung nur bei rund 50 %.

Obwohl die Regierung den Kandidaten der Opposition die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte auf 5 Jahre und die lebenslängliche Verweigerung des passiven Wahlrechts angedroht hat, entschloß sich die Opposition trotzdem zum Boykott der Wahlen. Offiziell darf die Opposition in Portugal sowieso nur in dem vierwöchigen Wahlkampf ihr Programm erläutern, ansonsten muß sie ihren Kampf in der Illegalität führen.

Die rassistische Politik des Caetano-Regimes zeigte sich exemplarisch in der Kolonie Mozambique. Dort waren von den 8,4 Millionen Einwohnern 1,95 % (rund 150 000) in den Wählerlisten eingetragen. Die Beteiligung selber betrug dann 1,66 %. Bezogen auf die Gesamtbevölkerung sind dies 130 000.

Australien

MASSENSTREIK

Anfang Oktober fand in Australien ein Massenstreik statt, in dem die Arbeiter ihrer Forderung nach höheren Löhnen, Einführung der 35-Stunden-Woche und gleicher Bezahlung für Männer und Frauen Nachdruck verliehen. Die Kapitalisten haben bislang 10 000 Kollegen entlassen. Weiteren 50 000 wurde mit der Entlassung gedroht.

Polizei erfolglos gegen KVZ-Verkäufer

HILDESHEIM: POLIZEI VERSUCHTE DREIMAL, KVZ-VERKAUF ZU VERBIETEN

Massiver Polizeieinsatz sollte am 27.10. in der Hildesheimer Innenstadt den Verkauf der KVZ verhindern. Die Verkäufer hatten gerade mit dem Verkauf begonnen, da zeigte sich der erste Streifenwagen. Die Polizisten erklärten den KVZ-Verkäufern, diese würden verbotene und nicht genehmigte Tätigkeiten ausführen. Sie würden Zeitungen verkaufen, für die kein Gewerbeschein vorzuweisen sei. Die KVZ wird jedoch nicht mit Profit hergestellt, benötigt also keinerlei Gewerbeschein.

Doch die Verkäufer erkannten sofort, daß es hier nicht um formelle Fehlleistungen ging, sondern daß der Arm des Gesetzes versuchen wollte, die Kommunisten an der Verbreitung ihrer Weltanschauung zu hindern. Die Bourgeoisie fürchtet, daß in Hildesheim, einer Stadt, in der bislang die Bevölkerung von den bürgerlichen Parteien am Zügel gehalten werden konnte, die proletarischen Anschauungen der KVZ dankbar aufgenommen und verstanden werden.

Die Verkäufer bestanden daher auf ihrem Recht nach freier Meinungsäußerung und verkauften weiter. Der Polizei blieben nur noch die Argumente des Staates. Sie drängelten und stießen die Verkäufer. Als diese jedoch begannen, laut zur Bevölkerung zu sprechen, versammelten sich sehr schnell mehr als 500 Menschen, die fast alle ihren Zorn gegen die Meinungsunterdrücker zum Ausdruck brachten. Man hörte immer wieder: "Ich bin zwar kein Kommunist, aber was die Polizei hier treibt, das geht zu weit!" Unter diesem Druck der Bevölkerung mußte die Polizei den Rückzug organisieren.

Die folgenden Diskussionen in kleinen Gruppen machten immer wieder deutlich, daß dieser Polizeieingriff Teilen der Bevölkerung gezeigt hatte, auf wessen Seite alles Recht und alle Macht konzentriert ist, um dem Ansturm des westdeutschen Volkes gewachsen zu sein.

Die Polizei steckte jedoch nach dem ersten Rückzug nicht auf. Mit zwei Wagen Verstärkung tauchte sie erneut auf, riß den Verkäufern die Zeitungen aus der Hand. Die Polizisten tobten, fauchten und machten sich erneut in der Bevölkerung unbeliebt. Sie mußten das zweite Mal den Rückzug antreten. Nach diesen zwei gescheiterten Aktionen wollten die ängstlich gewordenen Polizisten endlich zum Erfolg und zur Auflösung der immer mehr zunehmenden Menschenmasse vorstoßen. Sie wollten einen der Verkäufer abführen, wodurch sie sich eine Auflösung der Versammlung erhofften.

Die Kollegen, die mit dem Verkäufer diskutiert hatten, stellten sich sofort schützend vor den Verkäufer. Als die Polizisten gefragt wurden, wo denn das Diskutieren verboten sei und die Antwort eines Polizisten auf die "freiheitlich-demokratische Grundordnung" verwies, die ihm das Recht zubillige, einzuschreiten, wenn die öffentliche Ordnung gefährdet sei, erntete er großes Gelächter von allen Seiten. In dieser jämmerlichen Situation konnte der Schutzmann nur noch die Worte stammeln: "Ich kann meinen Auftrag nicht ausführen." Worauf die Polizei das dritte Mal den Rückzug antreten mußte. Hunderte von Menschen diskutierten dann noch bis in den Nachmittag hinein.

Allen ist an diesem Tag eines deutlicher geworden: Der Verkauf der Kommunistischen Volkszeitung läßt sich nicht unterdrücken oder verbieten. Jede brutale Aktion gegen die Kommunistische Volkszeitung durch die Polizei macht nur deutlich, wie recht die Kommunisten haben, wenn sie sagen: Dieser Staat, diese Polizei und Armee, das sind die Waffen der Kapitalisten gegen den Aufschwung des Volkskampfes in Westdeutschland. –J.M., Hildesheim–

Aus der Organisation

Wiesbaden. In den KBW aufgenommen und als Ortsaufbaugruppe organisiert wurden die Mitglieder der KG/I Wiesbaden und des KB/AG Wiesbaden. Die Aufnahme wurde von Delegierten beider Organisationen einstimmig beantragt, die Auflösung der bisherigen Organisationen einstimmig beschlossen.

Die Ortsaufbaugruppe Wiesbaden ist nach Zellen gegliedert, die im Bereich der Metall-,Druck und Chemieindustrie, im Bereich von Handel, Banken und Versicherungen sowie im öffentlichen Dienst arbeiten.

Der Aufnahme vorangegangen war eine längere Zeit der engen Zusammenarbeit mit dem ZK des KBW. Bei der Aufnahme lag ein Rechenschaftsbericht über die bisherige Arbeit sowie ein Plan für die nächsten Aufgaben der Ortsaufbaugruppe vor, der die Billigung der Delegierten fand. Die jetzige Ortsaufbaugruppe hat bisher 500 KVZ's verkaufen können und hat vor, den Verkauf in nächster Zeit auf 800 zu steigern.

SPENDENLISTE VOM 21.10. – 3.11.

A.Sch., Heidelberg	500,00 DM	Ch.M., Frankfurt	50,00 DM
H.L.K., Greven/Münster	40,00 DM	A/ML, Neuss	300,00 DM
S.W., Greven/Münster	35,00 DM	W.R., Gießen	150,00 DM
Polibula Frankfurt		U.B., Marburg	17,50 DM
Buchladensammlung	730,00 DM	Buchladen Wiesloch	
KHG Freiburg	510,00 DM	Spendensammlung	71,76 DM

kommunistische volkszeitung

HERAUSGEBER:
Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW)

Für die REDAKTION verantwortlich:
Willfried Maier

Erscheint im Verlag:
Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29
Telefon: 0621 / 37 92 21

DRUCK:
CARO-Druck
69 Heidelberg, Lutherstr. 44a

Die Kommunistische Volkszeitung erscheint regelmäßig 14-tägig mittwochs, Auflage: 35 000

Zuschriften an die Redaktion der KVZ
68 Mannheim
Sandhofer Straße 29

JAHRESABONNEMENT:
24 Nummern incl. Porto 18,00 DM
FÖRDERABONNEMENT:
24 Nummern 20,00 DM und mehr
Abonnement-Einzelbestellungen auf Konto
Ernst Ehlert
Volksbank Mannheim, KtoNr. 57 34 18

Die Zeitung wurde am Sonntag, 4.11.1973, fertiggestellt.

Antwort auf Leserbriefe zum Krieg im Nahen Osten

ANTWORT AUF DIE VIER WICHTIGSTEN FRAGEN ZUR POLITISCHEN EINSCHÄTZUNG DES NAHOSTKRIEGES

Zu einigen Problemen der internationalen Politik haben wir in den letzten beiden Wochen zahlreiche Stellungnahmen und Anfragen erhalten. Im folgenden drucken wir die Briefe oder entsprechende Auszüge aus Briefen ab, die sich mit dem Krieg im Nahen Osten auseinandersetzen. Dann gehen wir zusammenfassend auf die wichtigsten Punkte ein. In der nächsten KVZ in 14 Tagen werden wir Briefe zur Außenpolitik der Volksrepublik China veröffentlichen und zusammenfassend beantworten.

Wir wollen die Gelegenheit benutzen, hier klarzustellen, wie wir grundsätzlich mit Briefen verfahren. Als Prinzip gilt: Jeder Brief, jede Stellungnahme, jede Anfrage und jede Kritik wird beantwortet. Dies geschieht teilweise durch Briefe der Redaktion, des Ständigen Ausschusses des Zentralen Komitees oder der Autoren der betreffenden Artikel, teils durch vollständigen oder auszugsweisen Ab druck in der KVZ und Beantwortung in weiteren Artikeln. Lediglich solche Briefe, die aus verständlichen Gründen ohne Absender an uns geschickt werden und gleichzeitig in der KVZ nicht abgedruckt und behandelt werden können, können von uns nicht beantwortet werden. Aber auch diese Briefe sind uns hilfreich bei der Arbeit für die Zeitung, weil sie oft Anregungen und Informationen enthalten.

Briefe zum Krieg im Nahen Osten und zu dem Artikel "Der Krieg gegen die israelischen Besatzer ist gerecht" von J.N./B.B. in KVZ Nr.4, 10. Okt. 1973:

"Der Hauptkritikpunkt liegt nicht beim Inhalt, sondern wir kritisieren vielmehr, **daß der Artikel nicht am Bewußtsein der Massen ansetzt, wie es für jede kommunistische Zeitung unumgänglich ist.** *Diese Kritik wird schon in der Überschrift sehr deutlich. Um am Bewußtsein der Massen anzuknüpfen, muß man zuerst den Mythos "von dem kleinen Land Israel, das schon soviel zu leiden hatte"*

el, das schon soviel zu leiden hatte"

Der Staat Israel ist am 14.5.1948 als Brückenkopf und Aufmarschgebiet von den imperialistischen Ländern gegründet worden.
1948/1949: die Staatsgründung provoziert den israelisch-arabischen Krieg. Die UNO nimmt Israel auf.
Mai 1950: Großbritannien, Frankreich und die USA erklären sich für die Sicherheit und Stabilität des Nahen Ostens verantwortlich.
Juli 1956: Die USA und Großbritannien ziehen die Unterstützung für den Bau des Assuan-Staudammes in Ägypten zurück. Nasser verstaatlicht den Suez-Kanal. Im Oktober erfolgt ein neuer israelischer Aggressionskrieg gegen Ägypten, der von der englischen und französischen Luftwaffe und Luftlandetruppen unterstützt wird. Israel besetzt den Gaza-Streifen und den größten Teil der Sinai-Halbinsel. Auf Druck der UdSSR müssen Israel, Großbritannien und Frankreich ihre Truppen zurückziehen, Truppen der Vereinten Nationen werden auf der Sinai-Halbinsel stationiert.
April-Mai 1967: Kommandounternehmen Israels gegen Syrien.
Am 5.Juni erfolgt der israelische Präventivschlag gegen Ägypten, Jordanien und Syrien, der den 6-Tage-Krieg einleitet.

zerschlagen. Ebenso fehlen die Terroranschläge einiger sich anarchistisch gebärdender palästinensischer Befreiungsorganisationen, welche immer wieder in der bürgerlichen Presse gegen den gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes mißbraucht werden. Auch die Rolle der F.P.D.L.P. (Demokratische Volksfront zur Befreiung Palästinas) wird nicht erwähnt. Um den Massen verständlich machen zu können, warum es sich bei dem Gerede vom "armen Land Israel" nur um einen Mythos handelt, und warum die **anarchistischen Terroranschläge nichts mit dem gerechten Befreiungskampf des palästinensischen Volkes gemein haben,** *muß man die geschichtliche Situation des Staates Israel näher beleuchten und daran aufzeigen, daß der Staat Israel mit seiner expansiven Politik das palästinensische Volk brutal unterdrückt oder vertrieben hat. Hierauf aufbauend fehlt eine klare Darstellung des ökonomischen Hintergrunds, auf dem die imperialistische Politik Israels fußt. Diese imperialistische Politik, eingehüllt in die zionistische Ideologie von der Rückgewinnung des Landes von Salomon, gilt es zu entlarven. Der Komplott des US-Imperialismus mit der sozialimperialistischen SU wird nicht ausreichend behandelt. So bleibt auch die Tatsache unerwähnt, daß die SU einerseits Waffen nach Ägypten und Syrien liefert, andererseits aber Tausende von Menschen nach Israel auswandern läßt."*

Seesener Sympathisanten Gruppe zum KBW

"Der Artikel stellt überhaupt nicht die Frage: **Was bedeutet der Nahostkrieg für Westdeutschland und für die westdeutschen Kommunisten?** *Die Situation in Westdeutschland ist doch die, daß der größte Teil der Bevölkerung sich unschlüssig ist, auf welche Seite sie sich stellen soll, ja daß sogar sehr viele Israel in seinen imperialistischen Bestrebungen unterstützen, dieses aufgrund eines Schuldgefühls bezüglich der Judenverfolgung im 3. Reich.*
Dieses Schuldgefühl wird von der Bundesregierung ausgenutzt, um sich im Nahostkrieg auf die Seite Israels zu stellen. Es geht also darum, Aufklärungsarbeit, also Propaganda zu leisten, um der Bevölkerung aufzuzeigen, daß der Krieg der arabischen Völker gerecht ist, und zu entlarven, welche schmutzige Rolle die Bundesregierung dabei einnimmt, welche ökonomischen und politischen Interessen für sie als Imperialisten dahinterstecken."

G.K., Bremen

Paderborner Genossen schreiben in einem Brief vom 24.10.:
"Zum Artikel 'Der Krieg gegen die ...", Nr.4, wurde kritisiert, daß **hier ein klarer Hinweis auf die Tatsache, daß auf beiden Seiten der Front Proletarier sich die Köpfe einschlagen müssen,** *fehlt. Auch wurden die* **Widersprüche zwischen den arabischen Staaten** *nicht herausgearbeitet; ebenso* **unklar die Rolle der Befreiungsfront.** *(Dies ist jedoch in der Nr.5, wenn auch nicht als Hauptthema, geschehen. Dazu noch später.) Weiterhin habt ihr es* **unterlassen, eine Erläuterung zu den vier Kartenausschnitten zu geben;** *zwar war den meisten Leuten klar, daß hier nur der imperialistische Charakter der Israelis aufgezeigt werden sollte,* **aber das berechtigte Verlangen nach einem historischen Abriß blieb weiter bestehen."**

Die Genossin S.B. aus der Verteilerzelle Hanomag, Bremen, schreibt:
"Unklar ist unsere Haltung zum Nahostkrieg. Beim Verkauf wurde uns die Frage gestellt, ob es, wenn man unserer Logik folgt, nicht berechtigt gewesen wäre, nach dem Krieg einen Krieg um die deutschen Ostgebiete zu führen, bzw. warum wir heute nicht dafür eintreten. Wir haben uns zwar schon einige Gedanken dazu ge macht, aber wir konnten das Problem nicht befriedigend lösen und solche Fragen beantworten."

Die Ortsleitung Mannheim kritisiert:
"Es wird nicht entwickelt, daß der Krieg gerecht ist, der Kampf des palästinensischen Volkes nur in einem Nebensatz erwähnt.
Vor allem wird der Artikel nicht in der richtigen Weise konsequent zugespitzt und verallgemeinert, nämlich auf den Kampf der beiden Supermächte um ihre Einflußsphären. Das ist nur ansatzweise drangeklatscht. Inzwischen ist das sogar schon Kern der bürgerlichen Berichterstattung."

Ein Genosse aus Hamm schreibt:
"In der Ortsgruppe wurde der Artikel über die Kämpfe im Nahen Osten in der Nr.4 kritisiert. Nach unserer Meinung geht der Artikel zu wenig auf die Situation des kämpfenden palästinensischen Volkes ein. Er hebt den gerechten Kampf der Befreiungsbewegung nicht in der nötigen Weise hervor. Auch ist der geschichtlichen Entwicklung des Konflikts nicht der nötige Stellenwert beigemessen worden. Bei den Diskussionen in den Betrieben und in den anderen Bereichen unserer Arbeit wurde von vielen immer wieder **das Argument vom 'kleinen Israel'** *gebracht, das sich gegen seine großen Angreifer wehren muß. Auch auf diesen Aspekt ging der Artikel nicht ein. Auf die Rolle des BRD-Imperialismus ist er auch nicht genügend eingegangen!*
Wir hoffen, daß in den nächsten Artikeln diese Kritikpunkte berücksichtigt werden."

Die Kommunistische Arbeiter- und Jugendgruppe Oehringen kritisiert:
"In der KVZ Nr.4 wurde zum neuerlichen Nahostkrieg die Titelüberschrift gewählt 'Der Krieg gegen die israelischen Besatzer ist gerecht'. Wir meinen, daß das Wort 'gerecht' in diesem Zusammenhang mißverständlich ist, **weil damit der Eindruck entstehen kann, als wenn wir Kommunisten den Krieg der arabischen Bourgeoisie unterstützen würden.** *Die Kommunisten unterstützen aber den nationalen Befreiungskampf des palästinensischen Volkes, das sowohl den Kampf gegen die Zionisten als auch gegen die arabische Bourgeoisie führen muß. Aus diesem Grund kann man die Überschrift nur als mißverständlich bezeichnen, weil sich mit einem Sieg der arabischen Bourgeoisie das Los der Palästinenser nicht einen Deut verbessern wird."*

Ein Leser schreibt:
"Die Darstellung der Situation im Nahen Osten bleibt nach meiner Meinung auf halbem Wege stehen. Es genügt nicht, die Ziele der palästinensischen Befreiungsbewegung und der anderen revolutionären arabischen Kräfte **neben** *den Zielen der arabischen Revolution darzustellen, ohne die* **Widersprüchlichkeit** *zwischen den revolutionären Kräften und der arabischen Bourgeoisie zu* **analysieren.** *Dies erscheint mir deshalb wichtig, um die Voraussetzungen und Konsequenzen dieses antiimperialistischen Bündnisses kennenzulernen und zu verstehen. Die Erklärung, daß 'jede Schwächung des Staates Israel... eine Stärkung des Befreiungskampfes des palästinensischen und aller arabischen Völker (bedeutet)' und 'einen Aufschwung der arabischen nationalen Befreiungsbewegung mit sich bringen' würde, erscheint mir, aufgrund der fehlenden Analyse der Widersprüche, als zu dünn. Die Schlußfolgerung des Artikels, daß* **deshalb** *die Truppen des palästinensischen Widerstands gemeinsam mit den syrischen und ägyptischen Truppen gegen Israel vorgehen, ist somit, meiner Auffassung nach, nicht ausreichend begründet.*
Zu alledem noch ein weiterer Kritikpunkt: Meiner Meinung nach wurde bisher die Schilderung der Verhältnisse im Nahen Osten in der KVZ stark vernachlässigt. So stand in der Nr.1 nichts über die Lage im Nahen Osten. Nr.2 und Nr.3 beschränkten sich auf Berichte über ein Flüchtlingslager im Libanon sowie über eine Trauerfeier und einen Generalstreik im Libanon. Über die **allgemeine** *Situation dagegen war bisher nichts zu erfahren."*

Die Leserin E.R. schreibt:
"Mit meinem Verständnis vom dialektischen Materialismus läßt sich nicht vereinbaren die These von der Zerschlagung des Staates Israel, denn es ist eine Illusion in Anbetracht der bestehenden Situation (durch welche Annexion diese Situation auch immer entstanden ist).
Ich fände es richtig, das Kampfziel zu beschränken auf die Wiedergewinnung der 1967 besetzten Gebiete. Die Zerschlagung des gesamten zionistischen Staates könnte weder die – von chauvinistischer Demagogie befangenen – Israelis ausrotten, noch den Nahen Osten vom US-Imperialismus befreien (– die 'guten' Beziehungen zwischen den USA und den arabischen Staaten werden ja schon vorbereitet). Und schließlich entwickeln sich die Klassenkämpfe im Innern besser, wenn die Reaktion keine Möglichkeit hat, das Volk nach außen hin abzulenken."

All diese Anfragen, Kritiken und Stellungnahmen beziehen sich auf folgende zentralen Punkte:
– Ist der Krieg Ägyptens, Syriens und der anderen arabischen Staaten gegen den israelischen Staat gerecht?
– Wie verhalten sich die Ziele der palästinensischen Befreiungsbewegung zu den Zielen der kriegführenden arabischen Regimes?
– Welche Rolle spielen die imperialistischen Supermächte im Nahen Osten?
– Welche besonderen Probleme stellen sich den westdeutschen Kommunisten bei der Propagierung der gerechten Sache der palästinensischen Befreiungsbewegung und der arabischen Völker?

IST DER KRIEG ÄGYPTENS, SYRIENS UND DER ANDEREN ARABISCHEN STAATEN GEGEN DEN ISRAELISCHEN STAAT GERECHT?

Wenn wir untersuchen, ob ein Krieg gerecht ist, dann müssen wir zuerst untersuchen, wer den Krieg führt! Handelt es sich um einen imperialistischen Staat, handelt es sich um eine unterdrückende Nation oder um eine unterdrückte Nation, welche Klasse herrscht? Der Krieg ist die Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln. Wir müssen also fragen, welche Politik die kriegführenden Seiten betreiben; ist diese Politik vom Streben nach Vormacht, Expansion und Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Staaten bestimmt oder ist sie auf die Verteidigung der Unabhängigkeit und der territorialen Integrität des eigenen Staates ausgerichtet?

Israel ist ein Kolonialstaat vom Schlage Rhodesiens und Südafrikas, ein Brückenkopf des US-Imperialismus, die Israelis sind von Anbeginn eine Kolonialisten- und Eroberernation gewesen, die sich mit Hilfe von blutiger Unterdrückung und Vertreibung der einheimischen Araber ihren Staat errichtet hat. Die Politik des Staates Israel war von vornherein auf die Vorherrschaft im Nahen Osten ausgerichtet, diente der Expansion, verletzte ständig die Unabhängigkeit anderer Staaten und ihre territoriale Integrität und schreckte vor keiner Einmischung in die inneren Angelegenheiten anderer Länder zurück. Die arabischen Völker und die arabischen Staaten waren immer die Opfer dieser Politik. Der neue Krieg im Nahen Osten ist von Seiten Israels dem Wesen nach ein Aggressionskrieg und ist ungerecht; von Seiten Ägyptens und Syriens und der sie unterstützenden arabischen Staaten ist dieser Krieg seinem Wesen nach ein Verteidigungskrieg und gerecht.

Der Versuch der Rückeroberung der von den Israelis besetzten Gebiete ist gerecht und kann nicht mit entsprechenden Bestrebungen des westdeutschen Imperialismus verglichen werden. Der westdeutsche Imperialismus ist auf Eroberung, Expansion und Unterdrückung aus. Ägypten und Syrien wehren sich gegen Eroberung, Expansion und Unterdrückung. Das ist ein wesentlicher Unterschied und diesen Unterschied müssen wir in unserer Massenarbeit herausarbeiten.

Die gerechte Sache der arabischen Völker in ihrem Kampf gegen die israelischen Aggressoren wird in den Augen vieler Menschen dadurch verdeckt, daß die gerechte Sache gegenwärtig von bürgerlichen und halbfeudalen Regimes vertreten wird. Das bürgerliche und halbfeudale Wesen dieser Regimes tritt aber gerade auch darin zutage, daß sie die gerechte Sache der arabischen Völker schlecht vertreten. Nicht daß sie gegen die israelischen Aggressoren Krieg führen, ist den arabischen Regimes vorzuwerfen, sondern daß sie diesen gerechten Krieg schlecht führen. In dem Maße, wie die arabischen Völker diese unbestreitbare Tatsache erkennen, werden sie im Kampf gegen die israelischen Aggressoren solche inneren Verhältnisse herstellen, die einen Sieg über den israelischen Erobererstaat zulassen.

WIE VERHALTEN SICH DIE ZIELE DER PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNG ZU DEN ZIELEN DER KRIEGFÜHRENDEN ARABISCHEN STAATEN?

Die Palästinenser sind von den Israelis entweder vertrieben worden oder sofern sie im Land bleiben konnten in den rechtlosen Zustand einer Kolonialbevölkerung verwandelt worden. Ziel der palästinensischen Befreiungsbewegung kann es nur sein, den israelischen Kolonialstaat zu zerschlagen und die israelischen Kolonialisten politisch und militärisch zu besiegen, um auf den Trümmern des israelischen Staates einen neudemokratischen Staat zu errichten, in dem Araber und Juden gleichberechtigt miteinander leben. Der Kampf der palästinensischen Befreiungsbewegung richtet sich in seinem Ziel nicht gegen das jüdische Volk, sondern gegen die in Israel herrschende Bourgeoisie. Solange aber das jüdische Volk im Tross dieser Bourgeoisie die Kolonialpolitik der israelischen Bourgeoisie trägt und sich von der israelischen Bourgeoisie zur Aggression, zur Unterdrückung und zur Vertreibung der Palästinenser mißbrauchen läßt, können die Palästinenser im Kampf für ihre gerechten Ziele nicht davor zurückschrecken, den militärischen Kampf auch gegen die Angehörigen des jüdischen Volkes zu führen, um gleichzeitig alles daranzusetzen, dieses Volk von der Ungerechtigkeit der Ziele des zionistischen Staates zu überzeugen, von der herrschenden Bourgeoisie abzuspalten. Die Lage stellt sich für die Palästinenser im Wesen nicht anders dar als für die Völker der von den Nazis besetzten Länder des zweiten Weltkriegs, die schließlich ebenfalls nicht deshalb auf den Kampf gegen die Aggressoren und Besatzer verzichten konnten, weil die Besatzungstruppen aus Arbeitern, Bauern und anderen Teilen des deutschen Volkes bestanden, die durch den Faschismus für die Expansionsinteressen der deutschen Bourgeoisie mißbraucht wurden.

Bevor die Palästinenser dem israelischen Kolonial- und Erobererstaat nicht schwere Schläge versetzt haben, wird auch die **politische** Klassendifferenzierung unter den Juden selber nicht vorankommen und werden die jüdischen Arbeiter und Bauern sich zunächst als Kolonialisten verstehen und ihren vermeintlichen Interessen als Kolonialisten ihre wirklichen Interessen als Arbeiter und Bauern unterordnen. Deshalb nützt der bewaffnete Kampf der Palästinenser auch der Entfaltung des Klassenkampfes unter den Juden und schadet ihr nicht. Wie ist nun das Verhältnis zwischen den Zielen der palästinensischen Befreiungsbewegung und den Zielen der kriegsführenden arabischen Staaten?
Diese Ziele sind verschieden und stehen in einem Widerspruch. Die Ziele der palästinensischen Befreiungsbewegung, Zerschlagung des israelischen Staates und Errichtung eines neudemokratischen Staates, sind revolutionär und können nur mit revolutionären Mitteln, dem langandauernden und bewaffneten Volkskampf, erreicht werden. Die Ziele der arabischen Staaten in ihrem Kampf gegen die israelische Aggression sind nicht revolutionär und auch die Mittel, mit denen sie durch diese Staaten angestrebt werden, sind nicht revolutionär: mit Hilfe einer bürgerlichen Diplomatie und einer bürgerlichen Kriegsführung versuchen die arabischen Staaten ihre verlorenen Gebiete zurückzugewinnen, wobei sie jederzeit bereit sind, dafür den Preis der Garantierung des israelischen Staates zu bezahlen und die Rechte der Palästinenser zu verschachern. Aber obwohl die Ziele und die Kampfmittel der palästinensischen Befreiungsbewegung und der kriegführenden arabischen Staaten verschieden sind, herrscht zwischen der palästinensischen Befreiungsbewegung und den kriegführenden arabischen Staaten auch Übereinstimmung: soweit nämlich die arabischen Staaten den Kampf gegen die israelische Aggression tatsächlich, wenn auch mit bürgerlichen Methoden, führen und damit zur Schwächung des israelischen Staates beitragen. Diese Über-

einstimmung ist begrenzt und vorübergehend, wie sich immer dann zeigt, wenn die arabischen Staaten bereit sind, zugunsten ihrer Gebietsansprüche die Palästinenser über die Klinge springen zu lassen, so bei der Zustimmung zu der UNO-Resolution von 1967, die den israelischen Kolonialistenstaat garantiert, und so beim jetzigen Waffenstillstandsabkommen, das die UNO-Resolution von 1967 bestätigt und in dem die arabischen Staaten zum ersten Mal in einem offiziellen Dokument den israelischen Kolonialstaat anerkennen.

Die Palästinenser tragen, indem sie sich diesen Vereinbarungen nicht unterwerfen und ihren für die arabischen Völker schädlichen Charakter entlarven, dazu bei, daß sich in den arabischen Völkern zunehmend die Einsicht in den aggressiven Charakter des israelischen Staates mit der Einsicht in das verräterische Wesen der in den arabischen Staaten herrschenden bürgerlichen und halbfeudalen Regimes verbindet.

WELCHE ROLLE SPIELEN DIE IMPERIALISTISCHEN SUPERMÄCHTE IM NAHEN OSTEN?

Die Gemeinsamkeit der Politik der beiden Supermächte besteht darin, daß sie im Interesse der Errichtung ihrer Vorherrschaft im Nahen Osten alles daran setzen, eine selbständige Politik der arabischen Völker zu verhindern. Da die Speerspitze des Kampfes der arabischen Völker gegen Zionismus und Imperialismus die palästinensische Befreiungsbewegung ist, richtet sich die Politik der beiden Supermächte in erster Linie gegen die palästinensische Befreiungsbewegung und das palästinensische Volk. Die USA zeigen dies offen, die SU zeigt dies weniger offen; die USA liefern die Waffen für die israelischen Aggressoren und Unterdrücker, die SU liefert die Menschen, die diese Waffen tragen. Beide Supermächte streben im Nahen Osten eine Situation von weder Krieg noch Frieden an, in der sie hoffen, die arabischen Völker mittels Druck auf die in den arabischen Staaten herrschenden Regimes maximal in politischer, ökonomischer und militärischer Abhängigkeit halten zu können. Längst hat die SU überhaupt gar kein Interesse mehr daran, daß der israelische Brückenkopf des US-Imperialismus zerschlagen wird, weil sie sich von der Drohung, die von diesem Brückenkopf ausgeht, einen größeren Einfluß auf die arabischen Regimes verspricht.

In verschiedener Weise stützen sich also beide imperialistischen Supermächte auf den israelischen Aggressor, um ihren Einfluß im Nahen Osten zu erhalten und auszudehnen und die arabischen Völker in ihrem antiimperialistischen Kampf zu hemmen. Die beiden Supermächte sind deshalb auch die Garantiemächte der dort herrschenden Regime, solange diese nach ihrer Pfeife tanzen. Zur Verteidigung dieser Regime scheuen sie auch vor keinem Zusammenspiel zurück, wie etwa bei der Erhaltung des reaktionären Hussein-Regimes in Jordanien während der Auseinandersetzungen zwischen diesem Regime und der palästinensischen Befreiungsbewegung: Die USA drohten damals im Herbst 1971 eine militärische Intervention an und die SU setzte die Syrische Regierung unter Druck, um ihre bedingte Unterstützung der Palästinenser zu bremsen. Dennoch ist es falsch, nur das Zusammenspiel der beiden Supermächte in ihrem Kampf gegen jede selbständige und revolutionäre Politik der arabischen Völker und vor allem des palästinensischen Volkes zu sehen und nicht gleichzeitig die absolute Gegnerschaft zwischen den beiden Supermächten in ihrem Kampf um die Weltherrschaft und um die Vorherrschaft im Nahen Osten. Diese absolute Gegnerschaft tritt jeweils dann hervor, wenn eine der beiden Supermächte hofft, das Kräfteverhältnis zu ihren Gunsten verändern zu können und die andere zur offenen Kriegsdrohung greift, um dies zu verhindern. Nirgendwo zeigt sich die Lüge der Entspannungspolitik der beiden Supermächte so offen wie im Nahen Osten, wo sie die arabischen Völker in einem Zustand von weder Krieg noch Frieden zu halten versuchen und diesen Zustand aufrechterhalten mit der Drohung der direkten Intervention und dem Spiel mit dem Weltkrieg. Unter diesen Bedingungen müssen die Völker der Welt und die internationale Arbeiterklasse erkennen, daß die Bedingung für einen Frieden im Nahen Osten allein in einer selbständigen antiimperialistischen Politik der arabischen Völker liegt, die in einem langandauernden Kampf den israelischen Aggressor schlagen und ihre Unabhängigkeit gegenüber den beiden imperialistischen Supermächten erkämpfen müssen. Diesen Weg werden die arabischen Völker entsprechend dem Beispiel der palästinensischen Befreiungsbewegung einschlagen. Die chinesische Außenpolitik ist darauf abgestellt, indem sie die Interventionen der beiden Supermächte schonungslos entlarvt, den arabischen Völkern diesen Weg zu erleichtern. Darin unterscheidet sich die chinesische Außenpolitik grundsätzlich von der Politik der beiden Supermächte und aller imperialistischen Staaten.

WELCHE BESONDEREN SCHWIERIGKEITEN STELLEN SICH BEI DER PROPAGIERUNG DER GERECHTEN SACHE DER PALÄSTINENSISCHEN BEFREIUNGSBEWEGUNG UND DER ARABISCHEN VÖLKER?

Auf diese Schwierigkeiten gehen viele Briefe ein und kritisieren den Artikel in KVZ Nr.4, weil er diesen Schwierigkeiten nicht gerecht würde. Aber in manchen Briefen wird vor diesen Schwierigkeiten kapituliert, insofern die Unterschiede zwischen den beiden kriegführenden Seiten verwischt werden oder die Existenzberechtigung des israelischen Staates anerkannt wird. Das halten wir für ein Nachgeben gegenüber den Schwierigkeiten, die sowohl bei der Untersuchung der Lage im Nahen Osten auftreten als auch bei der Aufklärung dieser Wahrheiten. Zweifellos sind diese Schwierigkeiten sehr groß. Sie haben ihre Ursache nicht nur in der gerechten Abscheu gegenüber der Verfolgung und Vernichtung der Juden durch die Faschisten. In einem imperialistischen Land aber wie der BRD erkennen die Arbeiterklasse und das Volk nur schwer den für unsere Epoche wesentlichen Gegensatz zwischen unterdrückenden und unterdrückten Nationen. Erst langsam machen sie diesen Gegensatz zu einer der Grundlagen ihrer politischen Anschauungen, indem sie sich grundsätzlich auf die Seite der unterdrückten Nationen stellen. Ohne diesen wesentlichen Gegensatz zu erkennen, kann man aber kein richtiges Verständnis der Weltlage gewinnen und muß in jeder einzelnen Frage zu falschen Auffassungen kommen.

Es ist klar, daß diese Erkenntnis in unterdrückten Nationen wesentlich leichter Fuß faßt als in unterdrückenden Nationen. Daß sie aber auch bei der Arbeiterklasse und bei den Volksmassen in Westdeutschland Verbreitung findet, zeigt sich nicht nur darin, daß heute viele Menschen die Verbrechen der offenen Kolonialregimes verurteilen und die Verbrechen des US-Imperialismus in Indochina erkennen, das zeigt sich auch in der sehr unterschiedlichen Reaktion auf den 7-Tage-Krieg von 1967 und auf den neuen Krieg im Nahen Osten. Die letzten 6 Jahre Aggressions- und Unterdrückungspolitik des israelischen Staates haben die Menschen in Westdeutschland stutzig gemacht. Auch die beharrliche Aufklärung der Kommunisten und fortschrittlicher Komitees, die sich auf die Seite des Befreiungskampfes des palästinensischen Volkes stellen, hat sicher einige Erfolge erzielt.
Auch wenn dies in Westdeutschland noch nicht völlig deutlich geworden ist, so zeigt sich doch in der großen Isolation des israelischen Kolonialstaates unter den Völkern der Welt, daß auch in diesem Fall gilt: Eine gerechte Sache kann eine große Unterstützung finden, eine ungerechte Sache aber wird ihre Verfechter unweigerlich in die Isolation führen. Daß sich diese Tendenz auch in Westdeutschland durchsetzt – dazu beizutragen ist die Pflicht aller fortschrittlichen Menschen. Dabei darf man weder an falsche Auffassungen Zugeständnisse machen, noch darf man schon Klarheit voraussetzen. Deshalb war die Überschrift über dem Artikel "Der Krieg gegen die israelischen Besatzer ist gerecht!" völlig richtig, aber deshalb ist auch jene Kritik berechtigt, die uns auf die unzureichende Begründung dieser Überschrift hinweist und uns zu größeren Anstrengungen in der Aufklärung über die Sache des palästinensischen Volkes und aller arabischen Völker anspornt.

–J.S.–

Nahost-Waffenstillstand: Geschäft der Supermächte

TÄUSCHUNG U. ERPRESSUNG DER ARABISCHEN VÖLKER DURCH DIE SUPERMÄCHTE ZU IHREM UND ZUM VORTEIL DER ISRAELISCHEN BESATZER

Der Waffenstillstand im Nahen Osten läßt deutlicher denn je die wahren Interessen der beiden Supermächte und die imperialistische Handlangerrolle des expansionistischen Kolonialstaats Israel erkennen. Die Supermächte setzten einen Waffenstillstand durch, der den Zustand von "weder Krieg noch Frieden" wiederherstellt und zugleich die Expansion des Staates Israel begünstigt.

DIE DURCHSETZUNG DES WAFFENSTILLSTANDS WAR EIN ERPRESSUNGS- UND TÄUSCHUNGSMANÖVER IM INTERESSE DER SUPERMÄCHTE UND DER ISRAELISCHEN BESATZER

Wie war die militärische Situation vor dem ersten Waffenstillstandsappell am 22.10.?
In Syrien war die israelische Offensive gestoppt. Die israelische Armee wäre einem langandauernden Stellungskrieg in Syrien nicht gewachsen gewesen, das schreiben übereinstimmend alle westlichen Militärbeobachter und besonders auch die erklärten Freunde der israelischen Expansion. Nicht in der Fortdauer des Krieges, sondern nur durch einen Waffenstillstand waren die vorgeschobenen israelischen Positionen in Syrien zu halten. Noch kurz vor der Durchsetzung des Waffenstillstands konnte die israelische Armee den Berg Hermon wieder besetzen, eine strategische Stellung, die – nur durch den Waffenstillstand gehalten und ausgebaut – ihr nun als weiteres Faustpfand in den Verhandlungen dient.
Überhaupt wurde der Waffenstillstand in einer Weise von den Supermächten durchgesetzt, die gekoppelt war mit einer letzten israelischen Offensive, so daß die Durchsetzung des Waffenstillstands von den Israelis als Deckung und Täuschungsmanöver für die Eroberung entscheidender Vorteile benutzt werden konnte. Am deutlichsten wird dies an der Suez-Front.

Hier hatte die israelische Armee ein Kommandounternehmen hinter die ägyptischen Linien unternommen, das unter Bedingungen der Fortführung des Krieges niemals als Stellung hinter den Linien hätte gehalten werden können. Die Israelis konnten das Risiko der Ausdehnung dieser Position hinter den ägyptischen Linien überhaupt nur eingehen unter der Bedingung eines bevorstehenden Waffenstillstandes. In einem langandauernden Krieg wäre diese Stellung, die sie nun auf Grund des erzwungenen Waffenstillstandes halten und ausbauen können, gerade der Punkt gewesen, an dem selbst ein militärisch geschwächtes Ägypten den israelischen Besatzern eine empfindliche Niederlage hätte bereiten können. Aber nicht nur das: Die entscheidende Einschließung der 3. ägyptischen Armee wurde von den Israelis vorgenommen, nachdem sowohl die israelische Regierung als auch die ägyptische dem Waffenstillstandsappell zugestimmt hatten und Ägypten mit einer weiteren Offensive nicht rechnen konnte. Die Supermächte haben dieses verbrecherische Piratenstück abgedeckt, ja sie haben sich nicht gescheut, eine weltweite Mobilisierung ihrer Truppen zu inszenieren, um dies zu verbergen und zugleich die arabischen Völker einzuschüchtern und ihre Regierungen zu erpressen. Nicht verbergen aber läßt sich, daß Israel bisher nicht gezwungen wurde, diese ergaunerte Position aufzugeben.

DIE SUPERMÄCHTE BENUTZEN DIE UNO FÜR IHRE ZWEIERGESCHÄFTE

Die Supermächte gingen sogar noch einen Schritt weiter und verhinderten gemeinsam, daß dieser Bruch des Waffenstillstandes durch Israel in der UNO untersucht wird. Dies müssen sie, damit nicht ans Licht kommt, daß sie selbst diesen Coup mitinszeniert haben.
In der UNO setzten die beiden Supermächte die Abstimmung über die Waffenstillstandsbedingungen durch, ehe überhaupt den Mitgliedern des Weltsicherheitsrates der Wortlaut der Erklärung vorlag. Damit machen sie die UNO zu einem Organ, das nur noch den Zweiergeschäften der Supermächte zuzustimmen hat, und verhindern jede Einflußnahme dritter. Sie wollen allein ihre Konkurrenz um Einfluß und Kontrolle zur Ausbeutung der arabischen Völker ausfechten und garantieren sich gegenseitig, daß sie allein diesen Konkurrenzkampf auf dem Rücken der Völker austragen. Dabei stützen sich beide auf den expansionistischen Kolonialstaat Israel, dessen Existenz und Bedrohung gegenüber den arabischen Völkern die Bedingungen schafft, daß die Supermächte im Gewande des Polizisten die arabischen Völker in Abhängigkeit halten und ausbeuten können.

DIE SUPERMÄCHTE ERPRESSEN DIE ARABISCHEN REGIERUNGEN

Tatsächlich ist es ihnen gelungen, die Vorkriegssituation von "weder Krieg noch Frieden" aufrechtzuerhalten. Eine Entscheidung des Krieges zugunsten der arabischen Völker, die nur in einem langandauernden Krieg erreicht werden kann, auf der Grundlage der Bewaffnung der Volksmassen, wurde rechtzeitig verhindert. Israel wurde im Rahmen der ihm von den Supermächten zugedachten Rolle im Übergewicht gehalten. Das heißt, daß die von dem immer wieder erklärten zionistischen Expansionsbestrebungen ausgehende Bedrohung für alle Völker des Nahen Ostens aufrechterhalten wird. Die Lage der arabischen Staaten wird vorläufig, aber offener denn je von den beiden Supermächten bestimmt. Präsident Sadat hat sich erstmals zu einer von diesen vorgeschlagenen "Friedenskonferenz" mit Israel verpflichten müssen, ohne wie bisher auf den Rückzug der Israelis von den seit 1967 besetzt gehaltenen Gebieten als Vorbedingung zu bestehen. Ebenso wurde Syrien zur Anerkennung des Waffenstillstandes gezwungen. Nach den Worten Sadats haben die "gemeinsamen Garantien" der USA und der SU für die Durchsetzung der umstrittenen Resolution 242 des Weltsicherheitsrates vom November 1967 ihn zu diesem Schritt "bewogen". Der Wortlaut dieser Resolution verlangt von Israel den "Rückzug aus besetzten Gebieten", die nicht näher bestimmt werden.

Diese entscheidende Unklarheit kann niemals zu einer Einigung führen. Der labile Konfliktzustand zwischen den arabischen Staaten und dem israelischen Aggressor wird also nicht beseitigt, sondern auf lange Sicht garantiert.

DER PALÄSTINENSISCHE WIDERSTAND SOLL GESPALTEN WERDEN

Daß die Supermächte sich ihrer Sache sehr sicher glauben, zeigt insbesondere die plötzliche Wendung in der sowjetischen Taktik gegenüber der palästinensischen Widerstandsbewegung. Zum erstem Mal zeigt der Sozialimperialismus sein wahres Gesicht: "Moskau habe unmißverständlich erklärt, falls die Palästinenser nicht an der Konferenz teilnähmen, würde ohne sie verhandelt. Sie müßten damit rechnen, dann auch in der arabischen Welt isoliert zu sein. Mit sowjetischer Militärhilfe könnten sie nicht mehr rechnen." (Frankfurter Rundschau 1.11.73) Die offene Drohung einerseits und die für manche verlockende Illusion eines geplanten "Palästinenserstaates", eingekeilt zwischen Israel und Jordanien, zielen auf eine vernichtende Spaltung der palästinensischen Widerstandsbewegung ab. Damit sollen ihre revolutionären Kräfte isoliert und zerschlagen werden und ihre vorwärtstreibende Kraft im nationalen Befreiungskampf der arabischen Völker wieder ausgeschaltet werden.

DIE WIDERSPRÜCHE SIND SCHÄRFER ALS ZUVOR

Die US-Imperialisten und die Sozialimperialisten haben das Ausmaß ihrer unmenschlichen Gewalt in aller Deutlichkeit demonstriert. Im Bündnis mit dem Zionismus haben sie gezeigt, mit welcher Entschlossenheit sie die staatliche Unabhängigkeit, die nationale Befreiung und Revolution der arabischen Völker bekämpfen.

Durch den vierten Nahostkrieg hat sich dieser Widerspruch entscheidend verschärft. Es ist eine Entwicklung, die nicht nur die arabischen Völker, die nicht sämtliche Völker der Dritten Welt betrifft. Sie hebt notwendigerweise das nationale, demokratische und revolutionäre Bewußtsein der Völker in der ganzen Welt auf eine höhere Stufe.
Die Tatsache, daß viele arabische Staaten die von den Supermächten geplante "Friedenskonferenz" ablehnen beweist, daß die Massen entschlossen weiterkämpfen wollen. Die arabischen Armeen haben sich erst dann erschöpft, als sie gegen die endlosen Geschütze der US-Imperialisten nicht mehr aufkamen. Die israelische Armee wäre ohne Unterstützung der Supermächte besiegbar. Die Völker haben dies voll durchschaut und die Forderung nach dem Volkskrieg ist schon da.

DIE REDE DER VR CHINA VOR DEM SICHERHEITSRAT DER UNO

In seiner Rede am 23.10. vor dem Sicherheitsrat der UN sagte der chinesische Vize-Außenminister, nachdem er die Manöver der Supermächte aufgedeckt hatte: "Die Tage, in denen die beiden Supermächte die Angelegenheiten der ganzen Welt manipulieren und beherrschen konnten, sind abgelaufen. Weder die eine noch die andere Supermacht kann ihren Willen den Völkern der Welt, den Völkern der Dritten Welt noch den anderen Mitgliedstaaten des Weltsicherheitsrates aufzwingen. Die arabischen Völker und das palästinensische Volk verfügen über einen starken Willen und politisches Bewußtsein. Durch den Kampf gegen die Aggression der vergangenen Jahre und dieser letzten Tage geprüft und abgehärtet, werden sie sich von den beiden Supermächten weder irreführen noch betrügen lassen. Die 700 Millionen Chinesen, die Länder und Völker der Dritten Welt sowie alle, die Gerechtigkeit lieben, sympathisieren mit ihnen und unterstützen sie. Es kann im Nahen Osten keinen dauerhaften Frieden geben, solange die nationalen Rechte des palästinensischen Volkes nicht wiederhergestellt und die verlorenen Gebiete der arabischen Länder nicht zurückerlangt sind. Die heldenhaften arabischen Völker und das palästinensische Volk werden sicher die notwendigen Lehren aus dem Vorgehen der beiden Supermächte ziehen und werden weiterhin den Zustand von 'weder Krieg noch Frieden' durchbrechen, den man ihnen erneut aufzuzwingen versucht. Sie werden kämpfen, ihre Einheit festigen, in voller Unabhängigkeit handeln, werden sich selbst stärken, Hindernisse und Schwierigkeiten überwinden und werden den ihren gerechten Kampf gegen die Aggression fortsetzen. Die großen arabischen Völker werden mit Sicherheit ihre Befreiung erreichen." AG/B.

AUFBAU DES SOZIALISMUS

ALBANIEN

Vertrauen auf die eigene Kraft

In dieser Nummer der KVZ beginnen wir mit dem Abdruck von Artikeln, in denen kommunistische Arbeiter und Studenten, die dieses Jahr zwei Wochen Albanien besuchten, über ihre Erfahrungen beim Aufbau des Sozialismus dort berichten: über den Tourismus, über die Lebensbedingungen im neuen Albanien, über das Erziehungswesen, Kultur und Religion.

In der bürgerlichen Presse liest man über Albanien immer nur: "Stalinismus", "Agentur von Mao". Die Frage aber, woher das gute Verhältnis zur Volksrepublik China und die gute Erinnerung an Stalin kommt, muß sie unbeantwortet lassen.
Als im 2. Weltkrieg die Albaner gegen die brutale Unterdrückung durch die italienischen und deutschen Faschisten kämpften, standen sie Seite an Seite mit den jugoslawischen Partisanen. Jedoch nach der Befreiung wollten die Jugoslawen Albanien kurzerhand als Bundesland einverleiben. Daraufhin wurde Jugoslawien aus der Kominform ausgeschlossen, der Vereinigung aller kommunistischen Parteien, und Stalin erklärte: Wenn die Jugoslawen es wagen, in Albanien einzufallen, marschieren wir in Jugoslawien ein. In ihrem Konflikt mit Tito hatten die Albaner gelernt, daß sich Freunde in kurzer Zeit in Feinde verwandeln können und waren wachsam geworden.

So ist es nicht verwunderlich, daß gerade Albanien es war, das die politischen Veränderungen in der Sowjetunion nach Stalins Tod sehr kritisch untersuchte und sich allen Plänen eines Chruschtschow widersetzte, Albanien in einen "Obstgarten Europas" zu verwandeln. Chruschtschow versuchte Albanien zu erpressen, drohte mit militärischer Invasion wie damals Tito. Als sich das albanische Volk davon nicht einschüchtern ließ, zog er über Nacht die Wirtschaftshilfe und alle Berater ab. In dieser kritischen Situation, wo erneut Freunde zu Feinden geworden waren, half ihnen die Volksrepublik China: Sie baute die von der Sowjetunion im Stich gelassenen Wirtschaftsprojekte weiter, ohne jemals dafür irgendwelche Gegenleistungen zu verlangen.
Welch großer Unterschied zwischen den chinesischen Wirtschaftshelfern und dem luxuriösen Leben der sowjetischen Spezialisten besteht, haben wir aus eigener Anschauung erfahren: Im Gegensatz zu den russischen "Helfern", die Luxusautos mit Chauffeuren besaßen, leben und arbeiten die Chinesen wie ihre albanischen Kollegen. Das alles sind Gründe, warum die Albaner viel von Stalin und der Volksrepublik China halten, gar nichts aber von Breschnew, Tito und Konsorten.

Die Albaner haben aus ihrer eigenen Erfahrung viel gelernt. Sie unterstützen das Recht aller Völker auf nationale Unabhängigkeit: Als 1968 die Breschnewclique ihre Truppen in die CSSR einmarschieren ließ, trat Albanien aus dem Warschauer Pakt aus und bot dem jugoslawischen Volk, trotz der schweren Differenzen zu dessen gegenwärtiger Führung, Hilfe gegen eventuelle Übergriffe der Sowjetunion an.
Das ganze albanische Volk ist bewaffnet. In jedem Haus, in jeder Fabrik liegt scharfe Munition. Das ist ein Ausdruck der engen Verbundenheit von Volk und Partei. Oder könnten es sich Husak oder Breschnew erlauben, an ihre Jugend Waffen zu verteilen? So etwas würden sie nicht viele Stunden überleben. Ein Land, wo das ganze Volk bewaffnet ist, kann nicht von einer kleinen Clique gegen den Willen des Volkes regiert werden. Das ist eine sehr einfache Wahrheit. Husak und Breschnew haben diese Wahrheit genau begriffen.

ÜBER DIE LEBENSBEDINGUNGEN IM NEUEN ALBANIEN

Chruschtschow hat gedroht: Wenn ich will, wird Albanien wieder das ärmste Land Europas, was es vor der Befreiung war. Doch gestützt auf die eigene Kraft ist das Gegenteil eingetreten. Die Lebensverhältnisse verbessern sich ständig, was schon einige Zahlenbeispiele zeigen.
Das Durchschnittsmonatseinkommen in Albanien beträgt 800 Lek. Davon werden ca. 50 Lek (3 %, keine 30 % wie bei uns) für Wohnungen ausgegeben, 300 Lek für Lebensmittel. Steuern sind völlig abgeschafft, Kranken- und Altersversorgung kostenlos. Das ist nur möglich, weil das Volk im Besitz der Produktionsmittel ist und in seinem Interesse ausnutzt, weil die menschlichen Bedürfnisse höchstes Ziel der Produktion sind, nicht der Profit. Die Lohnunterschiede sind am niedrigsten in der Welt. Kein Albaner verdient mehr als das Dreifache eines Arbeiters; ein Fabrikdirektor bekommt ca. 1 200 Lek, der erste Parteisekretär, Enver Hoxha, knapp das Doppelte. Außerdem wurden in den letzten Jahren die höheren Löhne mehrfach gesenkt und die niedrigeren, trotz 14 Preissenkungen in den letzten 20 Jahren, stark angehoben. Hohe Funktionäre und Direktoren, ja ebenfalls Arbeiter spenden zudem einen Teil ihres Einkommens. Zum Vergleich: In der "sozialistischen" Sowjetunion verdienen Spitzenfunktionäre das 100-fache, im oft gelobten "Entwicklungsland" Indien verdienen Minister das 900-fache eines einfachen Arbeiters, und was ein westdeutscher Kapitalist verdient, nun ja: mehr als das Dreifache eines Arbeiters.
Was es heißt, die Wirtschaft im Interesse des Volkes einzusetzen, stellten uns die Albaner, mit denen wir sprachen, oft an einem kleinen Beispiel dar: Erst im nächsten Plan sollte die vollständige Elektrifizierung – Wunschtraum mancher "Industrienatione" – abgeschlossen werden. Aber vor allem die Bevölkerung entlegener Gebiete drängte auf die sofortige Durchführung. Daraufhin organisierte man, unter anderem auch durch Freiwilligenarbeit besonders der Jugend, die sofortige allgemeine Elektrifizierung. Und heute ist man so weit, daß nicht nur jedes albanische Haus Strom hat, sondern sogar weite Teile des viel größeren Jugoslawien von Albanien aus mit elektrischer Energie versorgt werden. Ja, man hat soviel Überschuß, berichten die Albaner stolz, daß man sogar in die Bundesrepublik Strom exportieren könnte. Der Plan ist eben nicht Produkt irgendwelcher Bürokraten, sondern der lebendigen Diskussion des ganzen Volkes, die durchgeführt wird, bevor ein Plan beschlossen werden kann.

DIE BEFREIUNG DER FRAU IN ALBANIEN

Dies ist eines der bedeutendsten Resultate des sozialistischen Aufbaus, das man auch im täglichen Leben ständig beobachten kann.
Albanien lebte vor der Befreiung in mittelalterlichen feudalistischen Zuständen. Am meisten darunter zu leiden hatte die Frau: Ihre Welt war das Haus. Und nicht einmal das immer: Wenn ein Gast da war, mußte sie sich in den Raum zurückziehen, der als Küche diente und wo die Kinder großgezogen wurden. Die Frauen, die nur mit dem Schleier ausgehen durften, wurden als Kind an einen Mann verkauft, für entsprechende materielle Gegenleistung. Eine Schule oder irgendeine andere Beschäftigung außerhalb der eigenen vier Wände war für sie nur Wunschtraum. Fast alle Frauen waren Analphabeten.
Und diese Zustände herrschten wohlgemerkt noch vor 30 Jahren!
Obwohl es noch schwerer war, diese Sitten und Vorurteile zu überwinden, als die Großgrundbesitzer und die Faschisten zu vertreiben, sieht es heute ganz anders aus: 1938 arbeiteten insgesamt nur 668 (!) Frauen außer Haus, 1971 standen in den Städten 167 621 und in den Dörfern 169 081 Frauen in einem Arbeitsverhältnis. Das ist die Hälfte der erwachsenen Bevölkerung des Landes. Es wurde vor allem festgelegt, daß Frauen wie Männer gleichen Lohn für gleiche Arbeit bekommen. Außerdem wurden in den Gesetzen der sozialistischen Gesellschaft verschiedene Schutzmaßnahmen für die Frauen verankert. Dadurch konnten immer mehr zur produktiven, gesellschaftlichen Arbeit herangezogen werden. Die Frauen wurden somit auch wirtschaftlich frei. Jetzt konnten sie ihre körperlichen, intellektuellen und moralischen Fähigkeiten entfalten und als Gleiche unter Gleichen kämpfen. Es versteht sich fast von selbst, daß inzwischen auch in den Volksräten aller Instanzen 45,8 % (1970) Frauen sind.

Fast lachend wurde auf unsere Fragen geantwortet, wie denn die Frauen in der Leitung der Betriebe beteiligt sind: In einem Kupferdrahtwerk zum Beispiel, in dem 60 % der Beschäftigten Frauen sind, wurde uns mitgeteilt, daß der Direktor, der leitende Ingenieur, der Gewerkschaftssekretär, der Parteileiter allesamt Frauen sind. Sind etwa all diese Dinge in unserem "hochentwickelten" Westeuropa selbstverständlich?
Die Albaner stellen richtig fest: "Eine notwendige Voraussetzung für die vollständige Befreiung der Frau ist die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeutung, die Beseitigung der antagonistischen Klassen, die Beseitigung des Privateigentums... Vor allem kann man eine Staatsmacht nicht Volksmacht nennen, wenn die Hälfte der Bevölkerung, nämlich die Frauen, darin keine Rolle spielen und dort nicht ihren großen Beitrag leisten." (aus: Albanien heute, Nr. 2/73, einer politisch-informativen Zeitschrift, die in vielen fortschrittlichen Buchhandlungen vertrieben wird)

Im chinesischen Krankenhaus

DER KAMPF ZWEIER LINIEN BRINGT GROSSE VERBESSERUNGEN FÜR DAS VOLK

BERICHT EINER ARZT–GENOSSIN DER KBW–REISEGRUPPE

Bei unserem Besuch im Krankenhaus der Stadt Nanking waren wir sehr beeindruckt von der engen Verbundenheit und Einheit aller dort Arbeitenden. Vergeblich suchten wir nach den uns vertrauten Anzeichen der hierarchischen Ordnung. Wer war nun Chefarzt, wer Assistenzarzt? Wer Ärztin, wer Schwester? Ihrem Verhalten zueinander konnte man es nicht entnehmen.

Die selbstsichere und ruhige Schwester im Operationssaal ist eine 16-jährige Schülerin. Ungewohnt ist für uns die Atmosphäre: Keiner schimpft, keiner hackt auf der Schwester rum, keiner nörgelt über die Instrumente. Als wir erzählen, daß bei uns Schülerinnen im 1. Jahr die Patienten kaum mal sehen, stattdessen fast nur Putzarbeiten auf Station machen, lächeln die chinesischen Schwestern und Ärzte. "Bei uns putzen wir Schwestern und Ärzte gemeinsam, es ist ja eine notwendige Arbeit."

Das alles war auch im sozialistischen China nicht immer so. Vor der Kulturrevolution, erzählen die Genossen, gab es auch an ihrem Krankenhaus Ärzte, die sich beim Operieren groß aufführten, die Schwestern mit dauernden Nörgeleien schikanierten und wutentbrannt Operationsbestecke auf den Boden knallten, wenn etwas nicht nach ihrem Willen ging.
Diese Ärzte fühlten sich mit ihrem Spezialwissen weit über die anderen Mitarbeiter und ihre Patienten erhaben. Ihre ganze Tätigkeit diente ihnen nur zur Bestätigung ihres fachlichen Könnens. Das hat den Patienten sehr geschadet. Weil es diesen Ärzten nur um ihre "Erfolgsstatistik" ging, verließen sie nie den abgesicherten Bereich dessen, was andere vor ihnen schon erforscht und erprobt hatten. Wenn die Patienten sie baten, doch nicht aufzugeben, nach einem neuen Weg für die Behandlung ihrer Krankheit zu suchen, sagten sie: "Ich habe nach allen Regeln der ärztlichen Kunst gehandelt, aber auch die Medizin hat Grenzen. Du mußt dich zufrieden geben."

Wenn in ihren Büchern stand, daß eine Sache unheilbar sei, dann bemühten sie sich auch nicht weiter. Sie sagten: "Dieser Fall ist so kompliziert, wir können ihn nicht lösen. Wir sind an die objektiven Grenzen gestoßen. So viele Menschen sind krank – es ist sogar unverantwortlich, wenn wir unsere Zeit hier mit Aussichtslosem vergeuden."



Vor einer Operation: Ärzte, Pfleger und Köche beraten gemeinsam an einem selbstgemachten Modell über den Einschnitt zur Entfernung einer riesigen Geschwulst

Wenn ihnen etwas mißlang, suchten sie nie den Fehler bei sich selbst, sondern in den äußeren Umständen. Sie sagten: "Der Patient selbst ist schuld" oder "die Schwester" oder "das ungünstige Klima". So war es ihnen unmöglich, aus ihren Fehlern zu lernen.
In der Großen Proletarischen Kulturrevolution hat die ganze Belegschaft solches Verhalten kritisiert und die bürgerliche Linie dahinter aufgedeckt.
"In vielen Diskussionen haben wir uns den Kampf zweier Linien in der Behandlung von Patienten bewußt gemacht, unser eigenes Verhalten und das Verhalten solcher Ärzte analysiert und kritisiert und durch das Studium der Werke des Vorsitzenden Mao unser Bewußtsein verändert. Vorsitzender Mao sagt: 'Man muß mit Leib und Seele dem Volke dienen und sich auch nicht für einen Augenblick von den Massen lösen.' 'Sich in allem von den Interessen des Volkes und nicht von den Interessen der eigenen Person oder kleiner Gruppen leiten lassen – das ist unser Ausgangspunkt.' Dadurch haben wir noch klarer erkannt, daß wir nur dann dem Volke dienen können, wenn wir uns mit dem Volk verbinden, nicht wenn wir uns innerlich über das Volk erheben. Um unser Bewußtsein von Grund auf umzugestalten, sind wir in die Fabriken und aufs Land gegangen, um von den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten zu lernen. Wir haben große Hochachtung und Zuneigung zu ihnen bekommen. Das hat uns angespornt, auch in bisher 'verzweifelten' Fällen nach Heilungsmöglichkeiten zu suchen. Seitdem haben wir große Fortschritte mit neuen Behandlungsmethoden gemacht.
Alle Beschäftigten am Krankenhaus helfen dabei zusammen. Als wir neulich einen Patienten bekamen, bei dem über 90% Körperoberfläche verbrannt waren, brauchten wir viel Blut und Haut zum Transplantieren. Das ganze Personal ohne Ausnahme war sofort bereit, Blut und Hautstückchen zu spenden. So haben wir den Patienten retten können."

Ich erinnere mich an einen anderen Fall, von dem ich gelesen hatte: ein Arbeiter mit 95 % zum Teil schwer verbrannter Körperoberfläche. Nach den Aussagen der westlichen Medizin sind so schwere Verbrennungen unheilbar. Aber die medizinischen Arbeiter an diesem Krankenhaus gaben sich damit nicht zufrieden. Sie riefen alle Beschäftigten zusammen, besprachen mit ihnen gemeinsam die Lage, riefen sich das hohe Verdienst dieses Arbeiters für den Aufbau des Sozialismus in Erinnerung.
Gemeinsam kamen sie zu dem Schluß, daß alles getan werden müsse, um diesem Arbeiter als Klassenbruder zu helfen. Alle beteiligten sich daran. Die Köche stellten Speisen zusammen, die nahrhaft und doch leicht bekömmlich waren und richteten sie mit besonderer Mühe an, um den Appetit des Patienten zu wecken. Die Heizer arbeiteten ein Heizungssystem aus, das die Temperatur im Krankenzimmer immer gleich hoch hielt. Tag und Nacht beobachtete ein Team aus traditionellen und modernen Ärzten zusammen mit den Schwestern den Patienten, um sofort eingreifen zu können. Der Patient wurde gerettet!

Das ist die Grundlage für die unglaublichen Erfolge der Medizin in China: daß jeder zuerst an die Situation des Patienten, an dessen Zukunft, denkt, und erst dann an die Schwierigkeiten der Behandlung, die es zu überwinden gilt. Um zum Beispiel dem Patienten den schlechten Funktionsersatz durch eine Prothese zu ersparen, sind immer neue und immer erfolgreichere Versuche gemacht worden, abgetrennte Arme, Beine, ja Finger wieder anzunähen. Heute ist die chinesische Medizin auf diesem Gebiet führend.

Die bürgerlichen Medizinprofessoren versuchen kopfschüttelnd und verwirrt, das "Geheimnis dieses Erfolges" zu ergründen. Sie werden es nie begreifen. Denn die Triebkraft der Erfolge in der bürgerlichen Medizin ist nicht der Patient, sondern die Karriere und der Geldbeutel des Arztes. Nicht dem Patienten fühlen sich die Ärzte verpflichtet, sondern seinem Kapitalisten, für den sie die Arbeitskraft reparieren. Dafür werden sie dann auch belohnt.

Nicht so im sozialistischen China: Weil die Interessen der Patienten ihre eigenen Interessen sind, durchbrechen die medizinischen Arbeiter immer entschlossener die "objektiven Schranken" der Medizin und erringen immer neue Siege. Ihre Erfolge sind nicht Erfolge von Spezialisten und Karrieremachern, sondern Produkt des gemeinsamen Klassenkampfes, des Kampfes zwischen bürgerlicher und proletarischer Linie in allen Bereichen. Es ist der Sieg einer sozialistischen, befreiten Medizin im Dienst des ganzen Volkes über die bürgerliche, ideologisch gefesselte Medizin im **Dienste des Kapitals.**